

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 1. Februar 1989

Blatt 213

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Tag der offenen Tür in der Schule für wirtschaftliche Berufe (214)
- Alte Fahrscheine werden ungültig (214)
- Landesarchiv zeigt seine „Schätze“ (215)
- Semesterferien-Spiel-Spaß vom 11. bis 19. Februar (216)
- Jährlich 50.000 Tonnen Altöl in Österreich (217-219)
- „Tag der offenen Tür“ in der Krankenpflegeschule im SMZ Ost (220)
- Planungen für Knoten Gaudenzdorf und Tunnel Margaretengürtel (221-222)
- Stadtrat Dr. Swoboda: Rasche Entscheidung über Knoten Gaudenzdorf und Umwelttunnel Margaretengürtel notwendig (223)
- Neuerungen beim Kabel-TV (224)
- Brandstiftung in einer Wohnung (nur FS 31 1)

Tag der offenen Tür in der Schule für wirtschaftliche Berufe

Wien, 1.2. (RK-LOKAL) Wer sich für eine Fachausbildung in der Einjährigen Haushaltungsschule oder in der Fachschule für wirtschaftliche Berufe interessiert, kann sich am 8. und 9. Februar beim Tag der offenen Tür in der Fachschule der Stadt Wien, 9, Hahngasse 35, über das Ausbildungsangebot informieren.

Anmeldungen für Führungen, die an diesen Tagen der offenen Tür durchgeführt werden, nimmt die Direktion unter der Telefonnummer 43 92 96 entgegen. Eingeladen sind nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch interessierte Eltern. (Schluß) jel/gg

Alte Fahrscheine werden ungültig

Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Achtung: Mit heutigem Tag, 1. Februar, verlieren die alten Fahrausweise der Wiener Verkehrsbetriebe ihre Gültigkeit. Bis 31. März werden die alten Fahrscheine in den betriebseigenen Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe noch zurückgenommen. (Schluß) roh/gg

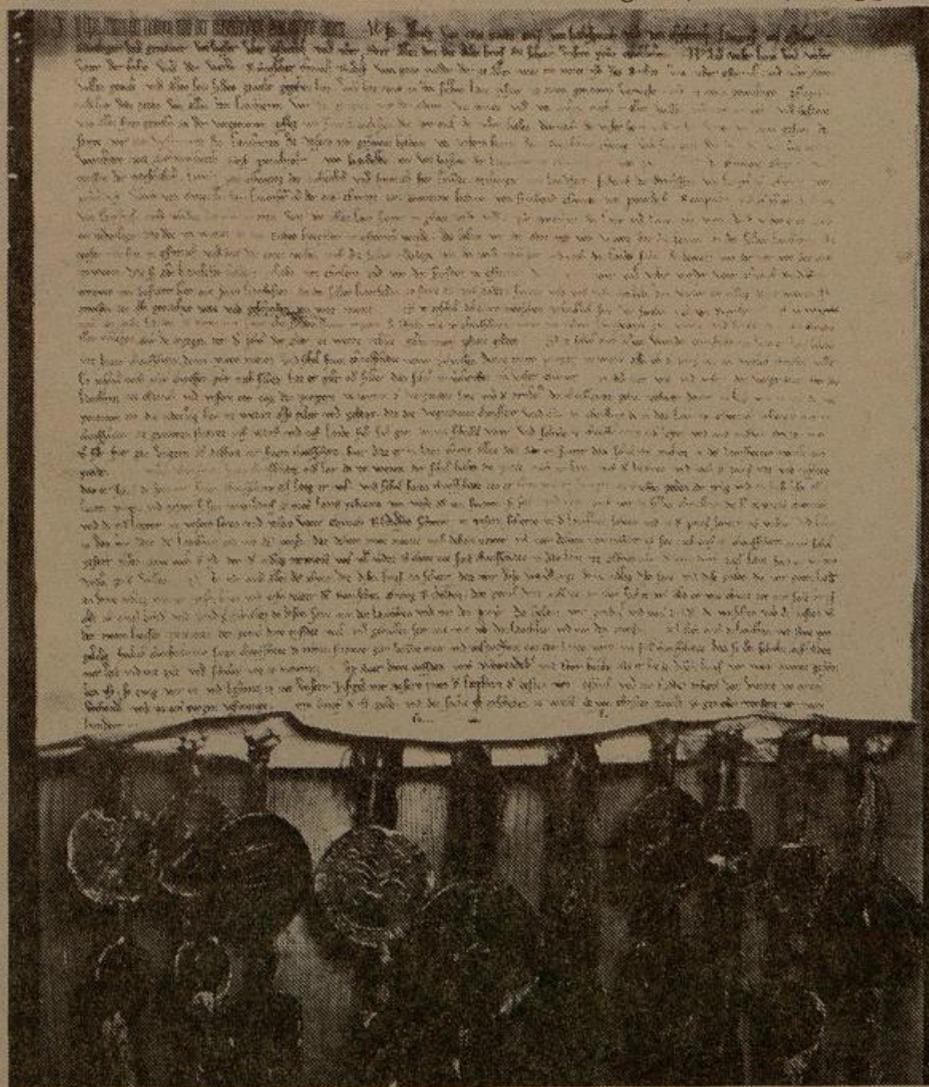
Landesarchiv zeigt seine „Schätze“

„Historische Schmankerln“ in der Schmidthalle des Rathauses

Wien, 1.2. (RK-LOKAL/KULTUR) Der „Klub der Hundertjährigen“ bekommt Zuwachs: Das Wiener Stadt- und Landesarchiv feiert heuer seinen 100. Geburtstag. Am 25. Juni 1889 wurde das Archiv der Stadt Wien durch einen Gemeinderatsbeschluß von den städtischen Sammlungen getrennt. Die Maßnahme war notwendig, denn zu verschieden waren die Aufgaben des Archivs von denen des musealen Bereichs. Das Geburtstagskind begeht sein Jubiläum, in dem es sich auf besondere Weise vorstellt: durch Ausstellungen und kostbare Dokumente.

So präsentiert das Wiener Stadt- und Landesarchiv ab 1. Februar, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, in einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidthalle) „historische Schmankerln“ vom 13. bis zum 20. Jahrhundert — durchwegs Stücke aus seinen reichhaltigen Beständen, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. Alle 14 Tage wird ein anderes prominentes Dokument zu sehen sein.

Das erste Stück aus der „Schatztruhe“ des Landesarchivs, das bis 14. Februar in der Schmidthalle gezeigt wird, ist das Niederlagsprivileg, das Graf Albrecht von Habsburg, Verweser von Österreich und Steiermark, den Wiener Bürgern am 24. Juli 1281 verliehen hat. Aufgrund dieses Vorrechts durfte kein fremder Kaufmann mit seinen Waren Wien passieren, ohne sie in der Stadt zum Kauf angeboten zu haben. Mit diesem Privileg versuchten die Habsburger, die Interessen der Wiener und der internationalen Kaufmannschaft auf einen Nenner zu bringen. (Schluß) am/gg



Niederlagsrecht für die Wiener Bürger, verliehen von Graf Albrecht von Habsburg am 24. Juli 1281.
Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

Semesterferien-Spiel-Spaß vom 11. bis 19. Februar

Wien, 1.2. (RK-LOKAL) Ein umfangreiches und interessantes Programm bietet das Wiener Landesjugendreferat allen Wiener Pflichtschülern, die ihre Semesterferien zu Hause verbringen. Vom 11. bis 19. Februar gibt es neben den klassischen Ferienspiel-Programmpunkten, wie Gratis-Sport, Museums-Aktionen, „Computern“, Disco-Veranstaltungen und Hallenbadbesuchen zum Nulltarif auch Neues im Ferienspielkalender.

- Ferienspieler haben in dieser Woche auch die Möglichkeit,
- einen Blick hinter die Kulissen des Raimund-Theaters zu machen,
 - an den Wochenenden im Rathaus gemeinsam mit Fachleuten über 100 Spiele auszuprobieren und neue zu erfinden,
 - von Montag bis Freitag beim Kinder-Musiktheater, ebenfalls im Rathaus, mitzumachen,
 - in der Szene Wien „Geschichten zum Mitmachen, Mitlachen und Nachdenken“
 - und Wildtierfütterungen in freier Natur zu erleben.

Wer trotz der Semesterferien Sehnsucht nach der Schule hat, dem bietet das Wiener Landesjugendreferat ein spezielles Programm in vielen Wiener Schulen, bei dem gebastelt, gesungen und gespielt wird.

Ein besonderer Höhepunkt des Wiener Semesterferienspiels findet am 12. Februar in der Wiener Stadthalle statt, wo Ferienspieler bei den Proben zu „Artisten-Tiere-Attraktionen“ dabei sein können.

Informationen über das Programmangebot des Semesterferienspiels, die meisten Veranstaltungen sind auch für behinderte Kinder geeignet, gibt es im Ferienspielpaß, der in den Wiener Pflichtschulen verteilt wird, und ab 9. Februar täglich von 10 bis 18 Uhr beim Info-Stand in der Schmidhalle des Rathauses oder beim Ferienspiel-Telefon unter 42 800/4100 DW. (Schluß) jel/rr

Jährlich 50.000 Tonnen Altöl im Österreich

Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Mit 1. September 1987 trat die Altöl-Verordnung in Kraft. Aus den Bestimmungen des Altöl-Gesetzes 1986 und dieser Verordnung ergeben sich für alle mit Altöl befaßten Kreise weitreichende Konsequenzen. Anlagen, die nach dem 1. Mai 1989 weiterbetrieben werden sollen, bedürfen einer neuerlichen Genehmigung.

Aus diesem Anlaß hat der österreichische Städtebund das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum (KDZ) beauftragt, ein Seminar zum Thema „Altöl“ durchzuführen, das am 26. Jänner 1989 im Wirtschaftsförderungsinstitut stattfand. Im folgenden einige der wichtigsten Statements zu diesem für den Umweltschutz so wichtigen Thema aus dem Seminar.

Verwertung problematisch

„Altöl ist der typische Fall eines verwertbaren Abfalles, dessen Verwertung aber umweltpolitisch problematisch und durch die deshalb erforderlichen Auflagen auch wirtschaftlich problematisch ist. Die ökologischen Gefahren bestehen in einer Verseuchung von Boden, Luft und der Folgeprodukte des Recyclings (PCB und Chlor).

Zwischen Altöl (gebrauchte oder verunreinigte mineralische Öle mit bestimmter Zusammensetzung) und Sonderabfall besteht eine genaue Abgrenzung, wobei durch die neue Verordnung der Grenzwert beim PCB von 50 auf 30 ppm gesenkt wird.

Der jährliche Altöl-Anfall in Österreich beträgt zirka 50.000 Tonnen, von denen etwa 30.000 bis 40.000 Tonnen sammelbar sind. Die Wiederverwertung ist nur möglich durch Aufarbeitung (Reraffination), die in Österreich derzeit nicht betrieben wird, oder durch Verbrennung — in Österreich derzeit etwa 16.000 Tonnen jährlich.

Für Sammler und Verwerter galt bisher Bewilligungspflicht gemäß dem Altölgesetz 1986, seit 1. Jänner 1989 gilt Konzessionspflicht nach der Gewerbeordnung.“

(Dr. Dietrich BENDA)

Situation in Oberösterreich

„Auf Grund der rechtlichen Neuentwicklungen des Jahres 1988 wurden in Oberösterreich alle erfaßten Betriebe angeschrieben und auf die strengen Bestimmungen des Altöl-Gesetzes aufmerksam gemacht, sowie auf Förderungsmöglichkeiten bei Umstellung auf andere Heizmittel. Nach dem jetzigen Stand ist zu erwarten, daß die meisten Betreiber von bewilligten Altöl-Verfeuerungen mit 1. Mai 1989 die Verfeuerung einstellen werden.

Neben der Möglichkeit, die Entsorgung von Altöl wie bisher bei den zahlreichen Altöl-Sammlern vorzunehmen, ist in Oberösterreich in einem Zementwerk die Möglichkeit geschaffen worden, Altöl und auch Sonderabfälle (Altöl bis zu 100 ppm PCB bis zu einer Menge von 5.000 Tonnen pro Jahr) äußerst umweltfreundlich zu entsorgen. Die gesamte anfallende Altöl-Menge in Oberösterreich wird auf 6.000 bis 8.000 Tonnen pro Jahr geschätzt.

Für weiter betriebene Altöl-Verfeuerungsanlagen sind kostenintensive meßtechnische Auflagen notwendig:

- Analyse des verfeuerten Altöles auf PCB- und Halogengehalt
- kontinuierliche Emissionsmessungen von SO₂, Staub, Temperatur, HCl, CO und CO₂ sowie jährliche Einzelmessungen auf Schwermetalle und organischen Kohlenstoff.

Diese hohen Betriebskosten machen eine Umstellung auf Heizung mit konventionellen Brennstoffen im Einzelfall oft wirtschaftlicher. Deshalb

wurden in Oberösterreich bis zum jetzigen Zeitpunkt viele Ansuchen zurückgezogen, sodaß derzeit nur wenige Verfahren im Vorbegutachtungsstadium anhängig sind.“

(Dipl.-Ing. Erwin NADSCHLÄGER)

Verordnung vom 17. Juli 1987

„Auf Grund der Verordnung vom 17. Juli 1987 über die Durchführung des Altöl-Gesetzes 1986 wurde zur näheren Determination der Abgrenzung zwischen Sonderabfall und Altöl festgelegt, daß Altöle nicht mehr als 30 ppm polychlorierte Biphenyle oder Terphenyle (PCB, PCT) enthalten dürfen. Ansonsten handelt es sich um Sonderabfall im Sinne des Sonderabfallgesetzes.“

(Dipl.-Ing. Dr. Gerhard FRAUERWIESER)

Grenzwerte bei Verbrennung

„Sowohl nach dem Altölgesetz als auch nach dem Luftreinhaltegesetz sind für die Verbrennung von Altölen Grenzwerte in bezug auf die Emission von Schadstoffen festgelegt. Diese Grenzwerte sind als Konzentrationsbegrenzungen im Verbrennungsgas definiert. Sie betreffen den Staubgehalt, den Gehalt an Blei, Zink, Chrom und Cadmium, den Gehalt an Chlorwasserstoff, den Gehalt an Kohlenstoffmonoxid und den Gehalt an unverbrannten organischen gasförmigen Kohlenwasserstoffen.“

Die Altöl-Verordnung schreibt eine Rauchgasreinigungsanlage beziehungsweise abgasreinigende Maßnahme vor. Die Menge und Zusammensetzung der bei der Verbrennung von Altöl entstehenden Schadstoffe im Verbrennungsgas hängt im wesentlichen von den Inhaltsstoffen des Altöles und von den Verbrennungsbedingungen ab. Verbrennungsgas-Reinigungsanlagen, die effizient und dauerhaft arbeiten, sind in der Anschaffung, aber auch im Betrieb teuer. Ihre Installation erscheint nur bei größeren Anlagen sinnvoll.

Als zielführendste Entsorgung von Altöl ist im Altöl-Gesetz und in der Altöl-Verordnung die Verbrennung bei der Zementherstellung erwähnt. Dabei finden sich die Voraussetzungen für eine schadlose Beseitigung des Altöles, und es kann auch in einer sinnvollen Weise die Reinigung des Verbrennungsgases vorgenommen werden.“

(Dipl.-Ing. Dr. H. EBERHARDT)

Risiken

„Die am häufigsten durch die Gewerbebehörde zu beurteilenden Risiken sind

- die Gefährdung von Leben und Gesundheit durch Brandgefahr oder Explosionsgefahr
- die Belästigung von Nachbarn durch Geruch, wie er bei der Verbrennung, durch Additive im Altöl oder durch dessen mikrobielle Zersetzung im Sommer entstehen kann
- die Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit durch Zu- und Abfahrten und die Abfuhr des Altöles
- nachteilige Einwirkungen auf die Beschaffenheit von Gewässern, die entweder durch das Ausfließen kleinerer Mengen beim Umfüllen oder durch Überfüllung entstehen können oder durch das Ausfließen größerer Mengen aus dem Lagerbehälter durch Umfallen oder Korrosion.“

(Dipl.-Ing. Wilhelm Muchitsch)

Das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum

Das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum, 1969 auf Initiative des Österreichischen Städtebundes von der Gemeinde Wien und

Forts. von Blatt 217

Forts. auf Blatt 219

der Zentralsparkasse gegründet, soll Vermittler zwischen Wissenschaft und der Praxis in Politik und Verwaltung sein. Es verfügt über eine umfangreiche Fachbücherei und Dokumentationsabteilung und bereitet dieses Material sowie das aus den Forschungsaufträgen für die Gemeinden auf.

Derzeit führt das KDZ unter anderem eine Seminarreihe im Auftrag des Österreichischen Städtebundes zum Thema „Aus- und Weiterbildung von Umweltschutz-Sachverständigen“ aus Bund, Ländern und Gemeinden durch. Hauptziel ist es vor allem, eine bundesweit einheitliche Vorgangsweise bei der Erstellung von Gutachten zu erzielen. Das nächste Seminar aus dieser Reihe wird sich im März 1989 mit „Kleinf Feuerungsanlagen bis 150 MW“ beschäftigen. (Schluß) roh/gg/rr

Forts. von Blatt 218

„Tag der offenen Tür“ in der Krankenpflegeschule im SMZ Ost

Informationen über einen interessanten Sozialberuf

Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Die Krankenpflegeschule im Sozialmedizinischen Zentrum Ost (1220 Wien, Langobardenstraße 122) veranstaltet am Freitag, dem 3. Februar, von 10 bis 17 Uhr einen „Tag der offenen Tür“. Junge Mädchen und Burschen, die Einfühlungsvermögen haben, Kontakt mit Menschen suchen, gern in einem Team arbeiten und einen attraktiven Sozialberuf anstreben, können sich an diesem Tag über die Ausbildung zur diplomierten Krankenpflege informieren. Es können die Schule für die allgemeine Krankenpflege und das Schulinternat besichtigt werden. Die Ausbildung an dieser Schule beginnt ab dem 16. Lebensjahr nach der 10. Schulstufe.

Die Krankenpflegeschule im SMZ Ost, die 220 Schulplätze hat, hat erst vor kurzem ihr zehnjähriges Bestehen gefeiert. Bisher haben an der Schule schon 367 Schwestern und Pfleger ihre Ausbildung mit einem Diplom abgeschlossen. Derzeit wird die Schule von 178 Schülerinnen und Schülern besucht. Von den rund 22.500 Mitarbeitern der Wiener städtischen Krankenanstalten sind 10.230 Schwestern und Pfleger, davon 7.307 mit einem Diplom. Die Stadt Wien gibt für die Krankenpflege-Ausbildung pro Jahr rund 300 Millionen Schilling aus. (Schluß) sc/rr

Planungen für Knoten Gaudenzdorf und Tunnel Margaretengürtel

Wiener Bundesstraßen AG präsentierte Variantenuntersuchung

Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Ausgehend von den Empfehlungen der Gürtelkommission vom Februar 1988 wurde von der Wiener Bundesstraßen AG in Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Stadt Wien eine Variantenuntersuchung in den Bereichen Gaudenzdorf und Eichenstraße durchgeführt.

Der Planungsbereich wurde im Wiental mit der Lobkowitzbrücke im Westen und der Nevillebrücke im Osten, am Westgürtel mit der Station Gumpendorfer Straße im Norden und am Südgürtel mit dem Matzleinsdorfer Platz im Süden begrenzt. Miteinbezogen sind auch die Verlegung der Eichenstraße zwischen Wolfganggasse und Margaretengürtel sowie der Umbau der Schönbrunner Straße und die Neugestaltung der Oberfläche im Bereich des Tunnels Margaretengürtel.

In einer von der Wiener Bundesstraßen AG gemeinsam mit Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA am Mittwoch präsentierten Variantenuntersuchung wurden die wesentlichen Merkmale sowie die Vor- und Nachteile von jeweils vier Varianten für den Bereich Gaudenzdorf und den Bereich Eichenstraße sowie die Planungen für den Margaretentunnel vorgestellt.

1. MARGARETENTUNNEL

Kernstück dieses Projektes stellt die geplante Untertunnelung des Margaretens- und Gaudenzdorfer Gürtels zwischen Wiental und Eichenstraße dar, der in den einzelnen Varianten verschiedene Längen aufweist. Mit diesem Umwelttunnel ergeben sich im Hinblick auf die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten im 5. und 12. Bezirk äußerst positive Impulse, wenn gleichzeitig im Hinterland Maßnahmen, wie Unterbindung von Schleichwegen, Baumpflanzungen im öffentlichen Gut, Garagenbau, Gehsteigverbreiterungen, Stadterneuerungsmaßnahmen, etc., gesetzt werden.

Mit dem vorgesehenen 2 x 3 streifigen Querschnitt ohne Abstellstreifen werden bisherigen Schätzungen zufolge mehr als 80 Prozent der derzeitigen Verkehrsmengen des Gürtels in den Tunnel (ca. 50.000 Fahrzeuge) verlagert, und die Schadstoff- und Lärmimmissionswerte werden auf den Grundpegel der angrenzenden Gebiete absinken. Die mittigen Freiflächen des Gürtels können dadurch wieder als Erholungsraum genutzt werden.

2. VARIANTENÜBERSICHT

A) BEREICH GAUDENZDORF:

Die Umgestaltung des Gaudenzdorfer Knotens ist als Gesamtlösung gemeinsam mit der Tieflegung der Fahrbahnen am Gaudenzdorfer- und Margaretengürtel, der Öffnung des Wientales als erlebbaren und begehbaren Freiraum und der Verlegung der B 1 aus der Schönbrunner Straße in das Wiental vorgesehen. Grundsätzlich sind alle Varianten aber auch ohne stadteinwärtsführende B 1-Verlegung in das Wiental und ohne Umgestaltung des Wientales möglich.

Für den Bereich Gaudenzdorf wurden folgende Varianten, die sich vor allem hinsichtlich der Portallage und der Ein- und Ausfahrtsrampen für den Margaretentunnel unterscheiden, ausgearbeitet.

Variante „Süd 1“ mit Portalen im Knoten Gaudenzdorf, wobei die Ein- und Ausfahrtsrampen parallel zur südlichen Bebauungskante geführt werden.

Forts. von Blatt 221

Variante „Mitte“ mit Portal zwischen der Rechten Wienzeile und der Schönbrunner Straße, wobei die Rampen etwa in Platzmitte liegen.

Variante „Kreis“ mit Portal und Rampen zwischen Schönbrunner Straße und Margaretensstraße.

Variante „Süd 2“ mit Ausfahrtsportal südlich der Schönbrunner Straße und Einfahrtsportal im Knoten Gaudenzdorf mit parallel zur Bebauungskante geführter Einfahrtsrampe.

Bei den ersten drei Varianten ist eine Unterführung der stadtauswärtsführenden Richtungsfahrbahn der B 1 im Bereich Gaudenzdorf vorgesehen.

B) BEREICH EICHENSTRASSE:

Für den Bereich Eichenstraße wird grundsätzlich eine stufenweise Realisierbarkeit vorgesehen, wobei in städtebaulicher Hinsicht eine deutlich ausgeprägte „räumliche Fassung“ des Gürtels zwischen Eichenstraße und Matzleinsdorfer Platz angestrebt wird. Auch für die Einbindung Eichenstraße wurden vier Varianten ausgearbeitet:

Bei der **Variante „Niveau“** wird der Anschluß Eichenstraße/Gürtel als 2-phasiger Rondeauknoten niveaugleich ausgebildet. Die Eichenstraße wird auf das Betriebsgebiet entlang des Matzleinsdorfer Frachtenbahnhofes verlegt. Vor der Wohnbebauung des Innengürtels wird ein intensives begrüntes Vorland (Alleen) von 20 bis 40 Metern geschaffen.

Bei der **Variante „Absenkung/West“** dominiert ein runder ca. drei Meter abgesenkter Platz als Kreuzungsplateau am Scheitelpunkt der Gürtelkrümmung im Bereich der Achse Fendigasse. Dabei wird die bastelartige Lage der Wohnanlagen, welche derzeit tiefer als die äußere Gürtelfahrbahn liegen, betont.

Bei der **Variante „Verschwenk“** werden die Gürtelfahrbahnen an den Südbahndamm verschwenkt. Die Anbindung der Eichenstraße erfolgt im Niveau in der Achse des Herweghofes außerhalb des Gürtelraumes mittels zweiphasigem Rondeauknoten. Die Trassierung der Eichenstraße bedingt die Absiedlung der bestehenden Betriebe.

Bei der **Variante „Absenkung/Parallel“** liegt das Verflechtungsbauwerk Eichenstraße-Gürtel tiefer als das heutige Niveau und hat die Funktion eines Halbanchlusses mit Parallelrampen und Lichtsignalregelung für die Eichenstraße bzw. in Richtung Matzleinsdorfer Platz. Die Eichenstraße bleibt im Bestand erhalten, die Fahrrelation Wiental-Eichenstraße wird durch eine kreuzungsfreie Rampe unterirdisch an die Margaretensstraße angebunden.

3. SCHLUSSFOLGERUNG AUS DER VARIANTENUNTERSUCHUNG:

Von Seiten der Wiener Bundesstraßen AG wird für den Bereich Gaudenzdorf eine Weiterbearbeitung der Variante Süd 1 vorgeschlagen. Bei der weiteren Projektbearbeitung soll eine Optimierung vor allem im Hinblick auf eine bestmögliche Abschirmung der Freiflächen vor Immissionen, eine Verringerung der Trennwirkung der Rampen sowie eine Verbesserung der Führung der B 1 stadteinwärts erfolgen.

Für den Bereich Eichenstraße wird eine Weiterbearbeitung der Variante „Niveau“ vorgeschlagen. Auch hier soll eine Optimierung vor allem im Hinblick auf eine Abschirmung der Wohnbebauung etwa durch Verlegung des Tunnelportales nach Osten erfolgen.

Die Kosten für den gesamten Projektbereich betragen je nach Kombination der verschiedenen Varianten unter Einbeziehung des Oberflächenumbaus und der Gestaltung etwa 1,5 bis zwei Milliarden Schilling. Unter der Voraussetzung einer gesicherten Finanzierung durch den Bund (Wirtschaftsministerium) und des Anteiles der Stadt Wien (insbesondere Maßnahmen im Hinterland) könnte ein Baubeginn für den Margaretentunnel im Herbst 1990 erfolgen. Damit wäre eine Gesamtfertigstellung 1994/95, also noch vor der Weltausstellung, möglich.

(Forts. mgl.) lf/gg/rr

Stadtrat Dr. Swoboda: Rasche Entscheidung über Knoten Gaudenzdorf und Umwelttunnel Margaretengürtel notwendig

Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA sagte anlässlich der Präsentation der Variantenuntersuchungen über den Knoten Gaudenzdorf und den Umwelttunnel Margaretengürtel, daß über die nunmehr vorliegenden vier Varianten sehr rasch eine Entscheidung getroffen werden muß, wenn dieses große Vorhaben noch rechtzeitig vor der geplanten EXPO '95 fertiggestellt sein soll. Die dabei anstehenden schwierigen Entscheidungen — etwa darüber, ob die B 1 von der Schönbrunner Straße in das Wiental verlegt werden soll — werden zusammen mit der betroffenen Bevölkerung zu fällen sein. Dazu werden sowohl die Stadt Wien als auch die Wiener Bundesstraßen AG in nächster Zeit Detailinformationen zur Verfügung stellen. So soll etwa im Bereich der Stadtbahnstation am Gaudenzdorfer Knoten ab Anfang März eine Ausstellung eingerichtet werden. Stadtrat Dr. Swoboda kündigte an, daß er bis Ende März 1989 die Stellungnahmen der Bezirke und Interessensvertretungen erwarte, um spätestens Mitte April 1989 die Stadtentwicklungskommission mit den Entscheidungen befassen zu können.

Der Stadtrat verwies auch darauf, daß es sich bei dem gesamten Vorhaben nicht nur um ein Straßenbauprojekt handelt, sondern um einen gewaltigen Schub zur Verbesserung der Lebensqualität von rund 11.000 unmittelbar betroffenen Menschen, was der Einwohnerzahl der Landeshauptstadt Eisenstadt entspricht. Neben der Errichtung des Margaretentunnels, den Stadtrat Swoboda wegen seiner Auswirkungen als „Umwelttunnel“ bezeichnete, werden im gesamten Umfeld der betroffenen Straßenzüge Verkehrsberuhigungs- und Gestaltungsmaßnahmen getroffen. (Forts. mögl.)
lf/rr

Neuerungen beim Kabel-TV

Wien, 1.2. (RK-LOKAL) Für die rund 200.000 Wiener Haushalte, die an das Kabelfernsehen angeschlossen sind, ergeben sich in den kommenden Wochen einige Änderungen.

Der „Sky Channel“ wechselt am Sonntag, dem 5. Februar, auf den Satelliten „Astra“ und wird aus rechtlichen Gründen ab diesem Tag in einigen europäischen Ländern, darunter auch in Österreich, nicht mehr vollwertig zu sehen sein. Als Provisorium bis zum endgültigen Aus am 31. Mai wird noch untertags das reguläre „Sky“-Programm gezeigt werden, ab 18 Uhr eine Mischung aus dem „Landscape-Channel“ und dem „Arts-Channel“ die bisher zu später Stunde, nach Beendigung des „Sky-Channel“ zu sehen waren. Weiters soll in den Wochen bis Ende Mai ein gemischtes Unterhaltungsprogramm angeboten werden. Ab März soll dazu ein „Sport-Versuchsprogramm“ in den Abendstunden kommen, ebenfalls limitiert bis Ende Mai.

Beim Wiener Kabel-TV laufen derzeit intensive Verhandlungen, um rasch einen vollwertigen Ersatz zu finden. Darunter mit dem MTV-Programm, das wegen seines umfangreichen Musikangebotes besonders bei der Jugend sehr beliebt ist.

Es gibt auch Bestrebungen, als zusätzliches, freiwilliges Service für Kabelfernseher ein schweizerisch-deutsches Abonnement-TV zu errichten, das monatlich ausschließlich 25 relativ neue Spielfilme — jeden zweimal pro Tag — zeigt. Dafür müßten Interessenten eine Extragebühr bezahlen, die, zum Vergleich, in der Schweiz monatlich rund 200 Schilling beträgt.

Unabhängig von diesen Projekten steht schon fest, daß ab 25. Februar ein zwölftes Programm in das Kabel-TV eingespeist wird. Es ist das öffentlich-rechtliche Programm des deutschen Südwestfunks, das von seinem Inhalt her etwa mit dem Bayerischen Fernsehen vergleichbar ist. Für den Geschäftsführer von Telekabel, Prof. Fritz SENGER, steht fest, daß der Südwestfunk aber nicht das einzige neue Programmangebot des Jahres 1989 für Wiens Kabelfernseher sein wird.

Auch für Radiohörer wird die Angebotspalette erweitert. Derzeit laufen erfolgversprechende Verhandlungen, daß schon in naher Zukunft das Programm von BBC sowie jenes von Radio Luxemburg in Stereoqualität auf Knopfdruck zu hören sein wird. (Schluß).ull/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 2. Februar 1989

Blatt 225

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Hatzl: Bundeskammer schädigt eigene Mitglieder (226/FS: 1.2.)

Smejkal: Jugendämter registrierten 1988 ein Sinken der Anträge auf Geldaushilfen (227)

Abschlepp-Aktion bis Ende März verlängert (228)

„Mut zur Stadt“ (229)

Heizbetriebe Wien: 93.000 Wohnungen mit Fernwärme (231-234)

54.000 Einsender beim Wiener Winter-Szene-Gewinnspiel (235)

Neue Primärärzte im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel (236)

Volksbad Vereinsgasse vorübergehend gesperrt (nur FS)

Sport:

Sportehrenzeichen für Ing. Erich Tecka (230)

Hatzl: Bundeskammer schädigt eigene Mitglieder

Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Die Ablehnung des neuen Strompreismodells für Wien durch die Bundeswirtschaftskammer bezeichnete Wiens Energiestadtrat Johann HATZL Mittwoch als eine Aktion, die sich gegen die Interessen der eigenen Mitglieder dieser Kammer richtet. Wie die Bundeswirtschaftskammer in ihrer Presseaussendung selbst zugibt, würden vier Fünftel aller Gewerbebetriebe beim „Grünen Stromtarif“ weniger als bisher bezahlen. Diese große Mehrheit der Unternehmen wird durch die ablehnende Haltung der Kammer geschädigt. Die Befürchtung der Bundeskammer, daß Industriebetriebe aus Wien abwandern müßten, sei absurd, sagte Hatzl: „Größere Industriebetriebe haben im Regelfall eigene Verträge, auf die sich die Tarifreform nicht auswirken würde.“ (Schluß) roh/rr

Bereits am 1. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Smejkal: Jugendämter registrierten 1988 ein Sinken der Anträge auf Geldaushilfen

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Erstmals seit 1974 konnten die Wiener Bezirksjugendämter ein Sinken der Anträge auf Aushilfen für Familien feststellen, erklärte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Diese erfreuliche Trendwende, so Smejkal, sei unter anderem auf die verstärkte und effizientere Zusammenarbeit der Jugendämter mit den Sozialreferaten und einen gezielteren Einsatz von Hilfsangeboten zurückzuführen. Von 1987 auf 1988 sei die Zahl der Aushilfenanträge um rund acht Prozent, das sind 2.835 Anträge, gesunken. Eine ganze Reihe von zusätzlichen Angeboten, die in den letzten Jahren installiert wurden, wie die Familienintensivbetreuung, Schuldnerberatung, Frühwarnsystem bei Mietzinsrückständen, Krisenwohnungen für Mütter usw. hätten dazu geführt, daß, erstmals seit fast fünfzehn Jahren, 1988 weniger Familien Anträge auf Aushilfe nach dem Wiener Sozialhilfegesetz gestellt hätten als im Vorjahr.

Serviceorientierung der Sozialarbeit

Die Serviceorientierung der Sozialarbeit in den Bezirksjugendämtern zeige sich aber auch im Rückgang der Fälle gerichtlicher Erziehungshilfe um vier Prozent gegenüber dem Vorjahr, sagte Smejkal. Man könne durch eine intensive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten in immer mehr Fällen auf behördliche Maßnahmen verzichten. Die gute Zusammenarbeit, das unbürokratische Klima und der Servicecharakter der Bezirksjugendämter wirke sich auch auf die Zahl der Klienten aus. So seien 1988 rund 7 Prozent mehr Rat- und Hilfesuchende mit ihren Problemen zu einem Jugendamt gekommen. Dies bedeute, daß man oft früher und rechtzeitig und nicht erst in akuten Krisensituationen helfen könne, meinte Smejkal. Insgesamt wurden 1988 193.559 Klienten von den Mitarbeitern des Wiener Jugendamtes betreut und beraten. (Schluß) jel/gal

Abschlepp-Aktion bis Ende März verlängert

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Die Abschlepp-Aktion der MA 48 wurde aufgrund des positiven Echos bis Ende März verlängert. Die MA 48 zahlt für jedes Autowrack dem Bsitzer, der es ordnungsgemäß abmeldet und bei der MA 48 eine Verzichtserklärung einreicht, einen Betrag von 200 Schilling und schleppt das Wrack ab. Seit Beginn der Aktion Anfang Jänner haben bereits rund 500 Autowrackbesitzer von der günstigen Gelegenheit, ihr altes Auto loszuwerden, Gebrauch gemacht. Die Verlängerung der Aktion dient auch dazu, der Bevölkerung für den Frühjahrsputz einen Anreiz zu bieten, die Stadt sauber zu halten. Nähere Auskünfte über die Abschlepp-Aktion erhält man beim Mist-Telefon unter der Nummer 55 16 61. (Schluß)
du/gal

„Mut zur Stadt“**Fritz Hofmann / Jakob Maurer: „Erfahrungen mit Wien“**

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) „Mut zur Stadt. Erfahrungen mit Wien“ ist der Titel eines von Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN und dem Schweizer Raumplaner Prof. Dr. Jakob MAURER herausgegebenen Buches, das Mittwoch abend von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Neun Autoren — Politiker, Stadtplaner, Wissenschaftler und Journalisten — beschäftigen sich darin mit verschiedenen grundsätzlichen Aspekten der Wiener (und europäischen) Stadtentwicklung.

Der langjährige Wiener Planungsstadtrat Fritz Hofmann berichtet über jene Periode der Stadtentwicklung von Wien, die er seit den 60er Jahren selbst maßgeblich mitgestaltet hat. Dr. Rudolf GERLICH, Redakteur des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien, behandelt an Hand von Beispielen aus der Wiener Kommunalpolitik der letzten zwei Jahrzehnte Fragen des Verhältnisses zwischen Planung und Demokratie, der Partizipation und der Öffentlichkeitsarbeit. Ernst GEHMACHER, Geschäftsführer des Instituts für empirische Sozialforschung, befaßt sich mit der Stadt als Aufgabe der Politik. Der Soziologe Univ.-Prof. Dr. Kurt FREISITZER (Graz) erläutert jenes innovative Verfahren der Politikberatung, das als „Wiener Modell“ (Donauraum-, Gürtelplanung) bekannt wurde. Dipl.-Ing. Otto ENGELBERGER, der frühere Leiter der Wiener Stadtplanung, berichtet von seinen Erfahrungen bei der Durchsetzung planerischer Erkenntnisse und Vorhaben. Helmut KORZENDÖRFER, Generalsekretär des Instituts für Stadtforschung, beschäftigt sich mit Wohnbau und Wohnungspolitik in Wien. Harald STERK, Ressortleiter für Architektur und Bildende Kunst in der Kulturredaktion des Österreichischen Fernsehens, setzt sich mit Fragen der Stadtgestaltung auseinander. Thomas SIEVERTS, Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule Darmstadt, behandelt grundsätzliche Probleme der Stadtplanung am Beispiel der Planungen für den Donauraum in Wien. Und Jakob MAURER, Professor an der ETH Zürich und ehemaliger Vorsitzender der Projektorganisationen Donauraum und Gürtel, untersucht Chancen und Gefahren, die sich im Europa von morgen für die Städte ergeben könnten.

„Mut zur Stadt. Erfahrungen mit Wien“.

Herausgegeben von Fritz Hofmann und Jakob Maurer, 216 Seiten, ill.
(Compress-Verlag), 380 Schilling. (Schluß) red/rr *

Sportehrenzeichen für Ing. Erich Tecka

Wien, 2.2. (RK-SPORT) Hohe Auszeichnung für einen Spieler, der im österreichischen und speziell im Wiener Basketballsport ein ruhmreiches Kapitel geschrieben hat: Ing. Erich TECKA, der 100fache Internationale, erhielt Donnerstag im Rathaus aus den Händen von Stadtrat Dr. Michael HÄUPL das Sportehrenzeichen der Stadt Wien überreicht. Diese Auszeichnungen erhielten mit Andreas DOBIAS und Gerhard PRCSER auch die Sportkegler-Vizeweltmeister im Paarbewerb sowie die Funktionäre Dr. Horst EHMSSEN (Hockey), Franz HAUKWITZ (Radball) und Otto SEIDL (Sportkegeln). Mit der Sportehrennadel und Ehrenurkunde der Landes-sportorganisation Wien wurde Elisabeth SCHMIDT (Turnen) ausgezeichnet. (Schluß) hof/rr

Heizbetriebe Wien: 93.000 Wohnungen mit Fernwärme

Abnehmerzahl stark gestiegen

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Die Heizbetriebe Wien GesmbH. hat in ihrem Geschäftsjahr 1987/88 (das sich bei den HBW vom 1. September bis 31. August erstreckt) knapp 93.000 Wohnungen mit Fernwärme versorgt, das bedeutet einen deutlichen Anstieg um mehr als 6.000 Wohnungen. Darüber hinaus ist eine Vielzahl von Verwaltungs- und Industriegebäuden und Spitälern an das Fernwärmenetz angeschlossen. Würden alle mit Fernwärme versorgten Objekte stattdessen mit Heizöl geheizt, bedeutete das einen Mehrverbrauch von circa 200.000 Tonnen Heizöl und damit verbunden zusätzliche Emissionen von 4.000 Tonnen Schwefeldioxid jährlich. Dies gab Donnerstag Energiestadtrat Johann HATZL in einer Pressekonferenz bekannt.

Insgesamt wurden im vergangenen Betriebsjahr 2.380 Gigawattstunden verkauft, was — trotz der deutlich gestiegenen Abnehmerzahl — einem Rückgang um 6,7 Prozent entspricht. Dies ist ausschließlich auf den äußerst milden Winter 1987/88 zurückzuführen.

Die Betriebsleistung hat sich um 148,5 Millionen Schilling auf 1.427,8 Millionen Schilling verringert. Der Betriebsaufwand hat sich demgegenüber um rund 88,2 Millionen auf 1.495,7 Millionen Schilling erhöht.

Auch die Kosten für den Energieeinsatz haben sich trotz des milden Winters und gesunkener Primärenergiepreise um 10,8 Millionen Schilling auf 447,4 Millionen Schilling erhöht. Dies ist auf den Stillstand der Müllverbrennungsanlage Spittelau zurückzuführen, weshalb die Wärme in anderen Werken durch Einsatz von Primärenergie erzeugt werden mußte. Gestiegen ist der Personalaufwand um fast 11 Prozent durch die Übernahme des Personals der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig in den Stand der HBW.

Das ordentliche Jahresergebnis der HBW hat sich gegenüber dem letzten Ergebnis stark verschlechtert; statt einem Gewinn von 87,7 Millionen (1986/87) steht nunmehr ein Verlust von 164,8 Millionen zu Buche. Ursache dafür sind vor allem die verringerten Betriebserlöse, die Erhöhung der Gebrauchsabgabe und die seit Anfang 1988 eingetretene Vermögenssteuerbelastung. Der Anteil des Eigenkapitals verringerte sich um 4,1 Prozent und beträgt nun 31 Prozent. Die Gesamtverbindlichkeiten erhöhten sich um fast 30 Prozent auf dreieinhalb Milliarden Schilling.

Vorschau 1988/89: Starke Steigerung der Wärmemenge prognostiziert

Für das laufende Wirtschaftsjahr wird mit einer Steigerung der Wärmemenge um 13 Prozent auf 2.700 Gigawattstunden gerechnet. Im bereits abgerechneten Zeitraum September bis Dezember 1988 wurde bereits eine Steigerung der Wärmemenge um rund 17 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres erreicht.

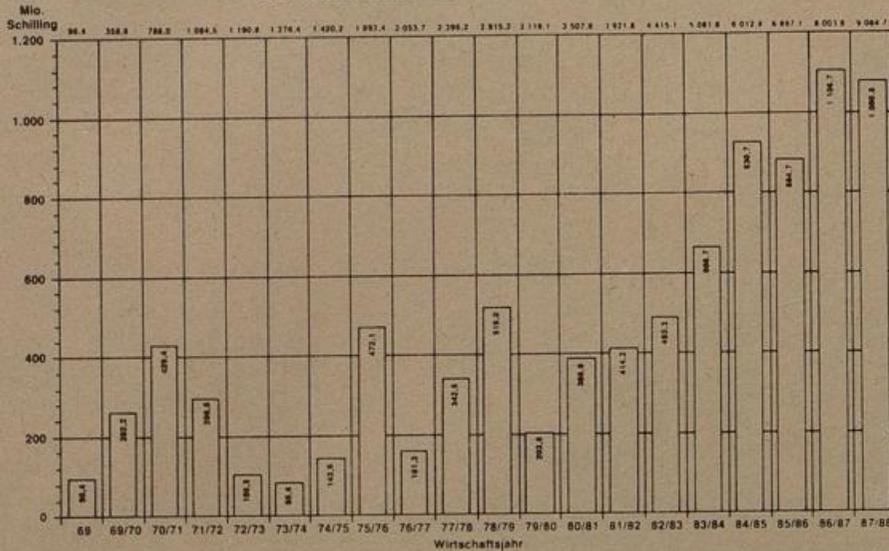
Auf dem Investitionssektor ist die Wiedererrichtung der Rauchgasreinigungsanlage in der Müllverbrennungsanlage Spittelau voll im Gange. Die Wiederinbetriebnahme dieser Müllverbrennungsanlage einschließlich der Rauchgasreinigungsanlage ist für Frühjahr 1989 vorgesehen, im kommenden Herbst soll die Denox-Anlage dazugeschaltet werden.

Die Geschäftsführung hat im Einvernehmen mit dem Eigentümer die Entscheidung getroffen, die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig umzurüsten und damit die Einhaltung aller gesetzlich vorgeschriebenen Werte zu gewährleisten. Die Pläne werden noch im ersten Halbjahr 1989 fertiggestellt. Es besteht jedenfalls die Absicht, früher als im Gesetz vorgeschrieben, mit der Umrüstung fertig zu werden. Die HBW werden sich dabei auch internationaler Experten bedienen.

Im Zusammenhang mit dem zur Kraft-Wärme-Kupplung umgebauten Gasturbinenkraftwerk Leopoldau konnten nach Fertigstellung der Fernwärmeleitung Flötzersteig, der Fernwärmeleitung Nord sowie des „Süd-West-Ringes“ die letzten fünf Blockheizwerke der HBW (Hütteldorfer Straße, Dirmhirngasse, Wiener Flur, Brünner Straße und Trillergasse) stillgelegt werden.

Forts. von Blatt 231

JÄHRLICHE INVESTITIONSRATEN

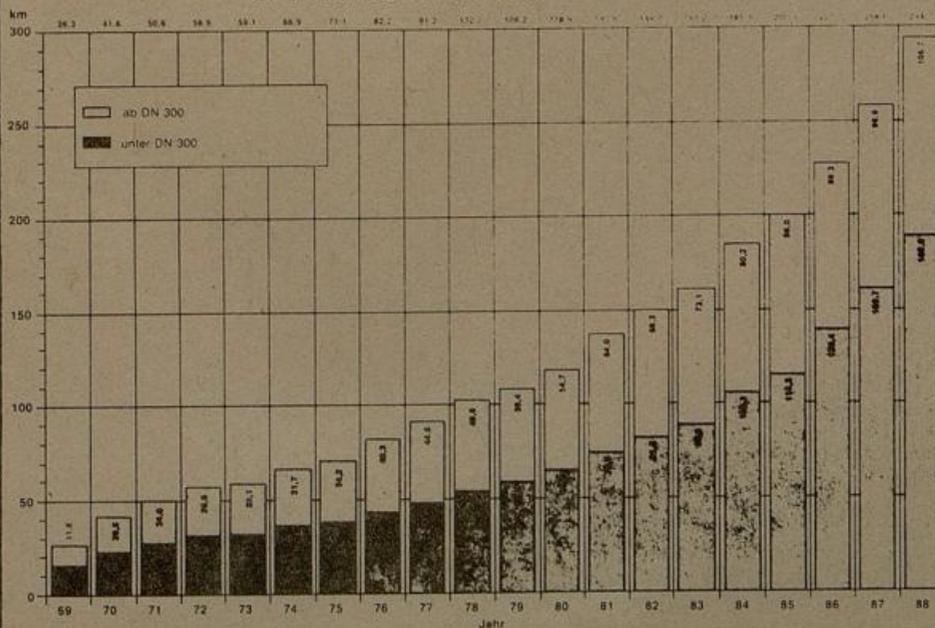


*1) Die Heizbetriebe Wien haben ein gebrochenes Wirtschaftsjahr, daher verstehen sich Doppeljahreszahlen immer für einen Zeitraum von 1. 1. bis zum 31. Dezember des Folgejahres und nicht des Kalenderjahres.

Fernwärmeleitungen: 5,7 Kilometer in Bau, 5,2 vor Beginn

Vier große Fernwärmeleitungen befinden sich derzeit in Bau, und zwar von der Maroltingergasse bis nach Penzing (Länge drei Kilometer, Kosten 125 Millionen), in der Stranzenberggasse (ein Kilometer, 35 Millionen), Lorenz-Mandl-Gasse (0,5 Kilometer, 20 Millionen) und in Kaisermühlen (1,2 Kilometer, 30 Millionen). Vor dem Baubeginn stehen die Leitungen Niederhofstraße - Margaretengürtel, Spengergasse, Gerichtsgasse und Lainz. Die Fernwärmeleitung Lainz ist mit 2,5 Kilometer Länge und Kosten von 105 Millionen Schilling das größte anstehende Projekt der HBW im Leitungsbau.

ENTWICKLUNG DES FERNWÄRMENETZES



*1) DN 300 bedeutet eine innere Rohrlänge von 30 cm

Forts. auf Blatt 233

Neues Kundendienstzentrum der HBW

Seit Ende 1988 steht den Kunden der Heizbetriebe Wien ein neues Kundendienstzentrum zur Verfügung, das wesentlich besser erreichbar ist als die bisherigen Einrichtungen. Die neue Adresse:

1200 Wien, Dresdner Straße 49/Ecke Hellwagstraße

Von Montag bis Donnerstag stehen hier in der Zeit von 8 bis 15 Uhr und Freitag von 8 bis 11 Uhr die Abteilungen Heizkostenverrechnung, Wärmeverkauf und Fernwärmenachrüstung den Kunden für persönliche oder telefonische Anfragen und Informationen aller Art in einer verkehrsgünstigen Lage zur Verfügung. Die neue Telefonnummer:

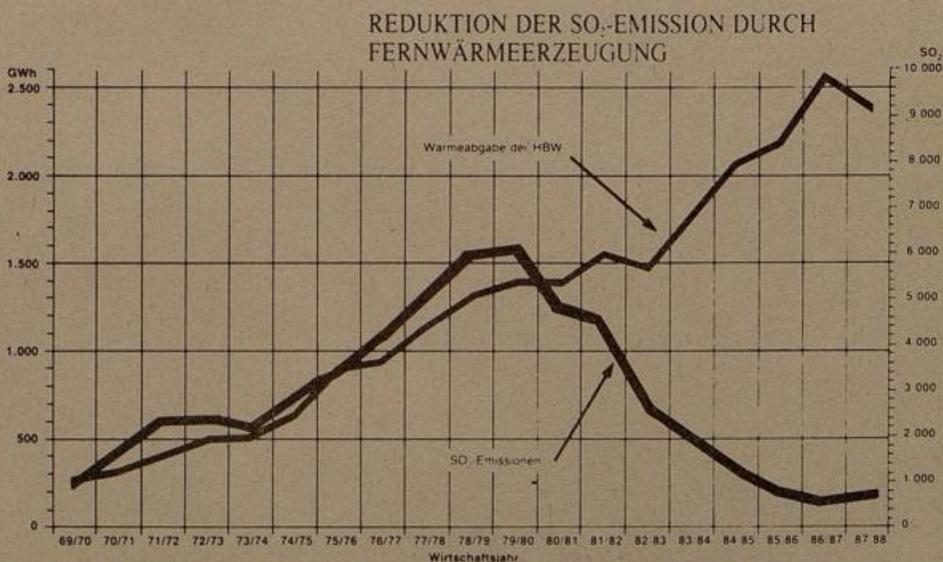
35 16 41/Durchwahl.

Die Nummer des Not- und Gebrechensdienstes, der den Kunden rund um die Uhr und auch an Sonn- und Feiertagen zur Verfügung steht, bleibt gleich:

31 15 11/365 oder 366

Das neue Kundendienstzentrum ist mit der Straßenbahnlinie „N“ (Haltestelle direkt vor der Haustüre), den Buslinien „5A“ und „10A“, den Straßenbahnlinien „31“ und „32“ (Höchstädtplatz) und der Schnellbahn (Station Traisengasse) leicht zu erreichen.

Fernwärme und Umweltschutz



Die Heizbetriebe Wien zählen als Fernwärmeerzeuger zu jenen Unternehmen, die am meisten für die Luftqualität in Wien und damit für den Umweltschutz erreichen.

- Die HBW haben während ihres 20jährigen Bestehens insgesamt 23.578 Gigawattstunden an Wärme geliefert. Hätte man diese Wärmemenge mit Erdöl erzeugt, wären dazu etwa 2,8 Millionen Tonnen Erdöl benötigt worden, die bei ihrer Verbrennung rund 56.000 Tonnen Schwefeldioxid in die Wiener Luft geblasen hätten.
- Ein Großteil der Fernwärme wird in sogenannten „Kraft-Wärme-Kuppelungen“ auf umweltfreundlichste Art als Koppelprodukt bei der Stromerzeugung gewonnen, die Kraftwerke (Simmering und Leopoldau) sind selbst mit modernsten Filteranlagen und Brennern ausgestattet und setzen fast nur umweltfreundliches Erdgas ein.
- Kurz nach der Übernahme der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig durch die HBW wurde mit dem Einbau einer modernen Rauchgasreinigungsanlage begonnen, die nach einer äußerst knappen Bauzeit im Herbst 1985 in Betrieb ging. Ein Projekt für die Erneuerung der Kesselanlagen nach dem Dampfkesselemissionsgesetz wurde ausgearbeitet. Kosten: 120 Millionen Schilling.

Forts. von Blatt 232

Forts. auf Blatt 234

- Ein Jahr danach, im Herbst 1986, ging auch in der Müllverbrennungsanlage Spittelau eine Rauchgasreinigung um zirka 150 Millionen in Betrieb. Nach deren Brand wird sie nach neuestem technischen Stand wiedererrichtet. Als erste Müllverbrennungsanlage der Welt wird die Spittelau noch heuer eine Denox-Anlage erhalten. Kosten: 120 Millionen Schilling.
- Die Erneuerungspläne für die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, die schon eingereicht waren, werden nun bis zum kommenden Sommer nach den neuen Werten des Luftreinhaltegesetzes überarbeitet.
- Mit der Inbetriebnahme der Kraft-Wärme-Kupplung im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau und dreier wichtiger Versorgungsleitungen konnten 1988 die letzten fünf „Blockheizwerke“ außer Betrieb genommen werden.
- Neben den 93.000 Wohnungen versorgen die HBW noch mehr als 1.600 Großobjekte, darunter 74 öffentliche Gebäude wie die Hofburg, das Parlament, das Rathaus, 250 Schul- und Kindergärten, 22 Theater und Museen, 38 Bäder und Sportbecken, 36 Spitäler, 63 Hotels und Restaurants, 154 Banken und Sparkassen sowie 417 Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetriebe, die vielfach davor ihren Wärmebedarf mit wenig umweltfreundlichen Öl-Zentralheizungen erzeugten.
- Ab 1989 werden von den 229 von den Heizbetrieben Wien betriebenen Hauszentralen nur mehr 14 mit Heizöl leicht befeuert.

Forts. von Blatt 233

20 Jahre HBW

Die Heizbetriebe Wien GesmbH. wurde am 22. Jänner 1969 auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses vom 25. Oktober 1968 gegründet. Sie übernahm von der Magistratsabteilung 32, die bis dahin für die Fernwärme zuständig war, 26 Kilometer Fernleitungen, fünf Blockheizwerke und 17 kleinere Heizzentralen. In der Zwischenzeit hat sich die Fernwärme mit zehnpromzentigen Zuwachsraten zu einer der am stärksten wachsenden Branchen entwickelt. Diese Entwicklung ist auch im internationalen Vergleich rasant. Sowohl die Anzahl der versorgten Wohnungen wie auch die Länge des Leitungsnetzes und die Wärmeabgabe wurden in etwa verzehnfacht. Schon 1980 war die 50.000ste Wohnung angeschlossen, heute sind es bereits mehr als 90.000. Das Leitungsnetz hat schon eine Länge von 290 Kilometer überschritten. Der Wärmeverkauf erreichte im letzten Wirtschaftsjahr 2.380 Gigawattstunden, der Gesamtumsatz 1,4 Milliarden Schilling.

Aus den gesamten Investitionen der letzten 20 Jahre in der Höhe von mehr als neun Milliarden Schilling ist ersichtlich, was für ein bedeutender Wirtschaftskörper die Heizbetriebe Wien geworden sind und welche großen Impulse für die heimische Wirtschaft von ihnen ausgehen. Statistisch gesehen entsprechen Investitionen von rund 700.000 Schilling einem Jahresarbeitsplatz auf der Auftragnehmerseite. Danach haben die HBW durch ihre Investitionstätigkeit in dieser Zeitspanne zur Erhaltung von insgesamt rund 13.000 Arbeitsplätzen für ein Jahr beigetragen. Bei den HBW direkt sind derzeit 685 Arbeitnehmer beschäftigt. (Schluß) roh/gal

54.000 Einsender beim Wiener Winter-Szene-Gewinnspiel

Gelungene Kooperation mit der Wirtschaft

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Ein Superergebnis von 54.000 Einsendern brachte das „Winter-Szene-Gewinnspiel“ des Wiener Fremdenverkehrsverbandes. Es wurde gemeinsam mit den Firmen Schlumberger-Sekt, Casinos Austria, dem Wiener Dorotheum und dem Reiseveranstalter Ameropa in der Zeitschrift „Schöne Welt“, dem Reisemagazin der Deutschen Bundesbahn, veranstaltet.

Die 333 Preise für das Gewinnspiel wurden unter anderem auch von der Porzellanmanufaktur Augarten, den Austria-Hotels, dem Süßwarenherzeuger Hofbauer und dem Verlag Ueberreuter gestiftet. Den Hauptpreis — einen Wien-Aufenthalt mit Opernball-Besuch — gewann der Lübecker Architekt Helmut KUBASCH. Aufhänger für das Gewinnspiel war die „Winter-Szene Wien“, eine Publikation des WFVV, die über Wiens kulturelles Angebot im Winter 1988/89 informiert. (Schluß) wfv/rr

Neue Primärärzte im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel

Amtseinführung durch Stadtrat Stacher

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Donnerstag im Neurologischen Krankenhaus der Stadt Wien — Rosenhügel zwei neue Primärärzte in ihr Amt ein: den Vorstand des Röntgeninstituts, Dr. Peter SAMEC, und den Vorstand der 2. Neurologischen Abteilung, Univ.-Prof. Dr. Bruno MAMOLI.

Dr. Samec ist seit 1980 Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, seit 1988 auch Facharzt für Radiologie. Er war zuletzt Oberarzt an der Neurologischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus und tritt die Nachfolge von Medizinalrat Dr. Herbert LUSTIG an, der seit 1975 Vorstand des Röntgeninstituts des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel war und nun in den Ruhestand getreten ist.

Prof. Mamoli ist seit 1975 Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, seit 1977 Universitäts-Dozent und seit 1982 außerordentlicher Universitätsprofessor. Er war zuletzt Vorstand der Neurologischen Abteilung im Franz-Josef-Spital der Stadt Wien und folgt nun auf Medizinalrat Primarius Dr. Christoph SPUNDA, der die 2. Neurologische Abteilung auf dem Rosenhügel seit 1976 leitete und ebenfalls in Pension gegangen ist. (Forts. mögl.) sc/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 3. Februar 1989

Blatt 237

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Häupl: PET-Flaschen sind Belastung für die Umwelt (238/FS: 2.2.)
- Athener Bürgermeister Evert im Wiener Rathaus (239/FS: 2.2.)
- Terminvorschau vom 6. bis 15. Februar (240)
- Ehrenzeichen für Pädagogen (241)
- 4. Februar bis 27. März: Kalvarienbergmarkt mit neuen Attraktionen (243)
- Neue Organisationsform für den Wiener Drogenbeirat (244)
- Häupl: 69.2 Millionen für den Wiener Sport (245)
- Schirmer: Flohmarkt-Kontrollen selbstverständlich (246)

Kultur:

- Fritz-Grünbaum-Platz in Mariahilf (242)

Häupl: PET-Flaschen sind Belastung für die Umwelt

Bereits am 2. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) „Während sich eine deutliche Vermehrung der PET-Flaschen auf dem Markt zeigt, ist die Entsorgungsfrage dieser Kunststoff-Einweggebinde weiterhin problematisch“, erklärte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Donnerstag gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ zur gestern wieder aufgeflammten PET-Flaschen-Diskussion. Zur Zeit gibt es keine Möglichkeit eines Pfandsystems und auch kein Sammel- und Wiederverwertungsgebot. Hier könnte erst das neue Bundesabfallwirtschaftsgesetz Abhilfe schaffen. Die vom PET-Flaschen-Hersteller Varioform gestern gemachte Behauptung, daß er, Häupl, Aussagen über die Gesundheitsschädlichkeit der PET-Flaschen zurückgenommen habe, sei nicht ganz richtig, stellte Häupl weiter fest. Die Firma Varioform habe zugesagt, Zahlen über die Mengen an Acetaldehyd vorzulegen, die in diesen Flaschen enthalten sind oder von ihnen emittiert werden. Er, Häupl, habe keinerlei Äußerungen zurückgenommen, sondern lediglich zugesagt, die Diskussion über die Gesundheitsschädlichkeit nicht weiterzuführen, solange das Datenmaterial nicht vorliegt. „Bis jetzt wurden mir jedenfalls keine Unterlagen darüber vorgelegt“, schloß Häupl. (Schluß) du/gg

Athener Bürgermeister Evert im Wiener Rathaus

Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien

Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Der Bürgermeister von Athen, Miltiades EVERT, stattet derzeit Wien einen Besuch ab. Heute, Donnerstag, wurde er von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Rathaus empfangen und trug sich im Roten Salon ins Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Zilk verwies in seiner Rede auf die vielen Elemente der griechischen Kultur im Wiener Stadtbild, vor allem in der Architektur und den Denkmälern, sowie auf die bevorstehenden Wien-Tage in Athen mit einem Wien-Ball als Höhepunkt. Evert sagte, Griechenland und Österreich seien heute zwar beide kleine Länder, aber traditionell geistige Großmächte. Athen und Wien seien aufgrund ihrer langen Geschichte und ihrer kulturellen Ausstrahlung zwei „ewige Städte“. Dem Empfang wohnten u.a. die Stadträte Christine SCHIRMER, Rudolf EDLINGER, Dr. Hannes SWOBODA und Dr. Erhard BUSEK, die Klubobmänner Ing. Karl SVOBODA und Dr. Erwin HIRNSCHALL sowie Dritter Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN bei. (Schluß) red/rr

Bereits am 2. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Terminvorschau vom 6. bis 15. Februar

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 6. bis 15. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 6. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 7. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 8. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Presseführung Ausstellung „Rudolf Jettmar“ (Historisches Museum der Stadt Wien)

DONNERSTAG, 9. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an den Rektor der Universität Wien Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Holczabek (Arb.-Zi, Bgm.)

10.00 Uhr, Pressekonferenz der SPÖ (SPÖ-Klub)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „Bundesstraßenbau“ (PID)

FREITAG, 10. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Dr. Dolf Lindner (Arb.-Zi, Bgm.)

MONTAG, 13. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Franz Brachmann, Komm.-Rat Erich Brunner und Komm.-Rat Franz Nahrada (Stein.Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 14. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Sektionschef Dipl.-Ing. Dr. Heinrich Schmelz (Arb.-Zi, Bgm.)

MITTWOCH, 15. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Swoboda, Prof. Rainer und Prof. Knoflacher, Präsentation des städtebaulichen Gutachtens Wien Mitte-Landstraße (PID)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Swoboda an Reg.-Rat Otto Kalina, Reg.-Rat Othmar Schromm, Hans Parzer und Dr. Rudolf Spanblöchl (Stein. Saal, Rathaus)

(Schluß) red/gal

Ehrenzeichen für Pädagogen

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Die Otto-Glöckel-Medaille der Stadt Wien überreichte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Donnerstag nachmittag an Bezirksschulinspektor Franz BRADER für seine Leistungen im pädagogischen Bereich. Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt OSR Dr. Kurt TANZER, ebenfalls aufgrund seiner pädagogischen Verdienste, das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich wurde Medizinalrat Dr. Franz VEITSMEIER aufgrund seines sozialen Engagements im Rahmen des Vereins Kameradschaft Feldmarschall Radetzky verliehen. (Schluß) jel/rr

Fritz-Grünbaum-Platz in Mariahilf

Wien, 3.2. (RK-KULTUR/LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Benennung des Kreuzungsplateaus zwischen Gumpendorfer Straße, Schadekgasse, Barnabitingasse und Windmühlgasse nach dem Kabarettisten Fritz GRÜNBAUM in „Fritz-Grünbaum-Platz“.

Fritz Grünbaum, der 1880 in Brünn geboren wurde, führte gemeinsam mit Karl FARKAS in der Zwischenkriegszeit das Kabarett „Simplizissimus“. Seine Chansons und Scherzgedichte, die sich durch große sprachliche Begabung und scharfen Witz auszeichnen, kennzeichnen Grünbaum als einen der Großen des Wiener Kabarets. 1938 von den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt, ist Grünbaum dort gestorben.

Alfred-Grünwald-Park

Eine weitere Benennung im 6. Bezirk, die der Kulturausschuß beschloß, gilt dem Librettisten Alfred GRÜNWARD. Nach ihm wird der Park an der Linken Wienzeile 24-32 in „Alfred-Grünwald-Park“ benannt.

Alfred Grünwald, 1886 in Wien geboren, war Theaterkritiker und Operettenlibrettist. Seine größten Erfolge hatte er mit den Textbüchern zu „Gräfin Mariza“, „Zirkusprinzessin“ und „Viktoria und ihr Husar“. Alfred Grünwald mußte 1938 in die USA emigrieren und starb 1951 in New York. (Schluß) gab/gg

4. Februar bis 27. März: Kalvarienbergmarkt mit neuen Attraktionen

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Vom „Kafaribergkipferl“, dem halbmond-förmigen Riesenkipferl, über die Bamkraxler bis zum Gigerlfutter, vom Streichelzoo über's Kinderkarussell bis zum Festzelt, vom Spielbus für die Kinder bis zum Kulturprogramm, vom Besuch des Kreuzwegs bis zur Osterprozession umfaßt der Kalvarienberg beziehungsweise der Kalvarienbergmarkt zahlreiche fröhliche oder besinnliche Möglichkeiten. Der Kalvarienbergmarkt in Hernals findet heuer vom 4. Februar bis Ostermontag, den 27. März, in der Kalvarienberggasse zwischen Elterleinplatz und Geblergasse statt. Erstmals gibt es auch ein Festzelt auf dem St.-Bartholomäus-Platz vor der Kirche; und zahlreiche neue Attraktionen sollen kleine und große Gäste anlocken. Über den Kalvarienbergmarkt 1989 und die Bemühungen, den Fastenmarkt wieder bekannter zu machen, informierten Stadträtin Christine SCHIRMER, der Obmann der Sektion Handel Labg. Komm.-Rat Walter NETTIG, Bezirksvorsteher Robert PFLEGER, und der Vorsteher des Landesgremiums Wien des Markt-, Straßen- und Wanderhandels mit Ausnahme des Marktviktualienhandels Komm.-Rat Paul OTTOPAL Freitag in einem Pressegespräch.

Die irdischen Freuden am Kalvarienbergmarkt

Der Kalvarienbergmarkt war offensichtlich stets eine Verbindung von Wallfahrten und irdischen Freuden, wobei heute die irdischen wohl überwiegen. Vom Kalvarienbergkipferl bis zum Baumkraxler, türkischen Honig, Studentenfutter, Spielzeug, Puppen, Stofftieren usw. reicht das Angebot der heuer 36 Standln. Oder, wie es in der Marktordnung für den Fastenmarkt aufgezählt wird: es gibt Spielwaren, Bijouteriewaren, Haus- und Küchengeräte mit Ausnahme von Gasgeräten, Textilwaren und Geschenkartikel, jeweils in einfacher Qualität, Kunststoffwaren, Galanteriewaren, Kurz-, Strick- und Wirkwaren, Devotionalien und genußfertige Lebensmittel, außerdem Blumen, Palmkätzchen und „chemisch-technische“ Neuheiten.

Der Kalvarienbergmarkt befindet sich in der (in den Marktwochen für den Verkehr gesperrten) Kalvarienberggasse zwischen Elterleinplatz und Geblergasse. Die Marktstände können von 4. Februar bis 27. März täglich, auch Samstag und Sonntag, von 8 bis 20-Uhr geöffnet bleiben.

Die Hernalser Bezirksvorsteherung und die Marktfahrer/innen haben sich heuer aber besonders bemüht, auch zusätzliche Attraktionen anzubieten. So steht vor der Kirche ein Festzelt als Rast- und Unterhaltungsmöglichkeit. Kinderkarussell und Schaukeln sind ebenfalls vorhanden. Der Osterhase wird inner- und außerhalb des Marktgebietes für die Veranstaltung werben. Ostereiermaler, Mundartdichter/innen, Sportler/innen und Künstler/innen sollen auftreten. Bezirksvorsteherung und die Kirche führen Kreuzwegandachten, Orchesterveranstaltungen, Kasperltheater, Auftritte von Tanzgruppen usw. durch.

Und am Sonntag, dem 5. Februar, wird der Hernalser Faschingsumzug gegen 15 Uhr durch die Kalvarienberggasse ziehen. (Forts. mgl.) hrs/gal

Neue Organisationsform für den Wiener Drogenbeirat

Wissenschaftliche und Koordinierungskommission

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Der „Beirat für Fragen des Drogenmißbrauches und der Drogenabhängigkeit“ („Wiener Drogenbeirat“) der Geschäftsgruppen Bildung, Jugend, Familie und Soziales sowie Gesundheits- und Spitalswesen wird in Hinkunft seine Arbeit in einer neuen Organisationsform — unterteilt in zwei Kommissionen — leisten. Freitag mittag fand im Wiener Rathaus unter Leitung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER die konstituierende Sitzung der Wissenschaftlichen Kommission und der Koordinierungskommission des Beirates statt.

Vorsitzender des Wiener Drogenbeirates ist der ärztliche Direktor des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien — Baumgartner Höhe, Univ.-Prof. Dr. Heinz GABRIEL, sein Stellvertreter ist Senatsrat Dr. Kurt SCHERZER vom Wiener Jugendamt. Die Wissenschaftliche Kommission hat acht Mitglieder (Vorsitzender: Prof. Gabriel) und soll vor allem Expertenmeinungen und Empfehlungen erarbeiten. Der Koordinierungskommission gehören zehn Vertreter verschiedener einschlägiger Institutionen und Organisationen an (Vorsitzender: Senatsrat Scherzer). Diese Kommission hat die Aufgaben der gegenseitigen Information über die eigene Arbeit, der Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit und der Sammlung von Informationen über die Entwicklung der Drogensituation.

Der Wiener Drogenbeirat wurde 1979 von den damaligen Stadträten für Bildung, Jugend und Familie sowie Gesundheit und Soziales eingerichtet. Der Beirat sollte

- Expertenmeinungen zu aktuellen fachlich-wissenschaftlichen Fragen erarbeiten,
- Maßnahmen der Jugendarbeit und der Sozialarbeit mit solchen der medizinischen Suchtkrankenhilfe abstimmen,
- Behandlungs- und Betreuungseinrichtungen koordinieren und
- für einen Informationsaustausch sorgen.

Die Einrichtung des Beirates hat sich im Hinblick auf diese Ziele sehr bewährt. Die neue Organisation soll nun eine klare Trennung zwischen der wissenschaftlichen und der praktischen Tätigkeit und damit eine effizientere Arbeit ermöglichen. (Forts. mögl.) sc/rr

Häupl: 69,2 Millionen für den Wiener Sport

Wien, 3.2. (RK-LOKAL/SPORT) „Über 69 Millionen Schilling hat der zuständige Gemeinderatsausschuß heute für die Anmietung von Sportanlagen beschlossen“, gab Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL Freitag bekannt. Mit diesen 69 Millionen Schilling werden in der Stadthalle, in der Donauparkhalle, im Athletik-Center, im Stadion- und Stadthallenbad sowie anderen Sportstätten rund 300.000 Stunden angemietet. Diese Zeiten werden den Dach- und Fachsportverbänden für den Trainings- und Meisterschaftsbetrieb äußerst kostengünstig zur Verfügung gestellt.

„Diese 69 Millionen Schilling stellen einen wesentlichen Teil der finanziellen Unterstützung der Stadt Wien für den Wiener Sport dar“, freut sich Häupl, der davon ausgeht, daß dieser Beitrag auch die Entwicklung des Breiten-sports in Wien und damit die Möglichkeiten der Wiener Amateursportle-rinnen und -sportler fördert. (Schluß) red/gg

Schirmer: Flohmarkt-Kontrollen selbstverständlich

Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) „An den Markttagen, bekanntlich jeweils Samstag, werden am Flohmarkt selbstverständlich Kontrollen durch das Marktamt durchgeführt. Allein in den letzten sechs Monaten gab es fast 1.300 Organstrafen, davon rund 800 gegen Touristen. Zusätzlich gibt es gemeinsam mit der Polizei, der Fremdenpolizei und dem Zoll auch Schwerpunktaktionen, um gegen den Schwarzhandel einzuschreiten. Diese Kontrollen sollen aber keinesfalls zu einer Kriminalisierung oder zu einer Hatz auf Ausländer und Kinder führen.“ Das betonte die für die Wiener Märkte zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer FPÖ-Forderung auf verstärkte Kontrolle des Flohmarktes.

Leider wird das Marktgebiet auch außerhalb der Marktzeiten und an Sonntagen durch Deponie von privatem Müll durch marktfremde Personen verunreinigt. Dann ist natürlich — ohne daß eine Kürzung der Überstunden erfolgte — kein Marktpersonal vorhanden. Daraus eine Kürzung oder gar ein Chaos abzuleiten, ist mehr als übertrieben und unzutreffend.

Schirmer wies darauf hin, daß der Flohmarkt selbstverständlich seit Beginn seines Bestehens ständig vom Marktamt kontrolliert wird. 1988 kam es, wie auch schon zu Beginn der 80er Jahre — damals bedingt durch die Polenkrise, heute durch Reiseerleichterungen — zu einem verstärkten Besuch des Flohmarktes durch Touristen, zum Beispiel aus Ungarn und Polen. Um ihre geringen Geldmittel aufzustocken, bieten Touristen am Parkplatz beim Flohmarkt mitunter auch Waren wie Textilien, Glasgeschirr und in geringem Ausmaß auch Lebensmittel, zum Verkauf an. Auf dem Flohmarkt selbst verkaufen Kinder mitunter Getränkedosen.

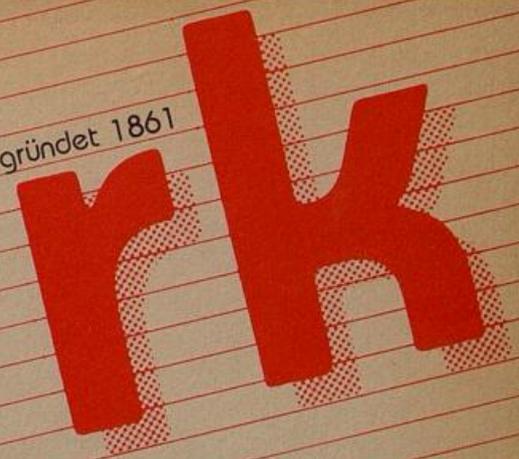
„Wir nehmen speziell den Schwarzhandel sicher nicht auf die leichte Schulter und strafen bei Verstößen. Ich möchte aber doch um Verständnis dafür bitten, daß die bisherige Kontrollpraxis beibehalten und nicht extrem ausgeweitet wird. Es ist sicher auch nicht Ziel der FPÖ, jetzt vielleicht jeden Samstag ein dichtes Kontrollnetz um den Flohmarkt zu legen und alle Besucher wie Händler, peinlichst zu kontrollieren“, sagte Schirmer. Natürlich sei es nicht wünschenswert, wenn Touristen am Flohmarkt ständig Waren aus ihren Ländern verkaufen. Man möge, meinte Schirmer, an die FPÖ gerichtet, das Problem aber auch nicht übertreiben. Für die von Touristen angebotenen Waren ist in erster Linie die Zollfahndung zuständig, die gemeinsam mit dem Marktamt schwerpunktmäßige Kontrollen durchführt.

Was aber die Kinder, die Getränkedosen verkaufen, betrifft, so handelt es sich dabei vor allem um noch nicht strafmündige Kinder. Es gibt für das Marktamt weder eine Handhabe die Kinder zu befragen, oder gar bis zur Verständigung der Eltern festzuhalten, noch sei dies, etwa gar in Form einer wilden Nachlaufjagd, überhaupt wünschenswert. Ebenso wenig könne man ernstlich ein Einschreiten erwarten, wenn Kinder, zum Beispiel zum Aufbessern des Taschengeldes versuchen, ihre Micky-Mouse-Hefte zu verkaufen. (Schluß) hrs/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 6. Februar 1989

Blatt 247

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Europaplatz: Bürger sollen zur Entscheidung über Grüngestaltung beitragen (249/FS: 4.2.)
- 200. Geburtstag von Franz Xaver Gabelsberger (250)
- Statistische Informationen über Schulen, Universitäten und Forschung in Wien (251)
- Verdienstzeichen für ARBÖ-Funktionäre (253)
- ÖVP zum neuen Wiener Wohnbauförderungsgesetz (254)
- Edlinger: Wohnbauförderung wird Wohnkosten dämpfen (255)
- Hauseinsturz in Wien-Neubau (nur FS/3.2.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- Ehrenmedaille in Gold für Milo Dor und Kurt Sowinetz (248/FS: 3.2.)
- Vier Millionen für Bezirksaktivitäten (248/FS: 5.2.)
- „Mei Herz schlogt fia Mei'ling“ (252)

Ehrenmedaillen in Gold für Milo Dor und Kurt Sowinetz

Wien, 3.2. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Freitag im Wiener Rathaus Milo DOR und Kammerschauspieler Kurt SOWINETZ Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Milo Dor zählt zu den wichtigsten Vertretern der österreichischen Nachkriegsliteratur. Er schrieb zahlreiche Romane, Erzählungen und Hörspiele. Zu seinen bekanntesten Werken zählen die Romane „Nichts als Erinnerung“ und „Die weiße Stadt“. Zuletzt erschien der autobiographische Band „Auf dem falschen Dampfer“.

Kammerschauspieler Kurt Sowinetz ist gleichermaßen Darsteller eines von Shakespeare bis Beckett reichenden Rollenspektrums wie auch Wiener Volksschauspieler mit besonderer Neigung für Nestroy. Zahlreiche Auftritte in Film und Fernsehen und seine Schallplatten, die ihn als Chansonier speziell wienerischer Prägung ausweisen, machen ihn weit über das Theater hinaus populär.

An der Feier nahm unter anderem auch der Dritte Präsident des Wiener Landtages, Dr. Manfred WELAN, teil. (Schluß) gab/gg

Bereits am 3. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Vier Millionen für Bezirksaktivitäten

Wien, 5.2. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß, für kulturelle Aktivitäten in den Wiener Bezirken einen Rahmenbetrag von vier Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen.

Die Bezirksaktivitäten nehmen in der Wiener Kulturlandschaft als „Kulturangebot der kurzen Wege“ einen wichtigen Platz ein. Das weite Spektrum umfaßt Theateraufführungen, Konzerte und Lesungen ebenso wie verschiedene Veranstaltungen für Kinder, Feste und Kirtage. Im Jahr 1988 fanden insgesamt 130 Veranstaltungen mit Förderung der Kulturabteilung der Stadt Wien statt. (Schluß) gab/rr

Bereits am 5. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Europaplatz: Bürger sollen zur Entscheidung über Grüngestaltung beitragen

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Wie von Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA bereits angekündigt, sollen die Bürger zum „Feinschliff“ der Oberflächengestaltung des Europaplatzes beitragen, wobei es insbesondere um mögliche Änderungen im Baumbestand geht. Dazu startet am Montag, dem 6. Februar, eine einwöchige Informationsausstellung.

Den Passanten oder Autofahrern fällt am Europaplatz derzeit zwar nur die Großbaustelle auf, unter der Oberfläche sind die Arbeiten an den Stationsbauwerken der U-Bahn bereits soweit gediehen, daß auch die künftige Oberflächengestaltung des Europaplatzes bereits im Detail geplant werden muß.

Im wesentlichen geht es jetzt darum, ob die Fahrbahnen des Inneren Gürtels in ihrer derzeitigen Lage verbleiben oder gegen die Platzmitte hin „verschwenkt“ werden sollen. Dieses Verschwenken würde die Möglichkeit bieten, entlang der Häuserfront am Inneren Gürtel eine neue Baumreihe zu pflanzen und damit einer der Empfehlungen der „Gürtelkommission“ Rechnung zu tragen.

Bei einer derartigen Verschwenkung wären aber 19 Bäume betroffen, deren „Gesundheitszustand“ von den Experten allerdings als sehr bedenklich eingestuft und deren Lebenserwartung als minimal bezeichnet wird. Bedenkt man, daß überdies bei der Neugestaltung des Stationsbereiches in der Mitte des Europaplatzes zahlreiche Bäume gepflanzt werden, ergibt sich insgesamt eine deutliche Ausweitung des Baumbestandes.

Dazu Planungsstadtrat Dr. Swoboda: „Selbstverständlich wollen wir nicht leichten Herzens Bäume umschneiden und möchten dazu die Meinung der Bürger hören. Wir laden deshalb zu einer kleinen Informationsausstellung in der Rathausstraße ein, wo auch die Möglichkeit besteht, eine Stellungnahme abzugeben. Allerdings sind wir auf Grund des Baufortschrittes in Zeitdruck und bitten daher um derartige Stellungnahmen im Laufe der kommenden Woche.“

INFO-Ausstellung in der Rathausstraße 9

Von Montag, 6. Februar, bis Freitag, 10. Februar, ist die improvisierte INFO-Ausstellung in der Rathausstraße 9 (Ecke-Friedrich-Schmidt-Platz im Erdgeschoß) in der Zeit von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Gezeigt werden die geplante Oberflächengestaltung des Europaplatzes und die zur Entscheidung ausstehenden Bereiche. Fachleute werden zur sachkundigen Information bereitstehen. Eine schriftliche Information in Kurzfassung kann auch unter der Nummer 42 800/2960 DW telefonisch angefordert werden. (Schluß) lf/gg

Bereits am 4. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

200. Geburtstag von Franz Xaver Gabelsberger

Felerstunde für den Stenografie-Pionier

Wien, 6.2. (RK-LOKAL) Die klassische Diktatstenografie wird zwar immer mehr durch moderne Bürotechniken verdrängt, für den persönlichen Gebrauch ist stenografieren aber nach wie vor „in“. Am 9. Februar jährt sich zum 200. Mal der Geburtstag des Erfinders der kursiven Stenografie, Franz Xaver GABELSBERGER. Am 9. Februar findet aus diesem Anlaß vor dem Gabelsberger-Denkmal am Schmerlingplatz, Ecke Reichsratsstraße, um 9.30 Uhr eine Feierstunde statt. Anschließend besteht die Möglichkeit zu einer Parlamentsbesichtigung.

Die Verwendung einer Kurzschrift läßt sich bereits 63 v. Chr. nachweisen. Später wurden immer wieder Kurzschriftsysteme entwickelt. „Angefangen von den Diskussionen im römischen Senat war die Stenografie immer dort bedeutungsvoll, wo es um die Demokratie ging. Denn durch die Stenografie konnten zum Beispiel die Reden der Politiker aufgezeichnet und dem Volk zugänglich gemacht werden“, so der Vorsitzende des Österreichischen Stenografenverbandes, Reg.-Rat. Friedrich BAUMGARTNER.

Franz Xaver Gabelsberger (1789-1849) begann sehr früh, sich mit der Ermittlung einer Schnellschrift zu befassen. Er war selbst Staatsbeamter, und sein Ziel war es vor allem, sich und seinen Kollegen die Arbeit zu erleichtern. Im Jahr 1834 erschien sein Lehrbuch „Anleitungen zur deutschen Redezeichenkunst oder Stenographie“. Gabelsberger leitete darin als erster sein Kurzschriftsystem von der damals gebräuchlichen Langschrift ab. Damit wurde er zum Begründer der sogenannten kursiven Stenografie.

Das Gabelsbergersche System entwickelte sich trotz der Konkurrenz anderer Richtungen zum verbreitetsten deutschen Kurzschriftsystem. Es war in Österreich für den Schulunterricht und den Behördendienst staatlich vorgeschrieben und wurde in fast alle Sprachen der Monarchie übertragen. 1924 wurde in Österreich und Deutschland die Deutsche Einheitskurzschrift geschaffen, in der heute noch wesentliche Elemente von Gabelsberger enthalten sind. (Schluß) red/gg

Statistische Informationen über Schulen, Universitäten und Forschung in Wien

Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Im Statistischen Amt der Stadt Wien ist soeben ein Faltprospekt „Schulen, Universitäten und Forschung in Wien“ erschienen. Diese Information ist in der MA 66, 1., Volksgartenstraße 3, zum Preis von 20 Schilling erhältlich.

Der Prospekt gibt einen Überblick über den Altersaufbau und Bildungsstand der Wiener Bevölkerung, zeigt die Entwicklung der Zahl der Schüler seit dem Schuljahr 1960/61 und gibt einen Einblick in das österreichische Schulsystem. Detailliert erhält man Auskunft über die Pflichtschulen, die Höheren Schulen sowie über die Berufsbildenden Schulen sowie die Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung. In einer Grafik wird gezeigt, wie hoch der Anteil der AHS-Schüler gegenüber den gleichaltrigen Hauptschülern in den einzelnen Bezirken ist. Außerdem gibt der Prospekt einen Überblick über die soziale Herkunft der inländischen Hörer an Wiener Universitäten und über die Entwicklung der Studienabschlüsse im Vergleich 1960/61, 1970/71, 1980/81 und 1986/87. (Schluß) fk/bs

„Mei Herz schlogt fia Mei'ling“

Gedenkausstellung für Anton Krutisch zum 10. Todestag

Wien, 6.2. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Meidling, Kobingergasse 7, ist bis 7. Mai die Gedenkausstellung für den Meidlinger Humoristen und Mundartdichter Anton Krutisch „Mei Herz schlogt fia Mei'ling“ zu sehen.

Anton Krutisch (1921-1978), der gelernter Spengler und später Büroangestellter war, schrieb zunächst nebenberuflich Sportberichte und Kurzgeschichten. Erst knapp vor seinem 50. Geburtstag begann er Mundartgedichte zu schreiben, die ihm zu großer Popularität verhelfen. Auch die Texte zu einer Reihe von Wienerliedern wie „Ka Bam wochst in Himmel“ stammen von Krutisch.

Die Ausstellung im Bezirksmuseum ist jeden Mittwoch von 10 bis 12 und von 17 bis 20 Uhr und jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr zu sehen.

„Bilder aus der Geschichte Meidlings“

Als zweite Ausstellung zeigt das Bezirksmuseum Meidling bis 7. Mai „Bilder aus der Geschichte Meidlings“, einen Teil der Ausstellung „100 Jahre SPÖ Meidling“. (Schluß) gab/gg

Verdienstzeichen für ARBÖ-Funktionäre

Wien, 6.2 (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. Michael HÄUPL ehrte am Wochenende im Rahmen der 16. Wiener Landeskonferenz verdiente Funktionäre des ARBÖ. Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten Ernst HÜBNER und Ludwig ZABRANSKY. Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten Walter GRASSERBAUER, Franz HAIDVOGL, Hedwig HÖRMANN, Erich STEINER und Dr. Rudolf THURI.
(Schluß) du/bs

ÖVP zum neuen Wiener Wohnbauförderungsgesetz

Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Noch in dieser Woche werde sich entscheiden, ob die Wiener ÖVP dem neuen Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz ihre Zustimmung geben könne, sagten Montag vormittag Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und Landtagsabgeordneter Dr. Wolfgang PETRIK in einem Pressegespräch. Ob diese Entscheidung mit „Ja“ oder „Nein“ ausfallen werde, hänge davon ab, wie die in den kommenden Tagen zu erwartende Antwort der SPÖ auf wesentliche, noch ungeklärte Fragen laute.

Die ÖVP fordert, daß die Eigentumswohnung als Wohnungsangebot für breite Bevölkerungsschichten ohne extreme Verteuerung erhalten bleiben müsse. Verlangt wird eine rechtliche Gleichstellung zwischen Miete und Eigentum, es dürfe im Förderungsrecht keine Ungleichbehandlung geben. Dem Mieter solle ein Rechtsanspruch eingeräumt werden, seine Wohnung auf Wunsch nach zehn Jahren als Eigentum erwerben zu können. Weiters sollten für einkommensschwächere Personen 25 Prozent mehr und echte Sozialwohnungen angeboten werden; grundsätzlich dürfe es keinen Eingriff in bestehende Verträge geben; es müßte durch die Veränderung die Möglichkeit geschaffen werden, daß es wieder vorzeitig begünstigte Rückzahlungen für Förderungsdarlehen gibt; das Land Wien solle weiterhin das sogenannte „Landessechstel“ zur Wohnbauförderung leisten; Rückflüsse aus Wohnbauförderungsdarlehen müßten für den Wohnbau zweckgebunden werden; es dürfe keine Einschränkung beim Verkauf einer Eigentumswohnung an eine begünstigte Person geben, und schließlich müsse die Vergabe von geförderten Wohnungen nach objektiven Kriterien erfolgen.

Für laufende Modernisierung der Wiener Rechtsvorschriften

Im Rahmen des Pressegespräches kritisierten Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN und Landtagsabgeordneter Mag. Franz KARL anhand einiger Beispiele die Wiener Rechtsvorschriften, die in einigen Fällen nicht mehr zeitgemäß seien. Man müsse laufend dafür sorgen, diese veralterten Gesetze den heutigen Erfordernissen anzupassen. (Schluß)
ull/bs

Edlinger: Wohnbauförderung wird Wohnkosten dämpfen

Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Das neue Wiener Wohnbauförderungsgesetz wird die Wohnkosten in Zukunft deutlich dämpfen. Man muß sehen, daß die monatlichen Wohnkosten durch die bisherigen Wohnbauförderungen 68 und 84 im Laufe der Jahre drastisch ansteigen. Das wird mit dem neuen Gesetz wesentlich gemildert. Außerdem wird es für Einkommensschwächere das Eigenmitteldarlehen und die Möglichkeit geben, daß die Grundkosten nicht mehr bar zu bezahlen sind.“ Das erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zur ÖVP-Kritik am Entwurf für das neue Wohnbauförderungsgesetz Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Zum Vorwurf der Eigentumsfeindlichkeit des neuen Gesetzes erklärte Edlinger: „Die Philosophie der ÖVP, daß mehr Eigentum das Wohnen billiger mache, ist eine Illusion. Viele praktische Beispiele aus dem In- und Ausland beweisen, daß das Wohnungsangebot für die finanziell Schwächeren dadurch kleiner wird. Der Wunsch des Einzelnen nach Kapitalanlage darf nicht zu Lasten der Wohnversorgung des finanziell Schwächeren gefördert werden.“ Zudem habe die ÖVP im Parlament sogar gemeint, beinahe alle Mietzinse dem Markt zu unterwerfen, was erst recht zu einem beträchtlichen Preisschub führen würde.

Zur Frage der Finanzierung des Wohnbaus sei klarzustellen, daß die Mittel seit der Verländerung Bestandteil des Landesbudgets sind, sagte Edlinger. Und weiter: „Für mich ist entscheidend, mittel- und langfristig eine entsprechende Qualität und Quantität im Wohnbau sicherzustellen. Das Ziel, 4.000 neue Wohnungen jährlich zu bauen und drei Milliarden Investitionen in der Stadterneuerung auszulösen, können wir erreichen. Mich wundert aber sehr, daß die ÖVP zwar den Geldmangel kritisiert, aber keine Vorschläge macht, um die durch die Steuerreform verlorenen Wohnbaumittel durch privates Investitionskapital auszugleichen. Wir haben dazu jedenfalls Vorschläge gemacht“, sagte Edlinger. (Schluß) ah.rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 7. Februar 1989

Blatt 256

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Leitfaden zur Mietermitbestimmung erschienen (257)
- Ab sofort: Täglich sieben Stunden Sport im Kabelfernsehen (258)
- Grippewelle — Höhepunkt überschritten (259)
- Immer weniger Schüler an Wiens Hauptschulen (260/261)
- Speziallehrgang Technisches Management (262)
- Keine arbeitslosen Pflichtschullehrer (262)

Leitfaden zur Mietermitbestimmung erschienen

Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) In der Reihe „Wiener kommunale Schriften“ ist soeben ein praktischer Leitfaden für die Mitbestimmung in Wohnhäusern der Stadt Wien mit dem Titel „Mitbestimmung im Gemeindebau“ erschienen. Auf rund 30 Seiten erklärt die Broschüre, wie die Mietermitbestimmung im Gemeindebau in der Praxis funktioniert. Es werden alle Grundbegriffe der Mietermitbestimmung, die Rechte der Mieter und die Wahl der Mietervertreter erklärt. Im Anhang finden sich das vom Gemeinderat beschlossene Mitbestimmungsstatut im Originaltext sowie zahlreiche wichtige Adressen. Der Leitfaden ist kostenlos bei der städtischen Wohnhausverwaltung (Magistratsabteilung 52), Wien 1, Doblhoffgasse 6, erhältlich. Herausgeber der Broschüre ist der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien. (Schluß) ah/bs

Ab sofort: Täglich sieben Stunden Sport im Kabelfernsehen

Wien, 7.2. (RK-LOKAL) Im Zuge der Umgestaltung des „Sky Channel“ kommt es für die mehr als 200.000 Wiener Haushalte, die an das Kabelfernsehen angeschlossen sind, zu einer Änderung der geplanten Änderung. Diese hängt damit zusammen, daß „Sky“ seit vergangendem Sonntag zwei Programme ausstrahlt, eines auf dem Satelliten ECS-4 (der bei uns empfangen werden kann) und eines auf dem Satelliten Astra (dessen Programm in Österreich nicht zu sehen ist).

In das bei uns zu empfangende TV-Angebot kommt ab sofort der „Euro-sport“ ein europaweites, englischsprachiges Sportprogramm, das über Satelliten-TV von den Mitgliedern der EBU (European Broadcasting Union) — zu denen auch der ORF gehört — in Zusammenarbeit mit „Sky Channel“ etabliert wurde. „Euro-sport“ bietet teilweise Konserven, in erster Linie aber Sportveranstaltungen vom Tage. So wurde beispielsweise am Montagabend der Herren-Abfahrtslauf der Ski-Weltmeisterschaften in den USA live ausgestrahlt. Das Sportprogramm ist täglich von 19 bis 2 Uhr früh zu sehen.

Das Programm für den „Sky Channel“ in Wien — übrigens nicht wie ursprünglich vorgesehen nur bis zum 31. Mai, sondern vorläufig bis Ende 1989 — hat folgendes Aussehen: Von 7 bis 15 Uhr gleiches Programm wie bisher, also das reguläre „Sky“. Von 15 bis 16 Uhr „Landscape Channel“, von 16 bis 19 Uhr wieder „Sky“, dann bis 2 Uhr früh „Euro-sport“, anschließend Programmhinweise, ab 2.30 Uhr bis 7.30 Uhr zunächst „Arts Channel“ und ab 5.30 Uhr nochmals „Landscape Channel“.

Unabhängig davon wird, wie vorgesehen, am 25. Februar der Südwestfunk als zwölftes Programm in das Kabelnetz eingespeist und wird außerdem versucht, schon in Kürze weitere neue Programme beziehungsweise Radiosender zu installieren. (Schluß) ull/rr

Grippewelle - Höhepunkt überschritten

Vergangene Woche 21.000 Neuerkrankungen

Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Der Höhepunkt der Grippewelle in Wien ist nach Meinung des Gesundheitsamtes überschritten: In der vergangenen Woche erkrankten 21.700 Bewohner der Bundeshauptstadt, während es in der Woche vorher noch 24.000 Neuerkrankungen gewesen waren. Der Ärztenotdienst mußte am vergangenen Wochenende 415mal (in der Woche vorher waren es 455 „Grippe-Einsätze“ gewesen) wegen Grippe bzw. grippaler Infekte intervenieren. Die Zahl der Krankenstände, die bei der Wiener Gebietskrankenkasse gemeldet wurden, erreichte 4,3 Prozent der Beschäftigten. Von den Wiener Schülerinnen und Schülern fehlten 8,9 Prozent infolge eines grippalen Infektes.

Leicht gebessert hat sich auch die nach wie vor angespannte Situation in den städtischen Spitälern infolge der Grippewelle. Die derzeitige Zahl der Not- bzw. Gangbetten in den internen und chirurgischen Abteilungen der Spitäler ist geringfügig von 156 in der Vorwoche auf nunmehr 150 zurückgegangen. Leicht gebessert hat sich auch die angespannte Personalsituation in den städtischen Spitälern. So sind gegenwärtig noch zehn Prozent (in der Vorwoche waren es 12,5 Prozent) des Pflegepersonals bzw. der Ärzte im Krankenstand.

Von virologischer Seite wurde bisher nur das Virus des Stammes A (H1N1) nachgewiesen. Das Virus A (H3N2), das für die zur Zeit in Skandinavien und auch in Ungarn grassierende Grippewelle verantwortlich ist, konnte bisher nicht virologisch nachgewiesen werden. (Schluß) zi/rr

Immer weniger Schüler an Wiens Hauptschulen

Zilk/Matzenauer: Bildungspolitische Konsequenzen sind unumgänglich

Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Ein immer geringerer Prozentsatz der Wiener Volksschüler tritt in eine Hauptschule über, in manchen Bezirken melden sich bereits drei Viertel der Volksschulabgänger für den Besuch einer AHS an. Über diese Entwicklung und daraus abzuleitende Konsequenzen berichteten Dienstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadtschulratspräsident NR Prof. Hans MATZENAUER in einer Pressekonferenz.

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport veröffentlicht jährlich die Übertrittszahlen von Volksschülern in die Hauptschule oder die Unterstufe der AHS.

In den letzten Jahren traten im bundesweiten Durchschnitt ca. 70 Prozent der Volksschüler in Hauptschulen und ca. 30 Prozent in die Unterstufe der AHS ein.

Aus diesen bundesweiten Durchschnittszahlen sind jedoch die stark abweichenden regionalen Unterschiede nicht herauszulesen.

So gibt es z.B. im ländlichen Bereich Hauptschulen, die bis zu 100 Prozent aller Volksschulabgänger aufnehmen.

In städtischen Ballungszentren wie Wien, die über ein weitgefächertes schulisches Angebot verfügen, läuft der Trend in eine andere Richtung:

So hat sich in Wien für das kommende Schuljahr 1989/90 eine deutliche Mehrheit von fast 56 Prozent der Volksschüler für die Unterstufe der AHS angemeldet, was eine Steigerung um 1 1/4 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

In insgesamt 14 (von 23) Wiener Bezirken melden sich bereits deutlich mehr Schüler in die AHS-Unterstufe als in die Hauptschule an.

Die Spitzenwerte mancher Bezirke liegen aber noch wesentlich über dem Durchschnittswert von 56 Prozent: So meldeten sich z. B. im 13. Bezirk 86,5 Prozent der Volksschüler für die AHS an, im 18. Bezirk 79,1 Prozent, im 1. Bezirk 79 Prozent, im 8. Bezirk 77,1 Prozent, im (bevölkerungsstarken) 23. Bezirk 71,5 Prozent und im 19. Bezirk (68 Prozent).

Ähnliche Trends gibt es auch in anderen Bundesländern an Schulstandorten mit günstigen Verkehrsverbindungen und einem dichten schulischen Angebot.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht allerdings eine drastische Entvölkerung der Hauptschule.

Lehrlingsmangel zeichnet sich ab

Es ist klar, daß diese Entwicklung bildungspolitische Konsequenzen unumgänglich macht. Denn dadurch befürchtet die Wiener Wirtschaft durch die stetig sinkende Zahl von Hauptschulabsolventen einen Rückgang an Interessenten für Lehrstellen.

Und schon im Jahr 1988 hat sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am Lehrstellenmarkt dramatisch entwickelt: Das Landesarbeitsamt Wien meldet Ende Jänner 1989 621 offene Lehrstellen — bei nur 318 Lehrstellensuchenden!

Da sich dieser Trend seit dem Jahre 1987 verschärft hat, läßt sich vermuten, daß diese Tendenz auch für 1989/1990 gleichbleibt und somit mit einem Lehrlingsmangel zu rechnen sein wird.

Nach Auffassung des Stadtschulrates für Wien muß in Kooperation mit den Sozialpartnern ein Weg gefunden werden, die bundesgesetzliche Regelung der Schulorganisation flexibler zu gestalten und der spezifischen großstädtischen Situation anzupassen.

In den letzten Jahren wurde (z. B. bei der Regelung der Semesterferien) vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport verstärkt auf regionale Bedürfnisse Rücksicht genommen: Eine Regionalisierung der Schulorganisation im Bereich der Hauptschule und der AHS-Unterstufe ist ein Gebot der Stunde.

Schulorganisatorische und bildungspolitische Konsequenzen sind dringlich und unumgänglich. (Forts. mgl.) red/gg

Forts. von Blatt 260

Speziallehrgang Technisches Management

Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Der Stadtschulrat für Wien plant in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern einen Soziallehrgang — Technisches Management, der erstmals ab Herbst 1989 durchgeführt werden soll.

Der Speziallehrgang hat der Erweiterung höherer Bildung von berufstätigen Absolventen Höherer technischer Lehranstalten und Aufnahmewerbern mit vergleichbarer Formqualifikation zu dienen. Dies teilte Stadtschulratspräsident NR Prof. Hans MATZENAUER am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit.

Der Absolvent eines Speziallehrganges „Technisches Management“ soll technische Projekte seines Fachgebietes mit modernen, betriebswirtschaftlich orientierten Managementmethoden planen und durchführen können.

Schwerpunkte der Ausbildung:

- Qualifikation für Leitungsaufgaben
- zwei Fremdsprachen
- Zwischenmenschliche Kommunikation

Organisationsform

Aus dem Bildungsziel leitet sich eine starke Gewichtung von technischen Projektvorhaben ab, die von den Lehrgangsteilnehmern bearbeitet werden („engineering“-Bereich). Projektbegleitend und in einem eigenständigen Kurssystem werden kaufmännische, kommunikative und sprachliche Kompetenzen vermittelt.

Insgesamt werden 1.500 Unterrichtsstunden veranschlagt. Die Gesamtdauer des Speziallehrganges beträgt drei Semester. (Schluß) red/rr

Keine arbeitslosen Pflichtschullehrer

Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadtschulratspräsident NR. Prof. Hans MATZENAUER am Dienstag im Bürgermeister-Pressegespräch mitteilten, gibt es derzeit im Bereich der Allgemeinbildenden Pflichtschulen in Wien keine arbeitslosen Lehrer. Sämtliche 224 Bewerbungen 1988/89 konnten berücksichtigt werden. Im Bereich der Allgemeinbildenden Höheren Schulen konnten von 565 Bewerbungen 192 erfüllt werden, sodaß es derzeit eine Warteliste mit 373 Namen gibt, die auch eingesehen werden kann. Im Bereich der Berufsbildenden Höheren Schulen besteht bei den humanwissenschaftlichen Gegenständen kein Lehrermangel, allerdings werden hier nach wie vor Techniker (zum Teil sogar mit Inseraten) gesucht. (Schluß) ger/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 8. Februar 1989

Blatt 263

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neuaufgabe des Wegweisers für behinderte Menschen (264)
- FPÖ ablehnend zu neuem Wohnbauförderungsgesetz (267)
- Edlinger: FPÖ-Kritik kommt spät (267)
- Feuerwehreinsatz im Haydn-Kino (nur FS/7.2.)

Kultur:

- 1,2 Millionen für Akademie der Wissenschaften (265)
- Rudolf Jettmar im Historischen Museum (266)
- Historisches Museum: Studiensaal geschlossen (nur FS)

Neuaufgabe des Wegweisers für behinderte Menschen

Wien, 8.2. (RK-LOKAL) Neuaufgelegt wurde die Broschüre „Wegweiser für behinderte Menschen“. Sie ist ab sofort im Behindertenzentrum, 16, Seeböckgasse 12-14, Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr, erhältlich. Der „Wegweiser für behinderte Menschen“ enthält grundsätzliche Informationen über die Behindertenhilfe der Stadt Wien, über Leistungen und Beratungsmöglichkeiten sowie einen Überblick über Einrichtungen, die eine zusätzliche gezielte Förderung anbieten. (Schluß) jel/rr

1,2 Millionen für Akademie der Wissenschaften

Wien, 8.2. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß, die Österreichische Akademie der Wissenschaften mit einer Förderung von 1,2 Millionen Schilling zu unterstützen.

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften, die derzeit 18 Forschungsinstitute und 101 Kommissionen aufweist, befaßt sich mit verschiedenen österreichspezifischen Themen, aber auch mit Forschungen, die die Mittelmeerländer, den Nahen Osten und Asien betreffen. Zu den von der Stadt Wien geförderten Forschungsvorhaben zählen die Herausgabe des Tagebuchs von Arthur Schnitzler und des „Österreichischen Biographischen Lexikons 1815 — 1950“, sowie das Projekt „Freizeitverhalten der Wiener Bevölkerung am Beispiel der Donauinsel“. (Schluß) gab/bs

Rudolf Jettmar Im Historischen Museum

Wien, 8.2. (RK-KULTUR) Im Historischen Museum der Stadt Wien ist vom 9. Februar bis 7. Mai die Ausstellung „Rudolf Jettmar (1869-1939) — Bilder von hellen und dunklen Mythen“ zu sehen. Die Schau, die anlässlich des 50. Todestages des Künstlers gezeigt wird, macht auf eine der eigenständigsten Persönlichkeiten der Wiener Secession aufmerksam.

Jettmar war in Wien einer der ausgeprägtesten Vertreter des Symbolismus — er beschäftigt sich vor allem mit menschlichen Wunsch- und Angstvorstellungen, die er in gleichnishaften mythologischen Bildern festhält. Im graphischen Bereich seines Werkes hat Jettmar die monumentale Gegenüberstellung von Hell und Dunkel zu seinem bestimmenden Ausdrucksmittel entwickelt.

Die Ausstellung im Historischen Museum ist täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr zu sehen. Der Katalog mit 16 Farbtafeln und zahlreichen Schwarzweißabbildungen kostet 170 Schilling. (Schluß) gab/bs

FPÖ ablehnend zu neuem Wohnbauförderungsgesetz

Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener FPÖ werde das neue Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz ablehnen, wenn es keinen Rechtsanspruch auf Förderung und keine entsprechende Kontrolle der Wohnbauträger gibt, erklärte FPÖ-Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ Mittwoch bei einer Pressekonferenz. Der Rechtsanspruch auf Förderung würde Skandale verhindern und zu mehr Wettbewerb der Bauträger führen. Dieser Rechtsanspruch so wie die Kontrolle der Verwendung der Förderungsmittel müsse sowohl für den Neubau als auch die Sanierung von Wohnungen gelten. Pawkowicz forderte weiters eine Umstellung der Wohnbauförderung auf mehr Subjektförderung in Form eines Wohnbauschecks. Er kritisierte außerdem die Eigentumsfeindlichkeit des Gesetzentwurfes und forderte die Möglichkeit der Eigentumsübertragung von Mietwohnungen an die Bewohner. (Schluß) ah/bs

Edlinger: FPÖ-Kritik kommt spät

Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Die Kritik der FPÖ am Entwurf für das neue Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz kommt etwas spät. Es ist schon sehr merkwürdig, daß die FPÖ keinen einzigen ihrer heute in der Öffentlichkeit präsentierten Kritikpunkte in den bislang sechs Verhandlungsrunden des Unterausschusses des Gemeinderatsausschusses seit November eingebracht oder zur Diskussion gestellt hat. Für mich drängt sich der Schluß auf, daß sich die FPÖ nicht einer fachlichen Diskussion und Beurteilung ihrer Vorstellungen stellen will, sondern den einfacheren Weg populistischer Medienpolitik geht.“ Dies erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zur FPÖ-Kritik am neuen Wohnbauförderungsgesetz Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Edlinger verwies auch darauf, daß bereits jetzt ein — oft auch schon von der FPÖ kritisiertes — Netz an Kontrollen und Prüfungen im Bereich der Förderung von Neubauten und Sanierungen besteht, das sich im wesentlichen gut bewährt hat. Ein Rechtsanspruch auf Förderung aber würde dazu führen, daß auch schlechte Wohnbauten und Sanierungen gefördert werden müßten. Selbst beste Kontrollen könnten dann kaum mehr eine allgemeine Verschlechterung der Bau- und Wohnungsqualität verhindern. Der vielzitierte Wettbewerb der Bauträger wird hingegen gerade durch das neue Förderungssystem verstärkt, das denjenigen belohnen werde, der künftig im Neubau niedrige Mieten erzielt, sagte Edlinger. Edlinger wandte sich auch entschieden gegen das Modell eines „Wohnbauschecks“, denn alle bisherigen Berechnungen hätten eindeutig gezeigt, dies eine Förderung wäre, die einkommensschwächere und kinderreiche Familien krass benachteiligen würde, weil sie etwa im Vergleich zur jetzigen Förderung viel höhere Barmittel aufzubringen hätten, meinte Edlinger. (Schluß) ah/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 9. Februar 1989

Blatt 268

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Matzenauer: Keine Verlegung des BRG Franklinstraße (269/FS: 8.2.)
- PAHO: Jugendzentrum sorgt für Kinderbetreuung in den Semesterferien (270)
- Park-and-Ride-Anlage beim Bahnhof Leopoldau wird realisiert (271)
- Donauferautobahn: Fertigstellungstermine Anfang Mai und Mitte Juli (272-275)
- Ein Jahr Dezentralisierung in Wien (276)
- Moskauer Gesundheitsstadtrat in Wien (277)
- Die Kinder von Heiligenstadt (nur FS)
- ÖVP fordert Entlastung für den Alsergrund (278)

Matzenauer: Keine Verlegung des BRG Franklinstraße

Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) „Der Stadtschulrat für Wien hat zur Kenntnis genommen, daß die Eltern und Schüler des BRG 21, Franklinstraße 26, eine Verlegung ihrer Schule in ein neu adaptiertes Schulgebäude nicht wollen“, erklärte der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

„Für den Stadtschulrat für Wien ist es selbstverständlich, daß dieser einhellige Wunsch zu respektieren ist, und er wird daher an das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport den Antrag stellen, das Schulgebäude Franklinstraße 26 zu sanieren. Allerdings wird diese Renovierung nur bei laufendem Schulbetrieb durchgeführt werden können. Für die Dauer der Umbauarbeiten — es ist mit ungefähr vier Jahren zu rechnen — ist mit erheblichen organisatorischen Schwierigkeiten und mit einer Beeinträchtigung des Unterrichtsbetriebes durch den zwangsläufig entstehenden Lärm und Staub zu rechnen.

Zu der Nutzung des Grundstückes in der Brünner Straße 72 ist festzuhalten, daß der Stadtschulrat für Wien kein Vertragspartner dieser privaten Betreiberfirma ist. Es liegt am Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, eine Lösung zu finden, die den geänderten Bedürfnissen Rechnung trägt“, schloß Prof. Hans Matzenauer. (Schluß) wstr/bs

Bereits am 8. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

PAHO: Jugendzentrum sorgt für Kinderbetreuung in den Semesterferien

Zusätzliche Telefonnummern für Polizei und Mobilbüro des Bürgerdienstes

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Das Jugendzentrum der Stadt Wien in Favoriten, Wendstattgasse 3, sorgt während der Semesterferien Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr für die Betreuung von Kindern aus der Per Albin-Hansson-Siedlung Ost. Als zusätzliche Informationsmöglichkeit für die Bewohner/innen der Siedlung befindet sich außerdem seit vorgestern das Mobilbüro des Bürgerdienstes an Ort und Stelle. Über Veranlassung der Stadt Wien wurden zusätzliche Telefonnummern für die Polizei eingerichtet. Die Bewohner/innen der PAHO werden nun mit Flugblättern über diese Aktivitäten informiert. Ebenso wird ein Informationsbrief der Jugendpolizei mit Tips, wie man die Gefahren eines Sittlichkeitsattentats auf Kinder verringern kann, an alle 5.000 Haushalte der PAHO verteilt.

Die Maßnahmen im einzelnen:

- Für Auskünfte und Informationen (auch über künftige bauliche Maßnahmen) und für Wünsche und Anregungen steht das Mobilbüro des Bürgerdienstes zur Verfügung. Das Fahrzeug mit Wohnwagenanhänger befindet sich beim Ekazent. Mitarbeiter/innen der Stadt Wien werden täglich, auch Samstag und Sonntag, von 7.30 bis 19 Uhr anwesend sein. Die Mitarbeiter/innen des Bürgerdienstes sind auch gerne bereit, als Kontaktstelle für das Organisieren von Selbsthilfemaßnahmen (z.B. wenn sich Elterngruppen abwechselnd für die Begleitung der Kinder zur Schule, zum Spielort usw. zusammenschließen wollen, Druck und Verteilung von Flugblättern, organisatorische Hilfe usw.) zu dienen. Das Mobilbüro des Bürgerdienstes ist unter der Telefonnummer 68 79 39 erreichbar.
 - Im Wachzimmer in der PAHO stehen Kriminalbeamte für alle Auskünfte in Sicherheitsfragen und natürlich auch für Wahrnehmungen zur Verfügung. Da die Telefonleitung zeitweise überlastet ist, wurde über Veranlassung der Stadt Wien auch hier eine eigene neue Telefonnummer installiert. Das Wachzimmer ist unter der Nummer 68 79 38 erreichbar. Auch das Polizeikommissariat Favoriten hat eine zusätzliche neue Telefonnummer, 602 12 00, erhalten.
 - Da in den Semesterferien möglicherweise nicht alle Kinder und Jugendlichen ständig beaufsichtigt werden können, bietet das Jugendzentrum der Stadt Wien in der Wendstattgasse 3, Telefonnummer 68 16 58, in der schulfreien Woche täglich, außer Samstag und Sonntag, von 8 bis 18 Uhr Betreuung für Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 16 Jahren. Speziell berufstätigen Eltern soll damit die Möglichkeit geboten werden, die Kinder bzw. Jugendlichen untertags beaufsichtigt zu wissen. Der Besuch des Jugendzentrums ist kostenlos. Nur falls ein Mittagessen gewünscht wird, bitten die Mitarbeiter/innen des Jugendzentrums, dies am Vormittag des Vortags bekanntzugeben. Für das Essen wird der Selbstkostenpreis (ca. 30 Schilling) verrechnet.
- (Schluß) hrs/rr

Park-and-Ride-Anlage beim Bahnhof Leopoldau wird realisiert

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL Donnerstag mitteilte, wird nun die Park-and-Ride-Anlage beim Bahnhof Leopoldau realisiert. Auf einer Fläche entlang der Thayagasse werden 46 Schrägparkplätze geschaffen.

Die ÖBB stellen dazu den Großteil der Grundfläche zur Verfügung. Die Kosten von rund 1,2 Millionen Schilling teilen sich Bund und Stadt Wien im Verhältnis 80 : 20. Die Erhaltung, Reinigung und Beleuchtung der Parkplätze wird von der Stadt Wien durchgeführt. (Schluß) roh/rr

Donauuferautobahn: Fertigstellungstermine Anfang Mai und Mitte Juli

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Im Laufe der kommenden Monate werden in Wien einige Großvorhaben im Bereich des Bundesstraßenbaues fertiggestellt, die neben der finanziellen Größenordnung auch von der technischen Seite her beachtliche Ingenieur- und Bauleistungen darstellen. Verkehrsstadtrat Johann HATZL berichtete Donnerstag über diese Projekte, die auch dem Umweltgedanken — zum Teil in mehrfacher Hinsicht — Rechnung tragen, indem sie den Durchzugsverkehr aus Wohngebieten fernhalten und mit vorbildlichen Lärmschutzmaßnahmen kombiniert sind, die eine wirksame Abschirmung von Wohnbereichen ermöglichen. Dazu kommt, durch zum Teil sehr aufwendige Grüngestaltungen, auch eine positive optische Komponente im Wiener Straßen- und Tunnelbau.

A 22/Donauufer Autobahn

Der **Bauabschnitt Süd, 3. Teil**, reicht von der Brigittenauer Brücke bis zum nördlichen Portal des Lärmschutztunnels Kaisermühlen mit einer Länge von rund 1,38 Kilometern. Er umfaßt die Anschlußstelle IAKW und die Anschlußstelle Reichsbrücke sowie einen provisorischen Anschluß an die Straße „Am Kaisermühlendamm“.

Die A 22 weist in diesem Bauabschnitt je Richtungsfahrbahn drei durchgehende 3,50 Meter breite Fahrstreifen auf; der Mittelstreifen ist 2,50 Meter breit und befestigt. Die Rampen sind je nach Erfordernis mit einem oder zwei Fahrstreifen ausgestattet. Dem Projekt wurde, da es im Stadtgebiet verläuft, als Ausbaugrundlage eine Entwurfsgeschwindigkeit von 80 Kilometer pro Stunde zugrunde gelegt; die Rampen sind auf 50 Kilometer pro Stunde ausgelegt.

Insgesamt umfaßt dieser Bauabschnitt 90.000 Quadratmeter Fahrbahn und 4.400 Quadratmeter Geh- und Radwege. Im Bereich der Autobahnhaupttrasse wurde eine lärmindernde Drainsphaldecke aufgebracht; die Rampenstrecken sind mit Asphaltbeton und die Brücken mit Gußasphalt belegt.

Zum Autobahnkörper selbst kommen insgesamt elf Über- beziehungsweise Unterführungsprojekte und zwar:

- Eine **Grünbrücke** über die Haupttrasse der Autobahn, die auch eine Straßenverbindung trägt. Sie bildet einen bepflanzten Übergang zwischen den beiderseits der A 22 liegenden beziehungsweise an diese angrenzenden Erholungsgebiete und stellt zugleich eine Verkehrsverbindung zwischen der Straße „Am Hubertusdamm“ und der Bedienungstraße über dem linken Donausammelkanal dar. Die Brücke ist in Stahlbetonbauweise ausgeführt.
- Vier **Autobahnrampenbrücken** in den Anschlußstellen.
- Drei die Autobahnanlagen querende **Fuß- und Radwegbrücken**. Die Erschließungsbrücke Vorland IAKW stellt eine Verbindung zwischen dem Donaupark und dem linken Ufer der Neuen Donau her. Zwei Fuß- und Radwegüberführungen bilden die Verbindung zwischen der Reichsbrücke, dem Donaupark, der UNO-City sowie der Station der U1/UNO-City und Kaisermühlen.
- Eine die Autobahnhaupttrasse querende **Straßenbrücke** im Zuge der Erschließungsstraße zum Vorland Kaisermühlen.
- Zwei **Fuß- und Radwegunterführungen** zur Querung der Wagramer Straße und der Schüttaustraße.

Zeitpunkt der Verkehrsfreigaben

- Durchfahrt durch die wasserseitige Tunnelröhre voraussichtlich **Mitte April** im Gegenverkehr,
- Freigabe auf der zweiten Tunnelröhre voraussichtlich **Anfang Mai**,

- Fertigstellung der Autobahnanlagen **Mitte Juli** dieses Jahres.

Restarbeiten außerhalb der Fahrbahnen (zum Beispiel Begrünungen) werden noch bis in den Herbst 1989 laufen.

Die **Gesamtkosten** für dieses Baulos der A 22 betragen 536 Millionen Schilling.

Bauabschnitt Reichsbrücke bis Praterbrücke

Dieser Bauabschnitt umfaßt mehrere Verkehrsbauwerke, unter denen der **Lärmschutztunnel Kaisermühlen** nicht nur neue Maßstäbe setzt, was den innerstädtischen Tunnelbau betrifft, sondern auch hinsichtlich der Ausführung von Lärmschutzmaßnahmen und Grüngestaltungen.

Lärmschutztunnel Kaisermühlen

Der Tunnel hat eine Länge von 999 Metern und eine Breite (drei Fahrspuren und eine Manöverspur je Richtung) von 38,5 Metern. Für die Herstellung dieses Verkehrsbauwerkes wurden rund 70.000 Kubikmeter Beton, 35.100 Quadratmeter Straßenbelag und 6.000 Tonnen Bewehrungsstahl in einer Gesamtbauzeit von dreieinhalb Jahren aufgewendet. Die Gesamtbaukosten einschließlich der Tunnelausrüstung betragen 513 Millionen Schilling.

Anschlußstelle Kaisermühlen

Im Anschluß an den Lärmschutztunnel wurde die Anschlußstelle Kaisermühlen errichtet, die aus einem Brückenrahmentragwerk als Tunnelportal und aus einem Brückentragwerk mit zwei Rampen besteht. Hiefür waren rund 9.000 Kubikmeter Beton, 1.300 Tonnen Bewehrungsstahl und 6.800 Quadratmeter Beläge erforderlich. Die Gesamtbaukosten liegen bei 75 Millionen Schilling.

Alte Donau und Knoten Kaisermühlen

Dieses Baulos hat eine Länge von 2,15 Kilometern und umfaßt die komplette Errichtung der Donauufer Autobahn mit drei Fahrstreifen sowie abschnittsweise einer Abstellspur, einschließlich mehrerer Kunstbauten und Nebenanlagen.

Die Kunstbauten sind mehrere Brückenobjekte, darunter der **Fußgängersteg**, der die Verbindung der Rad- und Gehwege der Alten Donau mit der Neuen Donau (beim Ruderklub „PIRAT“) darstellt. Dieses Brückenbauwerk wurde als stählernes Bogentragwerk mit einer Stützweite von 48 Metern ausgeführt. Die Nutzbreite des Steges beträgt vier Meter.

Zu den wesentlichen Nebenanlagen gehören die Straße „Am Kaisermühlendamm“, der diese Straße begleitende Fußweg entlang der Alten Donau, die Ersatzstraße durch den Knoten Kaisermühlen und die Zufahrt zum Wehr 1. Außerdem sind die Rampen zur Anbindung an die A23 neu zu errichten, beziehungsweise umzubauen gewesen. Die Gesamtkosten für dieses Baulos betragen 530 Millionen Schilling.

Direkte Rampe von der Donaustadtstraße zur Praterbrücke

Dieses Objekt besteht aus einer Spannbetonbrücke mit einer Länge von 300 Metern und einer Breite von zehn Metern. Es ist von der technischen Seite her besonders bemerkenswert, da aus Umweltschutzgründen über das Mühlwasser das Tragwerk im **Freivorbau** errichtet wird. Die Gesamtkosten weisen eine Höhe von 53 Millionen Schilling auf. Fertigstellung: Ende Oktober.

Autobahn- und Brückenmeisterei Kaisermühlen

Der im Jahr 1987 begonnene Bau ist im wesentlichen fertiggestellt. Damit

Forts. von Blatt 272

Forts. auf Blatt 274

bekommt Wien erstmals eine Brückenmeisterei. Von der **Autobahnmeisterei** werden die A 22 auf Wiener Stadtgebiet und die A 23, mit deren Bau im Sommer 1989 vom Knoten Kaisermühlen bis Hirschstetten begonnen wird, betreut werden.

In der Autobahnmeisterei wird auch die Tunnelwarte für die Überwachung des Lärmschutztunnels Kaisermühlen untergebracht sein. Die Gesamtbaukosten liegen bei 66 Millionen Schilling.

Die endgültige **Verkehrsfreigabe des Abschnittes A 22/Donauufer-Autobahn zwischen Reichsbrücke und Praterbrücke ist für Anfang Mai dieses Jahres** vorgesehen. **Gesamtbaukosten:** 1,3 Milliarden Schilling.

Die Oberfläche des Lärmschutztunnels Kaisermühlen wird begrünt und bepflanzt. Über ein Wegenetz ist die direkte Anbindung der Wohnbevölkerung an ein Naherholungsgebiet sowie der Anschluß an den Donauinselbereich gegeben. Die zirka 50.000 Quadratmeter Tunneloberfläche erlauben das Entstehen eines Naherholungsgebietes im Ausmaß von fünf Hektar. Eine Doppelnutzung von Grund und Boden — unten Verkehr, oben Erholung — konnte damit erreicht werden.

Triester Straße/B 17

Die Triester Straße im Bereich zwischen Raxstraße und Auffahrt A 2/Südautobahn stellt den Übergang von der Autobahn in das städtische Straßennetz dar. Das Vorhaben umfaßt den Bau von zwei Richtungsfahrbahnen — dreispurig in einer Breite von zehn Metern und einer Ausführung in Hartgußasphalt — mit zusätzlichen Abbiegespuren in mehreren Kreuzungsbereichen. Die beiden Richtungsfahrbahnen werden durch einen vier Meter breiten Mittelstreifen, der mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt wird, getrennt. Der Umbau des Kreuzungsbereiches Triester Straße/Raxstraße/Wienerbergstraße ermöglicht die Unterbindung des Durchzugsverkehrs und somit eine Verkehrsberuhigung in der Eschenallee, wo sich eine große Wohnhausanlage befindet.

Im Bereich ÖBB-Brücke bis Brücke über die Grünverbindung werden teilweise bepflanzte **Lärmschutzdämme** errichtet. Weiters sieht das Grünprojekt die Gestaltung und Bepflanzung eines zehn Meter breiten Streifens entlang der Triester Straße im Bereich Computerstraße bis Kantenweg vor. Ebenso ist ein begleitender Fuß- und Radweg vorgesehen.

Im Zuge des Ausbaues der Triester Straße wurden beziehungsweise werden auch drei Kunstbauten errichtet.

- **Brücke über Grünverbindung.** Eine Straßenbrücke mit einer Spannweite von 50 Meter über die Grünzugverbindung beziehungsweise Fuß- und Radwegverbindung der Erholungsgebiete Wienerberg Ost und West. **Bauende April 1989.**
- **Eisenbahnbrücke und Rad- und Fußwegbrücke.** Wegen des größeren Querschnittes der Triester Straße mußten eine neue zweigleisige Eisenbahnbrücke und unmittelbar daneben eine Fuß- und Radwegbrücke errichtet werden. Die bestehende alte Eisenbahnbrücke und der Fußgängersteg bei der Schule (ONr. 114) wurden abgebrochen. **Bauende Jänner 1989.**
- **Fuß- und Radwegbrücke über den Liesingbach und Verbreiterung der Liesingbachstraßenbrücke.** Wegen der geplanten Verbreiterung der Triester Straße im Bereich Abfahrt A2/Südautobahn (stadteinwärtsführende Richtungsfahrbahn) mußte die bestehende Straßenbrücke verbreitert werden. Etwas abgerückt von der Fahrbahn wurde ein eigener Steg für einen Fuß- und Radweg errichtet. **Bauende August 1988.**

Die Bauarbeiten auf den beiden Hauptfahrbahnen der Triester Straße können voraussichtlich **Ende Juni 1989** beendet werden; spätestens zu diesem Zeitpunkt wird die Ersatzfahrbahn aufgelassen.

Forts. von Blatt 273

Forts. auf Blatt 275

Im **Juli und August 1989** werden die definitive Belagsaufbringung sowie diverse Nebenarbeiten und der Rückbau der Ersatzfahrbahn zu ihrem eigentlichen Zweck, nämlich einem Rad- und Gehweg, durchgeführt. Die Gesamtbaukosten dieses 2,2 Kilometer langen Bauoseres mit einer Fahrbahnfläche von rund 45.000 Quadratmetern betragen 266 Millionen Schilling.

Billrothstraße – Silbergasse/B 222

Die Billrothstraße hat im Abschnitt Krottenbachstraße bis Silbergasse den Verkehr der B 222 aufzunehmen. Zur Trennung des Individualverkehrs vom öffentlichen Verkehr (Straßenbahnlinie „38“) ist eine Verbreiterung der Fahrbahn erforderlich geworden, was im Bereich Billrothstraße ONr. 66 bis ONr. 76 durch den Entfall des parkseitigen Gehsteiges und im Bereich der Parkanlage beim Rudolfinerhaus durch die Verkleinerung des Parks erreicht wird. Die am Rande des Parks gelegenen Blumenkioske müssen verlegt werden, die Straßenbahnhaltestelle erhält Haltestelleninseln. Auch die Gleisanlagen waren neu zu verlegen. Als Fahrbahndecke ist eine Asphaltbetondecke vorgesehen.

Im Anschluß an dieses Vorhaben erfolgt der Umbau der Silbergasse bis Ruthgasse. Hier ist hauptsächlich eine Erneuerung der Straßenkonstruktion mit geringfügigen Querschnittsänderungen vorgesehen.

Mitte Dezember 1988 wurden die Arbeiten über den Winter unterbrochen, und die Umleitung für die Dauer der Unterbrechung der Arbeiten aufgehoben. Die Fortsetzung der Straßenbauarbeiten wird ab April 1989 in Koordinierung mit dem Umbau der Silbergasse erfolgen, wobei eine Vorziehung des Plateaubereiches Pyrkergrasse (in die Karwoche) vorgesehen ist. Die Arbeiten in der Billrothstraße werden voraussichtlich im Juli 1989 beendet, jene in der Silbergasse noch im August 1989. Die Gesamtkosten betragen rund 47 Millionen Schilling.

Wienerbergstraße/B 225

Der Umbau der Wienerbergstraße von der Breitenfurter Straße bis Triester Straße erfolgt im gesamten Bereich auf insgesamt vier Fahrspuren und den erforderlichen Abbiegespuren an den Kreuzungen. Neben den Betonfahrbahnen sind beidseits gepflasterte Längsparkspuren angeordnet. Auf der Seite der Wohnbebauung wird, soweit möglich, eine Grünfläche angelegt, die im Bereich zwischen Rotdornallee und Eschenallee auch mit Baumpflanzungen versehen wird.

Derzeit sind im Bereich von der Breitenfurter Straße bis zur Triester Straße die Fahrbahn und die Gehsteigflächen mit Ausnahme des Bereiches der Pottendorfer Brücke praktisch fertiggestellt. Geringe Restarbeiten an Gehsteigen werden im Frühjahr 1989 durchgeführt. Die Brückenschlußbereiche werden voraussichtlich Ende Mai 1989 einschließlich der erforderlichen Einbautenumlegungen fertiggestellt sein. (Schluß)
pz/roh/gal

Forts. von Blatt 274

Ein Jahr Dezentralisierung in Wien

Gute Zusammenarbeit zwischen Bezirken und Verwaltung

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen eines Pressegesprächs am Donnerstag zog der Klubobmann der Wiener SPÖ, Ing. Karl SVOBODA, eine erste Bilanz über ein Jahr Dezentralisierung in Wien. Svoboda wies darauf hin, daß durch die Dezentralisierung eine Fülle von positiven Gestaltungsmöglichkeiten für die Bewohner der einzelnen Bezirke geschaffen wurde. Es gebe allerdings noch viel zu tun, um das Ziel einer umfassenden Demokratisierung zu erreichen.

Die administrative Seite der Dezentralisierung funktioniere recht gut und auch die Bezirksbudgets weisen eine durchaus günstige Entwicklung auf. Als wesentlichen Punkt für die Zukunft hob Svoboda hervor, daß die Bürger verstärkt angesprochen und in das Geschehen in ihrer Umwelt noch stärker eingebunden werden müßten. Es müsse ihnen das Gefühl vermittelt werden, noch mehr als bisher auf ihren unmittelbaren Lebensbereich Einfluß nehmen zu können.

In organisatorischer Hinsicht seien vor allem die regelmäßigen Koordinationsgespräche zwischen den Bezirksvorstehern und den Bezirksreferenten der jeweiligen Fachabteilungen hervorzuheben. Als durchaus positiv bewertete der Bezirksvorsteher des 22. Bezirks, Albert SCHULTZ, die Tatsache, daß im Zuge der Dezentralisierung die Bewohner eines Bezirks wesentlich gezielter auf beabsichtigte Arbeiten, beispielsweise auf öffentlichen Verkehrsflächen, aufmerksam gemacht werden könnten. Was die finanzielle Seite der Dezentralisierung betrifft, so haben die Bezirke gut gewirtschaftet.

Der Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 6. Bezirks, Karl GREILINGER, berichtete, daß sich in seinem Bezirk vor allem kleine Gruppen artikulieren, und daß generell ein Gewöhnungsprozeß bei allen Bezirksbewohnern festgestellt werden könne.

Im Rahmen des Pressegesprächs über die Dezentralisierung in Wien wurde einhellig die Meinung vertreten, daß die zukünftige Arbeit aller Beteiligten vor allem dahin gehen müsse, den Bewohnern der einzelnen Bezirke ihre Entscheidungsmöglichkeit und ihr Mitspracherecht im unmittelbaren Lebensbereich noch mehr als bisher zu verdeutlichen und im Zuge der Dezentralisierung bei ihnen eine Art „Benutzerorientierung“ entstehen zu lassen. (Schluß) red/gg/rr

Moskauer Gesundheitsstadtrat in Wien

Moskauer Spitalswesen wird neu organisiert

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Probleme der Spitalsorganisation und der ärztlichen Versorgung standen im Mittelpunkt eines Gespräches, das Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag mit seinem Moskauer Amtskollegen, dem Stadtrat für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Vladimir MOUDRAK, führte. Der Stadtrat, der sich vor allem für Spitalsneubauten bzw. -umbauten interessiert, stattete der Krankenanstalt Rudolfstiftung einen Besuch ab, um sich über deren Schwerpunkteinrichtungen, wie zum Beispiel den Nierensteinzertrümmerer, zu informieren. Im Rahmen eines Informationsaustausches vermittelte Stacher dem Moskauer Gesundheitsstadtrat einen Überblick über Wiens Gesundheits- und Spitalswesen — und hier vor allem über die Spitalsplanung und -organisation, sowie die ärztliche Versorgung. In der neun Millionen Einwohner zählenden Metropole der UdSSR wird gegenwärtig mit einer regionalen Neuorganisation der Spitalsversorgung begonnen. Zur Zeit stehen dafür 100.000 Spitalsbetten zur Verfügung, wobei deren Zahl in den nächsten Jahren noch erhöht werden soll.

Am Nachmittag wird sich Dr. Moudrak über diverse Einrichtungen des Umweltschutzes in Wien informieren und der EBS einen Besuch abstatten. Für morgen Freitag ist ein Besuch des Forschungszentrums Seibersdorf vorgesehen. (Schluß) zi/rr

ÖVP fordert Entlastung für den Alsergrund

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch der Wiener ÖVP kritisierten Donnerstag vormittag Landtagsabgeordneter Dr. Johannes HAWLIK und der Bezirksvorsteher vom Alsergrund, Wolfgang SCHMIED, das Fehlen von Lösungen der Verkehrsprobleme, die im 9. Bezirk durch die Errichtung von Großbauten wie das Neue AKH, die Überbauung des Franz-Josef-Bahnhofes oder das Bundesamtsgebäude am Liechtenwerder Platz entstanden seien.

Die ÖVP fordert Garagen im Bereich des Liechtenwerder Platzes sowie der Volksoper, eine U-Bahn-Station am Liechtenwerder Platz, einen eigenen U-Bahn-Abgang bei der Station Friedensbrücke (auf der Höhe Tepserngasse), einen zweispurigen Ausbau der Nordbergstraße unter gleichzeitiger Beruhigung des Spittelauer Platzes sowie die Schaffung einer City-Bus-Linie vom Liechtenwerder Platz zur U-Bahn-Station Friedensbrücke.

Hawlik und Schmied sprachen sich weiters dafür aus, die Müllverbrennungsanlage Spittelau so zu sanieren, daß sie dem neuen Luftreinhaltegesetz bereits entspricht. Sie kritisierten, daß der Plan bestehen soll, im Haus Währinger Gürtel 104, in nächster Nähe der Volksoper, ein Haus für „Randgruppen“ einzurichten. Im Zusammenhang mit der Zukunft der Roßauer Kaserne sollte die Universität ein klares Raumnutzungskonzept vorlegen. (Schluß) ull/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien. Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 10. Februar 1989

Blatt 279

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Häupl: Keine Smogalarmgefahr in Wien (280/FS: 9.2.)
- Großes Silbernes Ehrenzeichen für Rektor Holczabek (281/FS: 9.2.)
- Terminvorschau vom 13. bis 24. Februar (282)
- Vorträge der Umweltberater (283)
- Ausstellung über Europaplatz verlängert (284)
- Brücke über das Mühlwasser im Rohbau fertig (285)
- Umweltleitfaden zur Beurteilung von Projekten (286)
- Ehrenmedaille in Silber für Dolf Lindner (289)
- Nach Oberleitungsgebrechen Straßenbahn zwei Stunden behindert (nur FS)

Kultur:

- Literaturaktivitäten 1989 (287/288)

Häupl: Keine Smogalarmgefahr in Wien

Bereits am 9. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Bezüglich der heutigen Aussendung der Grünen mit der Forderung nach Ausrufung eines Smogalarms wegen Überschreitens der Grenzwerte für NO_2 an vier Meßstellen erklärte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ dezidiert, daß davon nicht die Rede sein kann. Der im Bundessmogalarmgesetz festgelegte Grenzwert für die Smogalarm-Vorwarnstufe für Stickstoffdioxid von $0,35 \text{ mg/m}^3$ als Dreistunden-Mittelwert wurde an keiner der Wiener Meßstellen auch nur annähernd erreicht oder gar überschritten. Die besonders strengen Richtwerte der Akademie der Wissenschaften, nach denen über $0,10 \text{ mg/m}^3$ Gesundheitsschäden für gewisse Risikogruppen nicht auszuschließen sind, wurden gestern an zwei Meßstellen geringfügig überschritten und an zwei Stellen erreicht. Heute früh wurde dieser Richtwert nur an einer Meßstelle geringfügig überschritten. Von einer möglichen Smogalarmgefahr für Wien kann auf Grund dieser Meßwerte absolut nicht gesprochen werden, schloß Häupl. (Schluß) du/rr

Großes Silbernes Ehrenzeichen für Rektor Holczabek

Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) StR. Dr. Hannes SWOBODA überreichte heute, Donnerstag, im Rahmen einer kleinen Feier im Rathaus dem Rektor der Universität Wien, Univ.-Prof. Dr. Wilhelm HOLCZABEK, das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Swoboda hob in seiner Rede die in letzter Zeit verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wien und den universitären Einrichtungen in der Bundeshauptstadt hervor. Holczabek sei eine „Symbolfigur“ für diese positive Entwicklung. Holczabek erinnerte in seinen Dankesworten an das „Jahrhundertgeschenk“ des alten AKH durch die Stadt Wien an die Universität Wien.

Der Feier wohnten auch die Erste Vorsitzende des Gemeinderates Eveline ANDRLIK, Dritter Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION bei. (Schluß) red/rr

Bereits am 9. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Terminvorschau vom 13. bis 24. Februar

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 13. bis 24. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 13. FEBRUAR:

9.30 Uhr, Pressegespräch mit dem Stadtarchäologen Dr. Harl, „Die Kinder von Heiligenstadt“ (Institut für Humanbiologie, Wien 9, Althanstraße 14)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Franz Brachmann, Komm.-Rat Erich Brunner und Komm.-Rat Franz Nahrada (Stein.Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 14. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Sektionschef Dipl.-Ing. Dr. Heinrich Schmelz (Arb.-Zi, Bgm.)

MITTWOCH, 15. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Swoboda, Prof. Rainer und Prof. Knoflacher, Präsentation des städtebaulichen Gutachtens Wien Mittel-Landstraße (PID)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Swoboda an Reg.-Rat Otto Kalina, Reg.-Rat Othmar Schromm, Hans Parzer und Dr. Rudolf Spanblöchl (Stein. Saal, Rathaus)

MONTAG, 20. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 21. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Prof. Wolfgang Hutter (Arb.-Zi, Bgm.)

MITTWOCH, 22. FEBRUAR:

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Pasterk, „Töne und Gegentöne“

DONNERSTAG, 23. FEBRUAR:

19.00 Uhr, Pressekonferenz Viennale

FREITAG, 24. FEBRUAR:

9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat

(Schluß) red/rr

Vorträge der Umweltberater

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Die Hietzinger Umweltberater bieten im Februar und März zwei Vortragsreihen an:

- **„Ernährung und Umwelt“** beschäftigt sich u.a. mit Vollwertkost, umweltkonformem Einkaufen und biologischer Landwirtschaft. Im Rahmen dieser Vortragsreihe können auch Exkursionen zu Tierhaltungsbetrieben und biologischen Landwirtschaftsbetrieben gemacht werden.

Termine: 14., 21. und 28. Februar, jeweils 19.30 Uhr.

- **„Gift im Haushalt“** ist die bereits bewährte Vortragsreihe der Umweltberater über umweltfreundliches Waschen, Putzen, Naturkosmetik und Chemie im Kinderzimmer.

Termine: 20. und 27. Februar, 6. und 13. März, jeweils 9 Uhr.

Beide Vortragsreihen werden in der Volkshochschule Hietzing, 1130 Wien, Hofwiesengasse 48, abgehalten. (Schluß) du/gg

Ausstellung über Europaplatz verlängert

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Die kleine Ausstellung über die künftige Gestaltung des Europaplatzes in der Rathausstraße 9 (Ecke Friedrich-Schmidt-Platz, Erdgeschoß) wird um eine Woche verlängert. Sie ist von Montag bis Freitag von 14 bis 18 Uhr geöffnet. In der Ausstellung kann man sich über die geplante Oberflächengestaltung des Europaplatzes sowie die zur Entscheidung anstehenden Varianten informieren und eine eigene Stellungnahme dazu abgeben. Unter der Telefonnummer 42 800/2960 Durchwahl kann man auch eine schriftliche Information anfordern. (Schluß) red/gg

Brücke über das Mühlwasser im Rohbau fertig

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Bei der sogenannten „Mühlwasserbrücke“, einer 300 Meter langen Spannbetonbrücke, die im Rahmen des Baues der A 22/Donauuferautobahn eine direkte Rampe von der Donaustadtstraße zur Praterbrücke bildet, wurden heute, Freitag, in Anwesenheit von Verkehrsstadtrat Johann HATZL die beiden Brückenhälften geschlossen. Der Zusammenschluß erfolgte in dem technisch besonders bemerkenswerten 72 Meter langen Abschnitt direkt über dem Mühlwasser, der aus Gründen des Umweltschutzes ohne Errichtung eines Hilfsgerüsts in einem 5-Meter-Trakt im Freivorbau ausgeführt wurde. Mit der Verkehrsfreigabe des Brückenbauwerks ist noch im Herbst dieses Jahres zu rechnen. (Schluß)
pz/bs

Umweltleitfaden zur Beurteilung von Projekten

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Zum Thema „Umweltverträglichkeitsprüfung“ sind bereits zahlreiche Veröffentlichungen erschienen, dennoch haben diese Arbeiten in der praktischen Umsetzung nahezu keinen Niederschlag gefunden. Konnte man zuletzt den Eindruck gewinnen, daß das Thema zerredet und zu den Akten gelegt worden sei, zeichnet sich nunmehr, ausgehend von den Überlegungen eines EG-Beitrittes, eine neue Phase der Diskussion ab. Derzeit liegen Gesetzesentwürfe des Österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitswesen und der Österreichischen Gesellschaft für Ökologie vor.

Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL hat angeregt, sich im Rahmen eines Arbeitskreises mit den methodischen und inhaltlichen Aspekten der Umweltverträglichkeitsprüfung zu befassen.

Der vorliegende Umweltleitfaden ist das Ergebnis der Diskussion und Arbeit einer Gruppe von Beamten und Freischaffenden unterschiedlichster Fachrichtungen und enthält sowohl die Grundlagen als auch das Werkzeug zur umweltbezogenen Beurteilung von öffentlichen und privaten Projekten und geht von den in der EG-Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung enthaltenen Grundsätzen aus.

Sieht ein Entwurf für die Durchführung der UVP eine eigene Behörde vor, die nicht zu den für das Projekt entscheidungszuständigen Behörden gehört, so sieht der andere Entwurf vor, daß eine entscheidungszuständige Behörde das UVP-Verfahren als verfahrensleitende Behörde verantwortlich durchführt, sodaß dieses in ein ohnedies erforderliches Genehmigungsverfahren eingebunden ist.

Wenn die UVP als Verfahrensinstrument des vorsorgenden Umweltschutzes ihren Zweck erfüllen soll, dann wird es in Zukunft auch darauf ankommen, den rechtlich-formalen Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung inhaltlich überzeugend auszufüllen mit klaren Begriffen, problembezogener, nachvollziehbarer Methodik und plausiblen Kriterien.

Für die Stadt Wien als Lebensraum für 1,55 Millionen Menschen ergibt sich eine erhöhte Verantwortlichkeit für die Sicherung der Lebensgrundlagen in der Stadt bzw. dem Wirkungsbereich der Stadtbewohner.

Ungeachtet der Festlegung von Vorhaben, die in Anlehnung an die EG-Richtlinie einer UVP zu unterziehen sind, ist es notwendig, Entscheidungsabläufe auch im Verwaltungsalltag so zu gestalten, daß sie dem Vorsorgeprinzip und dem synergistischen Denken der Ökologie entsprechen.

Im wesentlichen soll die Grundstufe des Umweltleitfadens eine Hilfestellung für die Berücksichtigung des Umweltschutzes in der Verwaltung bieten. Ausgeklammert sind derzeit weitreichende soziale, ökonomische oder stadtstrukturelle Auswirkungen der zu beurteilenden Projekte.

Im vorliegenden Umweltleitfaden werden über die Erörterung der herkömmlichen Umweltmedien Lärm, Luft, Boden, Wasser, Tier- und Pflanzenwelt hinaus auch Sachinformationen zu komplexen Fragen wie Landschaftshaushalt, Stadt- und Landschaftsbild, aber auch zu Fragen wie Erschütterungen, Trennwirkung, Abfallwirtschaft und Energieverbrauch gegeben.

Gerade weil in unserer Zeit vielen Menschen Individualität und Universalität immer mehr verloren gehen, will der Umweltleitfaden doch auch als Appell zum ganzheitlichen Denken verstanden werden. (Schluß) du/gal

Literaturaktivitäten 1989

Wien, 10.2. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK stellte am Freitag eine Reihe neuer Aktivitäten im Literaturbereich vor und betonte dabei die Bedeutung dieser Maßnahmen im Sinne der verstärkten Förderung des produzierenden, zeitgenössischen Kulturschaffens. Insgesamt werden die Mittel für die Literaturförderung von 5,474 Millionen Schilling im Jahr 1988 auf 8,239 Millionen im Jahr 1989 und damit um rund 50 Prozent angehoben, wobei gleichermaßen Maßnahmen zur Direktförderung der Autoren wie auch zur weiteren Belebung der Literaturszene der Stadt getroffen werden. Wesentlichste Maßnahmen sind die Anhebung des Canetti-Stipendiums um 50 Prozent, die Einführung eines Wiener Autoren-Stipendiums, die Anhebung des Budgets für die „Literatur im März“, die Einführung eines „Wiener Literatur-Symposiums“ und die Bereitstellung eines Betrages für Sofortmaßnahmen.

Anhebung des Canetti-Stipendiums

Das Canetti-Stipendium wird von 10.000 auf 15.000 Schilling angehoben. Es liegt damit etwa auf gleicher Höhe wie das höchste deutsche Literaturstipendium des Literaturfonds in Darmstadt, das je nach Familienstand des Autors 2.000 bis 2.500 DM beträgt.

Autoren wie Peter ROSEI oder Marianne FRITZ waren Canetti-Stipendiaten. Christoph RANSMAYR konnte mit Hilfe dieses Stipendiums sein erfolgreiches Buch „Die letzte Welt“ schreiben.

Derzeit erhalten Liesl UJVARY, Bodo HELL und Werner KOFLER das Canetti-Stipendium, für das nun insgesamt 540.000 Schilling pro Jahr aufgewendet werden.

Wiener Autorenstipendium

Das Stipendium, mit dem erstmals vor allem Autoren der jüngeren Generation unterstützt werden sollen, fördert größere literarische Projekte auf die Dauer von jeweils einem Jahr. Das Stipendium wird ab 1989 an jeweils drei Autoren vergeben. Es beträgt 10.000 Schilling monatlich, was einem Jahresgesamtbetrag von 360.000 Schilling entspricht.

Die Vergabejury des Autorenstipendiums setzt sich erstmals nur aus Autoren zusammen. Zwei davon werden von der IG Autoren vorgeschlagen, weiters sollen ein ehemaliger Canetti-Stipendiat und ein Preisträger der Stadt Wien der Jury angehören. Die Mitgliedschaft in der Jury ist ehrenamtlich und auf zwei Jahre beschränkt.

Bei Drucklegung des geförderten Werkes kann die Stadt Wien eine Tantiemengarantie bis zur Höhe von 25.000 Schilling übernehmen und verpflichtet sich zum Ankauf von 100 Exemplaren des Buches. Das Stipendium fördert damit nicht nur die Erarbeitung eines Werkes, sondern darüber hinaus auch seine Verbreitung.

Budgetanhebung für „Literatur im März“

Die Mittel für die „Literatur im März“ und die „Literatur für junge Leser“ werden von 2 bis 2,5 Millionen Schilling auf nunmehr 3,3 Millionen angehoben.

Veranstaltungsort der „Literatur im März“ ist wieder das Künstlerhaus. Damit werden die finanziellen und die räumlichen Möglichkeiten der Literaturwoche wesentlich verbessert und ihre Aktualisierung und Neubelebung ermöglicht.

Unter dem von Hölderlin entlehnten Titel „Die Mauern stehn / sprachlos und kalt“ beschäftigt sich „Literatur im März“ heuer mit der französischen Revolution und der Problematik des Widerstandes — als Thema und Anliegen der Literatur und unserer Zeit.

Das Eröffnungsreferat wird Ivan NAGEL halten. Unter anderem werden Franz Josef DEGENHARDT, Heiner MÜLLER und Martin WALSER erwartet.

Wiener Literatur-Symposium

Mit der Einführung eines großen Wiener Literatur-Symposiums mit internationaler Thematik und Bedeutung wird ein weiterer Literaturschwerpunkt gesetzt. Die erste Veranstaltungsreihe im Herbst 1989 ist unter dem Titel „Gewalt und Zärtlichkeit“ der lateinamerikanischen Kultur gewidmet. Autoren aus Brasilien, Argentinien, Chile, Uruguay, Peru, Mexiko, Nicaragua und Chile, aber auch österreichische Autoren werden sich diesem Thema widmen. Veranstaltungsort ist die Wiener Universität, die Durchführung liegt in den Händen der Schriftsteller Erich HACKL und Robert MENASSE.

220.000 Schilling für Sofortmaßnahmen

Erstmals steht 1989 ein Betrag für „Sofortmaßnahmen“ im literarischen Bereich zur Verfügung, der mit 220.000 Schilling dotiert ist. Aus diesem Budgetposten können Projektförderungen oder Reisestipendien für Wiener Autoren bestritten oder auch Übersetzungen wichtiger Werke ermöglicht werden. (Schluß) gab/gg

Forts. von Blatt 287

Ehrenmedaille in Silber für Dolf Lindner

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Stadträtin Christine SCHIRMER überreichte heute, Freitag, im Rahmen einer kleinen Feier im Rathaus dem ORF-Journalisten Dr. Dolf LINDNER die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber. Schirmer würdigte in ihrer Rede die Leistungen und Verdienste Lindners, sei es nun als ehemaliger Hauptabteilungsleiter Kultur, als Präsentator der Sendung „Seniorenclub“ oder als Buchautor. Der Feier wohnten u.a. Stadtrat Komm.-Rat Wilhelm NEUSSER und Gemeinderat Komm.-Rat Erik HANKE bei. (Schluß) chr/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 13. Februar 1989

Blatt 290

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Hatzl: Prinz-Behauptungen sind unsinnig (291/FS: 10.2.)
- Blumenflohmarkt am Valentinstag (292/FS: 11.2.)
- Wiener Pflanzenschutzmittelgesetz liegt zur Einsicht auf (294)
- Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs (295)
- Die Kinder von Heiligenstadt (296/297)
- Wiener ÖVP will mehr Kontrolle durch „Parlamentsreform“ (298)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau (294)

Kultur:

- Preise der Stadt Wien 1989 (293/FS: 12.2.)

Hatzl: Prinz-Behauptungen sind unsinnig

Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Als „unsinnige Aussage eines überforderten und inkompetenten FPÖ-Mandatars“ bezeichnete Stadtrat Johann HATZL die Behauptung von GR. PRINZ, daß Stadtrat EDLINGER jetzt jene Fehler korrigieren müsse, die er, Hatzl, als Wohnbaustadtrat begangen habe. „Dies ist schon deshalb ein Unsinn, weil weder die Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost noch die Rennbahnweg-Siedlung während meiner Tätigkeit als Wohnbaustadtrat geplant oder gebaut wurde“, sagte Hatzl. Abgesehen davon trage die FPÖ die politische Verantwortung wesentlich mit, weil es kaum eine städtische Wohnhausanlage in den letzten Jahren gegeben habe, die in den politischen Gremien nicht auch die Zustimmung der FPÖ gefunden hat. „Prinz sollte als Gemeinderat besser recherchieren, sonst wird er allzu oft als 'Faschingsprinz' angesehen werden. Abgesehen davon ist es aber grundsätzlich erschütternd, daß Gemeinderäte ein so verwerfliches und abscheuliches Verbrechen wie den Mord an einem jungen Mädchen zum Inhalt einer politischen Kampagne machen“, schloß der Stadtrat. (Schluß) roh/gg

Bereits am 10. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Blumenflohmarkt am Valentinstag

Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Für den Valentinstag am 14. Februar haben sich die Wiener Stadtgärtner einmal etwas anderes einfallen lassen: Gemeinsam mit dem Berufsschulgarten Kagran veranstalten sie einen Blumenflohmarkt im Berufsschulgarten, 1220 Wien, Donizettiweg 29, fünf Minuten von der U-Bahn-Station Zentrum Kagran. Bei diesem Blumenflohmarkt kann man Pflanzen von 10 bis 100 Schilling kaufen, darunter Primeln, Efeu, Klematis, Philodendron, Azaleen, Zierkirschen und Gummibäume. Außerdem kann man sich über Gartentechnik und Gemüseanbau informieren, Gewächshäuser besichtigen und beim Blumenbinden und -stecken zuschauen. Fachleute geben gerne Auskunft, wie man am besten seine Pflanzen pflegt. Jeder Besucher erhält auch eine kleine Überraschung. Der Blumenflohmarkt am Valentinstag findet von 10 bis 20 Uhr statt, um auch Berufstätigen die Möglichkeit zu geben, diesen Tag „stillecht“ ausklingen zu lassen. (Schluß) du/bs

Bereits am 11. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Preise der Stadt Wien 1989

Bewerbung bis 15. März

Wien, 12.2. (RK-KULTUR) Die Stadt Wien vergibt 1989 wieder Preise für hervorragende Leistungen in den Bereichen Kunst, Wissenschaft und Volksbildung. Die Bewerbung für die Preise 1989 ist bis 15. März im Kulturamt der Stadt Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5 möglich.

Die Stadt Wien vergibt seit 1947 alljährlich Preise für hervorragende Leistungen auf den Gebieten Literatur, Publizistik, Musik (Komposition), Bildende Kunst (Malerei und Graphik, Bildhauerei, Angewandte Kunst, Projekt-Kunst, Architektur), Geistes- und Sozialwissenschaften, Naturwissenschaften und Technische Wissenschaften, Medizinische Wissenschaften und Volksbildung. Die Preise werden als Würdigung für das bisherige Gesamtwerk verliehen, das geeignet ist, die Bedeutung Wiens und Österreichs als Pflegestätten der Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hervorzuheben. Die Preise der Stadt Wien werden nur an Einzelpersonen verliehen.

Sie können auch an Ausländer verliehen werden. Von der Zuerkennung eines Preises sind Leistungen ausgeschlossen, die bereits mit einem Preis der Stadt Wien ausgezeichnet wurden. Ebenso sind von der Verleihung des Preises für Musik (Komposition) Werke der bloßen Unterhaltungsmusik sowie die Bearbeitung fremder Werke ausgeschlossen. Die Preise werden vom Bürgermeister der Stadt Wien auf Empfehlung von Juries zuerkannt.

Selbstbewerbung ist zulässig. Bewerbungen sind unter Beischluß eines ausführlichen Lebenslaufes sowie eines vollständigen Verzeichnisses (Kataloges) über Werke bzw. Publikationen spätestens bis 15. März 1989 an die Abteilung für Kultur der Stadt Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, zu richten. Auskunft: 42 800/2719 oder 3921 Durchwahl. (Schluß) gab/bs

Bereits am 12. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Pflanzenschutzmittelgesetz liegt zur Einsicht auf

Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) Anwendungsregeln für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft enthält das Wiener Pflanzenschutzmittelgesetz. Der vom Amt der Wiener Landesregierung ausgearbeitete Entwurf zu diesem Gesetz liegt bis 24. März in den Magistratischen Bezirksämtern auf.

Die Einsichtnahme ist Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr und Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr möglich. Zum Gesetzentwurf können bei den Bezirksämtern auch schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden. (Schluß) hrs/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau

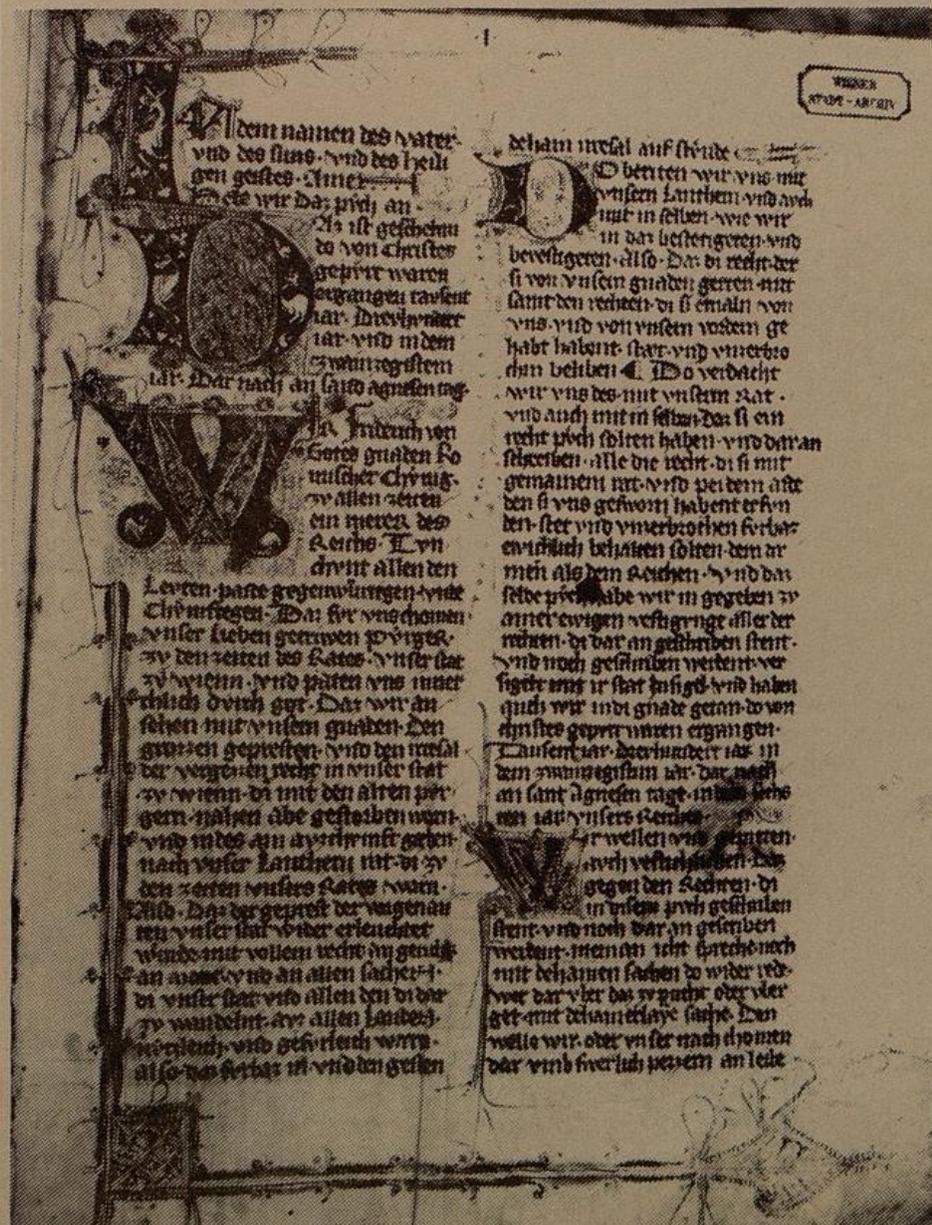
Wien, 13.2. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Brigittenauer Bezirksvertretung findet am kommenden Mittwoch, dem 15. Februar 1989, um 18 Uhr im Amtshaus 20, Brigittaplatz 10, Sitzungssaal, 2. Stock, statt. (Schluß) smo/bs

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs

Das „Eisenbuch“ aus dem 14. Jahrhundert in der Schmidthalle

Wien, 13.2. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv feiert heuer am 25. Juni seinen 100. Geburtstag als selbständige Abteilung. Grund genug, um sich auf besondere Weise vorzustellen: Durch Ausstellungen und kostbare Dokumente. So zeigt das Landesarchiv einen Teil seiner Schätze, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren, in einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidthalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr). Alle 14 Tage ist ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen. Ein Informationsblatt liegt in der Stadtinformation auf.

Von 15. bis 28. Februar wird das „Große Stadtbuch“ oder „Eisenbuch“ präsentiert, eine Sammlung der wichtigsten Privilegien und Entscheidungen des Rates der Stadt Wien. Das Buch wurde im ersten Drittel des 14. Jahrhunderts angelegt und enthält prächtige beglaubigte Abschriften von heute zum Teil nicht mehr erhaltenen Originalen. Es war eine reine Sicherheitsmaßnahme, denn so standen bei Verlust von Originalen die Abschriften im Eisenbuch zur Verfügung. Die Bezeichnung „Eisenbuch“ ist erstmals 1494 genannt. Vermutlich hatte das Buch ursprünglich eiserne Beschläge; 1705 erhielt es bei einer Restaurierung solche aus Messing. Das Eisenbuch stand bis 1819 in Verwendung. (Schluß) am/gg



Prächtige Titelseite des „Eisenbuchs“.

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

Die Kinder von Heiligenstadt

Mittelalterliches Massengrab entdeckt

Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) Seit im Jahre 1952 unter der Jacobskirche von Wien — Heiligenstadt zwei leere Gräber aus der beginnenden Völkerwanderungszeit entdeckt worden waren, rissen die Spekulationen über deren Deutung nicht ab. Immer wieder wurde behauptet, daß der Heilige Severin, der im Donauraum während der Völkerwanderungszeit unermüdlich den von den Germanen bedrängten Christen Beistand leistete, im Jahre 482 in Heiligenstadt gestorben sei, und, daß daher Wien nicht mit Vindobona, sondern mit Favianis aus der Lebensbeschreibung des Heiligen Severin identisch sein müsse. Um diese irrige, auf Otto von Freising zurückgehende Ansicht nicht nur mit theoretischen, sondern auch mit archäologischen Beweisen zu widerlegen, wurden 1985 in Heiligenstadt die Ausgrabungen wieder aufgenommen. Darüber berichtete Stadtarchäologe Univ.-Doz. Dr. Ortoff HARL Montag bei einem Pressegespräch.

Die Ausgrabungen waren nur im Pfarrgarten, südlich der Kirche, während der Wintermonate möglich. Es wurde ein drittes leeres Grab aus der Römerzeit gefunden, das darauf hinweist, daß über den Heiligenstädter Pfarrplatz die römische Limesstraße verlaufen ist, die, wie bei den Römern üblich, von Gräbern gesäumt war. Damit verlieren die beiden unter der Kirche liegenden Römergräber ihre scheinbare Sonderstellung, die als wichtigster Beweis für Heiligenstadt als Sterbeort des Heiligen Severin betrachtet worden ist, und damit ist auch die (stets angezweifelte) Identifizierung von Wien mit Favianis als Fälschung der Babenberger entlarvt.

Mittelalterliches Massengrab entdeckt

Im Zuge der Ausgrabungen wurde an der Südmauer der Jacobskirche ein vom späten Mittelalter an belegtes Massengrab entdeckt, aus dem rund 430 Kinderskelette geborgen wurden. Diese wurden von Univ.-Prof. Dr. Eike WINKLER, Institut für Humanbiologie der Universität Wien, anthropologisch untersucht. Die bisherigen Ergebnisse zeichnen ein erschütterndes Bild vom Schicksal der Heiligenstädter Kinder zwischen dem 13. und ca. 18. Jahrhundert. In dem Massengrab fanden sich nur Kinderskelette und zwar in folgenden Altersstufen:

- die Hälfte der ca. 430 bestatteten Kinder stand zwischen dem ersten und ca. 12. bis 14. Lebensjahr
- ein Viertel waren Neugeborene
- ein Viertel waren noch Ungeborene (Föten)

Diese auffallende Altersstruktur innerhalb des Massengrabes ist bisher noch nicht befriedigend zu deuten. Daß in Heiligenstadt nicht die Jacobskirche, sondern die Michaelskirche das Begräbnisrecht besessen hat, erschwert die Deutung, hebt aber die Sonderstellung dieses Massengrabes noch hervor. Da es zu den Wiener Vororten keine Archivmaterialien gibt, kann man die Ursache für das Massengrab nur aus dem archäologischen und anthropologischen Befund herausarbeiten. Folgende Interpretationen kommen zur Zeit in Frage:

- Sonderfriedhof in der Nähe eines Krankenhauses (der Name Heiligenstadt deutet auf ein Pilgerhospiz)
- Sonderfriedhof für die Bestattung von Kindern der „Sünde“ im weitesten Sinne oder Ungetauften
- Sonderfriedhof für die Bestattung von jugendlichen Seuchenopfern.

Erste Detailuntersuchungen der Skelette haben ergeben, daß die Kinder unter schweren Mangelerscheinungen gelitten haben. Darin spiegelt sich die Situation in der sich die gesamte Bevölkerung — nicht nur die Kinder — befand: schlechte Ernährung, schlechte Wohnverhältnisse, Schwerarbeit, Krankheiten, Seuchen und Unterdrückung.

Durch interdisziplinäre Zusammenarbeit und Einsatz modernster wissenschaftlicher Methoden soll die Lebenssituation dieser vom Schicksal so benachteiligten Kinder untersucht werden. Folgende Ziele sind gesteckt:

- Mit Hilfe von Röntgenstrahlen sollen an den Langknochen Wachstumsstörungen festgestellt werden, die auf Eiweißmangel hinweisen und durch Infektionskrankheiten verursacht werden. In Frage kommen vor allem Erkrankungen des oberen Atemtraktes, Mittelohrentzündungen, Masern, Mumps und Diphtherie.
- Histologische Untersuchungen sollen Störungen im Zahnschmelz, Ausdruck von massiven körperlichen und seelischen Beeinträchtigungen in der Entwicklung des Kindes anzeigen. Am Skelett können vor allem Tuberkulose und Knochenmarksentzündungen erkannt werden.
- Biochemische Verfahren sollen Aussagen über die Ernährung, die Aufnahme von Kalzium und Phosphor ermöglichen.
- Mit Hilfe der C 14 Methode sollen Anfang und Ende der Belegung des Massengrabes festgestellt werden.

(Schluß) red/bs

Forts. von Blatt 296

Wiener ÖVP will mehr Kontrolle durch „Parlamentsreform“

Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) Mehr Kontrolle und mehr Demokratie durch eine umfassende Parlamentsreform verlangten am Montag ÖVP-Stadträte Dr. Erhard BUSEK und Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN in einem Pressegespräch. Aufgrund der Sonderstellung Wiens als „Stadt-Staat“ verfüge die Mehrheit über eine parlamentarische Stärke, der eine unterentwickelte Kontrollmöglichkeit durch die Opposition gegenüberstehe.

Unter anderem will die Wiener ÖVP Untersuchungsausschüsse, eine „Aktuelle Stunde“, Kontrollamtsprüfungen auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Kontrollausschusses, die Behandlung von dringlichen Anfragen nicht erst am Schluß der Tagesordnung, das Petitionsrecht für Bürgerinitiativen mit mindestens 100 Unterschriften sowie ein Enquete-Recht und die Möglichkeit zu Hearings.

Eine umfassende Geschäftsordnungsreform für Landtag und Gemeinderat solle die „konstitutionelle Diktatur“ in Wien abschwächen. Langfristig erstrebenswert sei, daß Wien zu einem wirklichen Land werde, dessen Gemeinden die Bezirke sein sollten. (Schluß) lf/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien; Telefon 42 800/2971-Durchwahl; Telex 133240; Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich; Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 14. Februar 1989

Blatt 299

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ehrung für Wiener Geschäftsleute (300/FS: 13.2.)
- Donaulandschaften auf dem Donauturm (302)
- Ergebnisse aus dem Wettbewerb „Chancen für den Donauraum Wien“ führen zu ersten konkreten Maßnahmen (304/305)
- Hartnäckige Grippewelle (306)
- Wohnbauförderungsgesetz am 24. Februar im Landtag (307)
- Klarstellung zur Gasexplosion (308)

Bezirke:

- Bausperre in Hetzendorf (303)

Kultur:

- 10.000 Besucher bei „Fotovision“ (301)

Ehrung für Wiener Geschäftsleute

Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen einer Feierstunde im Steinsaal des Wiener Rathauses überreichte Montag nachmittag Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien an drei Persönlichkeiten aus der Wiener Wirtschaft: An Franz BRACHMANN, Geschäftsführender Gesellschafter einer Großhandelsfirma für Werkzeugmaschinen, an Komm.-Rat Erich BRUNNER, Buchbindermeister, und an Komm.-Rat Franz NAHRADA, Gastronom und Hotelier. Der Feier wohnte auch Stadtrat Komm.-Rat Wilhelm NEUSSER bei. (Schluß) ull/bs

Bereits am 13. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

10.000 Besucher bei „Fotovision“

Freier Eintritt für Schüler während der Semesterferien

Wien, 14.2. (RK-KULTUR) In der Ausstellung „Fotovision“ im Wiener Messepalast wurden bereits 10.000 Besucher gezählt. Besonders beim jugendlichen Publikum erfreut sich die Ausstellung großer Beliebtheit.

Gezeigt werden 600 Fotografien aus allen Epochen der 150jährigen Geschichte der Fotografie. Als Anziehungspunkt der „Fotovision“ erwies sich das „Welt-Bild-Relief“, eine Weltkarte, auf der täglich die über den APA-Fotodienst einlangenden Bilder aus aller Welt angebracht werden.

Themen der Ausstellung: Bild-Geschichte der Fotografie/Wie greift die Fotografie in die Welt ein?/Wirklichkeit und Abbildung/Fotografie und (neue) Technologie: Wie verändert sich die Materialität des fotografischen Verfahrens?/Wie ordnet Fotografie die Welt? Sie scheidet in Fotografierbares und Nichtfotografierbares/Amateurfotografie/Familienalben/Kunstfotografie/Das schärfste Porträt der Welt etc.

Eine Rarität in der Ausstellung ist das Album der Amateur-Fotografie-Ausstellung Wien 1888.

Die Ausstellung „Fotovision“ ist noch bis 26. Februar (täglich von 10.30 bis 18 Uhr, Donnerstag von 10.30 bis 19 Uhr) geöffnet. In den Semesterferien, bis 19. Februar, ist die Ausstellung für Schüler, gegen Vorweis eines Schülerausweises, bei freiem Eintritt zugänglich. (Schluß) gab/bs

Donaulandschaften auf dem Donauturm

Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Für die nächste Ausstellung ist der Donauturm wie geschaffen, das Thema sind diesmal Donaulandschaften. Der Künstler, Prof. Wolfgang ERBENS, 1927 in Wien geboren, studierte an der Akademie der bildenden Künste, an der Akademie für angewandte Kunst und an der Graphischen Bundes-, Lehr- und Versuchsanstalt in Wien.

Erbens, der bereits zahlreiche Ausstellungen in Wien, Baden und Zürich hatte, erhielt 1957 den Körnerpreis und ein Jahr später die Silberne Rom-Medaille.

Die Vernissage findet am 16. Februar um 19 Uhr statt. Die Ausstellung ist von 17. Februar bis 1. März täglich in den Restaurants des Donauturms zwischen 9 und 24 Uhr zu sehen. (Schluß) wh/bs

Bausperre in Hetzendorf

Wien, 14.2. (RK-BEZIRKE) Für einen großen Teil von Hetzendorf in Meidling soll eine Bausperre verhängt werden, weil eine Überprüfung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes notwendig erscheint. Die derzeit geltende Rechtslage ermöglicht den Abbruch zahlreicher für das Ortsbild charakteristischer Gebäude. Das soll durch einen neuen Flächenwidmungsplan verhindert werden.

Der Entwurf für die Bausperre (Plan Nr. 6140) betrifft das Gebiet zwischen Schlöglgasse, Jägerhausgasse, Boergasse, Defreggerstraße und Atzgersdorfer Straße und liegt vom 16. Februar bis 16. März in der MA 21, 1, Rathausstraße 14-16, zur Einsicht und Stellungnahme auf. (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr) (Schluß) smo/bs

Ergebnisse aus dem Wettbewerb „Chancen für den Donauraum Wien“ führen zu ersten konkreten Maßnahmen

Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) In der Fülle der Bearbeitungsthemen dieses vor einem Jahr abgeschlossenen Wettbewerbes kam dem Donaukanal als stadtnächster Teil der Wiener Flußlandschaft eine besondere Bedeutung zu. Die Jury empfahl der Stadt Wien, den funktionellen und gestalterischen Stellenwert dieses zentralen, ehemals als Wiener Donauarm bezeichneten Gewässers, wesentlich zu erhöhen. Die Bewahrung, Sanierung und Verbesserung im architektonisch und städtebaulich wertvollen Innenstadtbereich sollte durch einen zeitgemäßen, naturnäheren Wasserbau mit entsprechender Grüngestaltung in den Außenbereichen ergänzt werden. Über das Leitprojekt Donaukanal berichteten die Stadträte Dr. Michael HÄUPL und Dr. Hannes SWOBODA Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeistermeisters.

Fluß statt „Kanal“

Die Jury stützte sich bei diesen Empfehlungen vor allem auf den Wettbewerbsbeitrag des Architektenteams Oberhofer-Wohlfahrtstätter, die entgegen dem Begriff „Kanal“ den Flußcharakter durch eine Reihe von Maßnahmen wieder betonten. Im zentralen, von Otto Wagner 1896 gestalteten Abschnitt des Donaukanals, war die Erhaltung dieses bis heute vorbildlichen Bezugsrahmens selbstverständlich. Die vorgeschlagenen funktionellen Verbesserungen, vor allem für die Zugänglichkeit aus den angrenzenden Bezirken, ordneten sich gut in diese gegebene Großzügigkeit ein.

Die von der Bundeswasserstraßendirektion geplanten wuchtigen Steinwürfe zur Ufersicherung im Bereich des 2. und 3. Bezirkes wurden umgehend gestoppt. Die Stadt Wien gab die Erstellung eines Leitprojektes in Auftrag. Um die Ufersicherung nicht zu verzögern, wurde der Themenkreis „Gestaltung der Uferzone“ vorrangig behandelt und das Leitprojekt für den Abschnitt Franzensbrücke — Stadionbrücke nunmehr ausgearbeitet.

Anstelle der Steinwürfe und des gleichmäßigen Kanalprofils sollen in Zukunft einem Fluß entsprechend differenzierte — steilere und flachere — Böschungen treten. Ohne die Schifffahrtsrinne einzuengen, wird damit Spielraum für Seichtwasserzonen, für (je nach Wasserstand sichtbare) bepflanzte Inseln und Raum für eine verbesserte Zugänglichkeit der Uferzone geschaffen.

Attraktiv gestalteter Erholungsraum als „Visitkarte“

Ein ergänzendes Bepflanzungskonzept soll diese Maßnahmen abrunden und den heute teilweise steril wirkenden Bereich als Erholungsraum aufwerten. Weiters ist das Wegenetz mit einer gegliederten Wegführung und einer verbesserten Zugänglichkeit zum Wasser auf eine gesteigerte Erlebarkeit als Flußlandschaft ausgerichtet. Nicht zuletzt wird damit auch für die pro Jahr rund 100.000 Gäste der Ausflugsschiffe der Raumeindruck abwechslungsreicher und attraktiver gestaltet — sozusagen als „Visitkarte“ der Stadt.

Die Stadt Wien wird noch im März die zuständigen Gremien („Kurie der Donauhochwasserschutzkonkurrenz“) befassen, um möglichst rasch diese Zielsetzungen gemeinsam mit der Bundeswasserstraßendirektion zu verwirklichen.

Erste Modellgestaltungen sind damit vor allem am linken Ufer im Bereich des 2. Bezirkes (zwischen Franzensbrücke und Stadionbrücke) innerhalb eines Jahres realistisch. Dies ist auch deshalb wesentlich, da die genaue Ausformung und Situierung der Bühnen praktisch nur in der Natur festgelegt werden kann, um keine unerwünschten Querströmungen zu erzeugen.

Stadtlandschaft Donaukanal/Unteres Wiental

Die Fertigstellung des gesamten Leitprojektes ist im Sommer 1989 zu erwarten. Die große Zahl der von den Architekten ausgearbeiteten Detailvorschläge wird in den nächsten Monaten noch eingehend zu diskutieren sein.

Die zügige Herstellung großer Teile dieses Leitprojektes ist auch durch die laufende Errichtung des Entlastungskanals am rechten Ufer des Donaukanals schon jetzt gesichert.

Nach Möglichkeit sollte bis zur geplanten EXPO 95 die zentral gelegene Stadtlandschaft Donaukanal/Unteres Wiental keine Baustellen mehr aufweisen und als Beispiel zukunftsorientierter Gestaltung solcher Stadträume präsentiert werden können.

Ausstellung in den INFO-Räumen

Pläne und Skizzen werden ab sofort bis 24. Februar 1989 in den neuen INFO-Räumen der Stadt Wien in der Rathausstraße 9 (Ecke Friedrich-Schmidt-Platz/Felderstraße) im Parterre Montag bis Freitag von 14 bis 18 Uhr der Öffentlichkeit präsentiert, wobei die Möglichkeit zu schriftlichen Bemerkungen gegeben ist. (Forts. mgl.) lf/gg

Forts. von Blatt 304

Hartnäckige Grippewelle

Noch Immer 21.000 Neuerkrankungen

Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Die in Wien grassierende Grippewelle ist hartnäckig und geht nur sehr langsam zurück. So erkrankten nach einer Mitteilung des Gesundheitsamtes in der vergangenen Woche 21.500 Bewohner der Bundeshauptstadt. Im Vergleich dazu: in der Woche vorher waren es 21.700 Neuerkrankungen. Stark zurückgegangen sind hingegen die „Grippeeinsätze“ des Ärztenotdienstes. Am vergangenen Wochenende wurde 280mal (in der Woche vorher waren es 415 Berufungen gewesen) wegen Grippe bzw. grippaler Infekte interveniert. Die Zahl der Krankenstände, die bei der Wiener Gebietskrankenkasse gemeldet wurden, erreichten 4,2 Prozent der Beschäftigten. Zurückgegangen ist auch die Zahl der erkrankten Schülerinnen und Schüler. Insgesamt fehlten 7 Prozent infolge eines grippalen Infektes (in der Woche davor waren es 8,9 Prozent).

Nahezu unverändert ist aber auch die nach wie vor angespannte Situation in den städtischen Spitälern infolge der Grippewelle. Die derzeitige Zahl der Not- bzw. Gangbetten in den internen und chirurgischen Abteilungen der Spitäler beträgt 151 (letzte Woche 150). Unverändert ist auch die Personalsituation: Gegenwärtig sind nach wie vor 10 Prozent des Pflegepersonals bzw. der Ärzte im Krankenstand. (Schluß) zi/bs

Wohnbauförderungsgesetz am 24. Februar im Landtag

Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Der Entwurf für das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz (WWFSG 1989, I. bis IV. Hauptstück) wurde heute Dienstag der Wiener Landesregierung vorgelegt und mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach langen Verhandlungen sind die beiden großen Parteien dieser Stadt also übereingekommen, einen vernünftigen Kompromiß zu schließen und das neue Gesetz gemeinsam zu tragen. Dies teilte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Dienstag beim Pressegespräch des Bürgermeisters mit.

Nun steht auch einer gemeinsamen Beschlußfassung des neuen Gesetzes in der Sitzung des Wiener Landtages am 24. Februar praktisch nichts mehr im Wege. Formal ist noch die Zustimmung des Gemeinderatsausschusses für Wohnbau und Stadterneuerung in der Sitzung am 16. Februar einzuholen.

Mietzinsbildungsbestimmungen, die Möglichkeit einer begünstigten vorzeitigen Rückzahlung von Förderungsdarlehen sowie die Eigentumsübertragung von Mietwohnungen unter bestimmten Voraussetzungen sollen im V. und VI. Hauptstück des Gesetzes geregelt werden. Diese werden im März in Begutachtung gehen und sollen noch vor dem Sommer rechtswirksam werden.

Damit werden die wichtigsten Zielsetzungen des neuen Gesetzes, die Wohnkosten bei geförderten Wohnungen durch neue Förderungs- und Finanzierungsmodelle in den Griff zu bekommen, weiters gezielte Hilfen für Einkommensschwächere zu schaffen und schließlich jährlich die Errichtung von 4.000 Wohnungen (davon 80 Prozent Mietwohnungen) zu fördern und in der Stadterneuerung ein Investitionsvolumen von 3 Milliarden Schilling zu erreichen, von einer breiten Basis des Konsenses getragen.

Durchführungsverordnungen noch vor dem Sommer

Bei Einhaltung dieser Termine ist damit zu rechnen, daß das neue Gesetz Mitte April 1989 rechtswirksam wird. Nach Zuleitung an den Landtag werden auch die entsprechenden Durchführungsverordnungen zum Gesetz erarbeitet und nach Inkrafttreten des Gesetzes voraussichtlich noch vor dem Sommer durch die Wiener Landesregierung beschlossen werden. Die Verordnungen werden im wesentlichen Art und Umfang der Objekt- und Subjektförderung (also der Darlehen, Zuschüsse, Beiträge, Eigenmittelerstattungsdarlehen und Wohnbeihilfe) sowie die angemessenen Bau- und Sanierungskosten festlegen.

Einigung der beiden großen Parteien

Die beiden großen Parteien werden sich gemeinsam beim Bund um eine Novellierung des Mietrechts- und des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes sowie um Ergänzungen im Einkommenssteuergesetz bemühen, um jene rechtlichen Abstimmungen herzustellen, die zur Durchführung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes (insbesondere hinsichtlich der Mietzinsbildung nach der Sanierung oder Fertigstellung der Wohnung) notwendig sind. (Schluß) ah/gg

Klarstellung zur Gasexplosion

Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund der heutigen Erklärungen in der APA des neuen Anwalts der Familie Pawlisch, die bei der tragischen Gasexplosion im Februar 1988 zu Schaden kam, sind einige Klarstellungen erforderlich. Energiestadtrat Johann HATZL stellte dazu gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest:

„Grundsätzlich ist es richtig, daß das Reichshaftpflichtgesetz im wesentlichen anzuwenden ist. Es liegt nicht in der Kompetenz der Stadt Wien, dieses zu ändern. Deshalb hat die Stadt Wien zugesagt, darüber hinaus so rasch und so umfassend wie möglich zu helfen.“

Aus diesem Grund hat es bereits seit dem Unglücksfall Leistungen der Wiener Städtischen Versicherung in der Höhe von 4,6 Millionen gegeben, wovon inklusive Anwaltskosten vier Millionen Schilling direkt auf die Familie entfallen sind. Es gab ein Anbot der Städtischen Versicherung, zur endgültigen Erledigung der weiteren Ansprüche weitere 1,4 Millionen zur Verfügung zu stellen. Dazu kommt noch ein separater Betrag für die anwaltliche Vertretung der Familie. Bezüglich der Ansprüche der Kinder liegen ebenfalls Angebote der Versicherung vor. Für diese Ansprüche ist auf Grund der rechtlichen Situation auf jeden Fall die Zustimmung des zuständigen Pflęgschaftsgerichtes erforderlich.

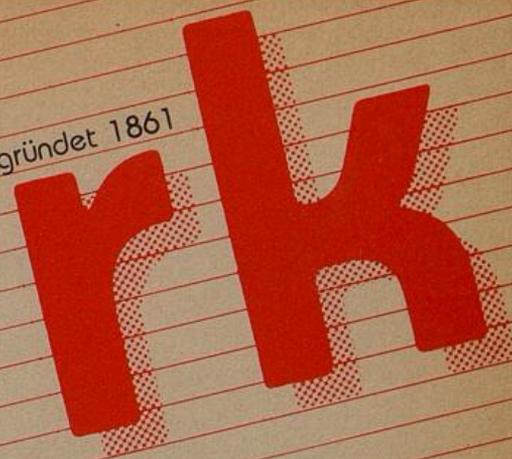
Im übrigen hat es zwischen der Versicherung und dem ersten Rechtsvertreter der Familie bereits im Herbst eine weitgehende Übereinstimmung gegeben, die deshalb nicht realisiert wurde, weil der Rechtsvertreter von der Familie Pawlisch gewechselt wurde. Die neuen Forderungen des neuen Anwaltes wurden jedoch erst zum Jahreswechsel eingebracht.

Gerade die Stadt Wien hat sich bemüht, in bezug auf die materiellen Schäden raschest Hilfestellung zu geben, vor allem in Hinblick auf die Wiedererrichtung des Wohnhauses und die damit verbundene Zuerkennung der Wohnbauförderung. Alle behördlichen Voraussetzungen für den Neubau wurden rasch und unbürokratisch geschaffen. Es scheint aber auch an der Rechtsvertretung der Familien zu liegen, daß manche Zusicherungen — zum Beispiel die Wohnbauförderung — mangels Vorlage der notwendigen Unterlagen — noch nicht in Anspruch genommen wurden.“ (Schluß) roh/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 15. Februar 1989

Blatt 309

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Großes Silbernes Ehrenzeichen für Sektionschef Schmelz (310/FS: 14.2.)
- Waldpflegemaßnahmen im Bereich Donauinsel-Süd, Großfeldsiedlung, Schwarzlackenu (311)
- Neues Bestrahlungsgerät für das Krankenhaus Lainz (313)
- Diplomfeier im Pflegeheim Ybbs der Stadt Wien (313)
- Städtebauliches Gutachten Wien-Mitte — Landstraße (314)
- London — Wien zweimal die Woche: Neue Flugverbindung eingerichtet (315)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan in Penzing (312)

Großes Silbernes Ehrenzeichen für Sektionschef Schmelz

Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Dienstag, im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer an Sektionschef Dipl.-Ing. Dr. Heinrich SCHMELZ, Leiter der Sektion Hochbau im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Zilk hob in seiner Rede die außerordentlich gute Zusammenarbeit zwischen der Hochbauabteilung und der Stadt Wien hervor. Wann immer die Stadt Wien ein Anliegen gehabt hat, habe sie bei Schmelz ein offenes Ohr gefunden, sagte der Bürgermeister.

Der Ehrung wohnten unter anderem Vizebürgermeister Hans MAYR, Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION bei. (Schluß) red/bs

Bereits am 14. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Waldpflegemaßnahmen im Bereich Donauinsel-Süd, Großfeldsiedlung, Schwarzlackenau

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich Donauinsel-Süd werden von Mitte Februar bis Ende März schonende Waldpflegemaßnahmen durchgeführt. Dabei werden kränkelnde und absterbende Bäume gefällt. Weiters werden besonders dicht stehende Aufforstungsflächen aufgelichtet, um die Wachstumsbedingungen der Bäume zu begünstigen.

Im Stadtwäldchen Großfeldsiedlung ist eine Erstdurchforstung dringend notwendig. Zur gesunden Weiterentwicklung des Waldbestandes und zur Erhöhung der Vitalität der einzelnen Bäume müssen mehrere Bäume entfernt werden.

Im Naturdenkmal Schwarzlackenau werden zur Sicherheit der Erholungssuchenden einzelne absterbende Bäume gefällt. Weiters werden sehr vorsichtige Durchforstungsmaßnahmen getroffen, weil die Bäume aus der Naturverjüngung zu dicht stehen.

Alle diese forstlichen Pflegemaßnahmen dienen der Erhaltung bzw. der Schaffung eines artenreichen, stabilen und standortangepaßten Waldbestandes. (Schluß) du/gg

Neuer Flächenwidmungsplan In Penzing

Wien, 15.2. (RK-BEZIRKE) Für die sogenannte Mayer-Siedlung an der Lebereckstraße in Penzing wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Das Plangebiet ist durch massive Verhüttelung und wildes Bauen stark geprägt. Mit der vorliegenden Planung sollen folgende Ziele erreicht werden: Erhaltung des örtlichen Erscheinungsbildes durch kleinteilige Bebauung und Durchgrünung des Baulandes; Berücksichtigung des Baumbestandes, des ländlichen Charakters und der geologischen Gegebenheiten.

Der Entwurf liegt vom 16. Februar bis 16. März, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/bs

Neues Bestrahlungsgerät für das Krankenhaus Lainz

Gesundheitsausschuß genehmigte rund 10 Millionen Schilling

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus Lainz erhält ein neues Bestrahlungsgerät, einen Linearbeschleuniger zur Tiefentherapie mit Photonen. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen genehmigte dafür am Dienstag rund 3 Millionen Schilling für die erforderlichen Baumaßnahmen und 7 Millionen Schilling für das Bestrahlungsgerät.

Das Gerät kann von der Ganzkörper- über die Halbkörper- und Kleinfeldbestrahlung bis zur Kleinstfeldbestrahlung des Schädels eingesetzt werden. Ganzkörperbestrahlungen sind besonders auf dem Gebiet der modernen Hämatologie erforderlich.

Einsatz von Animatoren in Pflegeheimen

Wie aus einem Bericht im Gesundheitsausschuß hervorgeht, können derzeit in den Wiener städtischen Pflegeheimen zehn Dienstposten für Beschäftigungs- und Arbeitstherapeutinnen (Ergotherapeutinnen) nicht besetzt werden, weil keine Bewerberinnen vorhanden sind. Vorübergehend sollen deshalb in den Pflegeheimen Angehörige anderer Berufsgruppen, wie zum Beispiel Arbeitslehrerinnen oder Jungärzte, als Animatoren eingesetzt werden, bis wieder Beschäftigungs- und Arbeitstherapeutinnen zur Verfügung stehen. (Schluß) sc/gg

Diplomfeier im Pflegeheim Ybbs der Stadt Wien

Stacher überreichte Diplome

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Mittwoch im Pflege- und Therapiezentrum der Stadt Wien in Ybbs an der Donau sieben Schwestern und drei Pflegern die Diplomurkunden zum Abschluß ihrer Ausbildung in der psychiatrischen Krankenpflege. Alle Absolventen werden in Krankenanstalten der Stadt Wien ihren Dienst antreten, teils im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, teils an der Psychiatrischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus.

Die Ausbildungsstätte für die psychiatrische Krankenpflege in Ybbs beteht seit 1963. Die ersten Diplomierungen erfolgten 1966. Insgesamt haben seither in Ybbs 325 Schwestern und Pfleger die Ausbildung mit einem Diplom in psychiatrischer Krankenpflege abgeschlossen. (Schluß) sc/bs

Städtebauliches Gutachten Wien-Mitte - Landstraße

Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA präsentierte Mittwoch gemeinsam mit den Autoren Prof. DDr. h.c. Roland RAINER und Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Hermann KNOFLACHER das städtebauliche Gutachten Wien-Mitte — Landstraße. Zur Vorgeschichte: Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hatte den Wunsch geäußert, die Gleisanlagen im Bereich der Station Wien-Mitte zu überbauen. Da ein solches Vorhaben nicht als Einzelprojekt zu beurteilen war und ist, wurde von der Magistratsabteilung 18 dieses städtebauliche Gutachten in Auftrag gegeben.

Stadtrat Dr. Swoboda bezeichnete es als äußerst positiv, daß — noch vor seiner Amtszeit — der Doyen der Wiener Stadtplaner, Prof. Rainer, und der durch seine unkonventionellen Vorschläge bekannte Verkehrsplaner Prof. Knoflacher mit diesem Gutachten betraut worden sind.

Dichte Verbauung mit Gestaltung von Stadträumen kompensieren

Hauptempfehlung der Studie, deren Zusammenfassung in den nächsten Tagen als „rk-spezial“ erscheinen wird, ist es, dieses hochwertige Gebiet durch eine dichte Verbauung bei gleichzeitiger Kompensation durch die Gestaltung von Plätzen bzw. Stadträumen in der engeren Umgebung adäquat zu nutzen. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist dabei das Zurückdrängen des Individualverkehrs, was an diesem Standort durch die optimale Aufschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln möglich ist.

Neue Philosophie bei der Bewertung von Großbauvorhaben

Planungsstadtrat Dr. Swoboda bezeichnete das vorliegende Gutachten als beispielhaft für die neue Philosophie bei der Bewertung von Großbauvorhaben im städtischen Bereich. Einzelne Vorhaben dürfen dabei nicht isoliert bewertet werden, sondern den übergeordneten städtebaulichen Interessen entsprechend geplant werden.

Als die drei Schwerpunkte dieser Philosophie nannte der Planungsstadtrat an Hand des konkreten Projektes:

- Es ist die Pflicht der Stadtverwaltung, an Einzelprojekte mit städtebaulichen Überlegungen heranzugehen. Wie Swoboda betonte, sei die „Z“ als Projektwerber äußerst aufgeschlossen und kooperativ in dieser Hinsicht. Wichtig für das Gesamtbild der Stadt ist die Gestaltung von Plätzen und Stadträumen.
- Eine hohe Dichte der Bebauung ist durchaus möglich, wenn ein optimaler Anschluß an den öffentlichen Verkehr gegeben ist.
- Gerade solche Projekte zeigen, daß in der Parkraumpolitik der Stadt differenzierter vorgegangen werden muß: Die Möglichkeit des Garagensetzes müssen dahingehend genützt werden, die Garagenverpflichtung flexibler zu handhaben, dabei müssen auch „Nullösungen“ (keine Anlage von zusätzlichen Parkplätzen) möglich sein.

Abschließend erklärte der Stadtrat, daß er die vorliegenden Empfehlungen des Gutachtens hundertprozentig unterstütze, wobei klarzustellen ist, daß es sich dabei um Idealvorstellungen handelt, die in Abstimmung mit wirtschaftlichen, verkehrlichen und den Interessen der Projektwerber Schritt für Schritt verwirklicht werden könnten. (Schluß) lf/gg

London - Wien zweimal die Woche: Neue Flugverbindung eingerichtet

Wien, 15.2. (RK-LOKAL) Seit 10. Februar fliegt die britische Fluggesellschaft Dan-Air zweimal wöchentlich von London Gatwick Wien an — mit Charterflügen der britischen Reiseveranstalter German Tourist Facilities und Austro Tours. Die Flüge erhöhen die Kapazität der Strecke London — Wien um 7.000 Flugsitze jährlich. Mit ihrem geringen Preis sind sie ebenso auf die Bedürfnisse von Wien-Kurzbesuchern abgestimmt wie die von beiden Reiseveranstaltern angebotenen preisgünstigen Arrangements.

Der Wiener Fremdenverkehrsverband hat die Gründung der neuen Charterkette unterstützt. Mit Einrichtung dieser preisgünstigen Flugverbindung hofft man, den Trend umzukehren, der Wien in den letzten Jahren am britischen Markt kein gutes Ergebnis gebracht hat: Trotz einer 20prozentigen allgemeinen Nächtigungssteigerung mußte Wien von 1983/84 auf 1987/88 bei den britischen Gästen einen Rückgang von 250.000 auf 180.000 Nächtigungen pro Jahr hinnehmen — ein Minus von 20 Prozent. Dieser Rückgang wurde nach Auffassung des WFVV durch die sehr preisgünstigen Charterflugangebote anderer Städtetourismus-Destinationen ex London mitverursacht. (Schluß) wfv/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 16. Februar 1989

Blatt 316

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

ÖVP: Sicherheitsprobleme in Wien (324)

Kommunal/Lokal:

Ehrenzeichen des Landes Wien (317)

Mistplatz beim Mistzelt auch am Sonntag geöffnet (318)

Erfolgreiche Bilanz der Familienhebammen (320/321)

Wiener Fremdenverkehr: Erfreulicher Saisonbeginn (322)

Bau zahlreicher neuer Gemeindebauten genehmigt (323)

Stützmauer in der Adolf Blamauer-Gasse fertiggestellt (325)

Bezirke:

Neuer Flächenwidmungsplan in Hernals (318)

Sitzungen von Bezirksvertretungen (322)

Kultur:

„Wahljahr 1919“ (319)

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen einer kleinen Feier überreichte gestern, Mittwoch nachmittag, der amtsführende Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal Dr. Hannes SWOBODA das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien an Polizeioberrat Dr. Rudolf SPANBLÖCHL und an den Präsidenten des Verbandes österreichischer Kriminaljournalisten, Redakteur Hans PARZER, sowie das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an die Amtsdirektoren Regierungsrat Otto KALINA und Regierungsrat Othmar SCHROMM. Die Geehrten hatten sich insbesondere um das gute Verhältnis zwischen den Sicherheitsbehörden und der Bevölkerung verdient gemacht. (Schluß)
lf/bs

Neuer Flächenwidmungsplan in Hernalers

Wien, 16.2. (RK-BEZIRKE) Für ein rund elf Hektar großes Viertel von Hernalers im Bereich des Gürtels wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan (Plan Nr. 6054) sowie eine Schutzzone ausgearbeitet. Das Plangebiet zwischen Jörgerstraße, Hernalser Gürtel, Friedmanngasse, Veronikagasse, Ottakringer Straße und Palffygassee, wurde erstmals in der Gründerzeit bebaut. Das Viertel hat 2.850 Einwohner sowie rund 190 Betriebe mit 900 Beschäftigten.

Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: die Reduzierung der baulichen Ausnützbarkeit gegenüber den bisherigen Festsetzungen zur Verbesserung der Wohnqualität; die widmungsmäßige Vorsorge für Gewerbe- und Handelsbetriebe sowie für die Erweiterung von Grünflächen in Höfen; die Erhaltung des charakteristischen Erscheinungsbildes durch bestandsorientierte Festlegung des Baulinienverlaufes und differenzierte Festsetzungen der Gebäudehöhen sowie durch Ausweisung einer Schutzzone im Bereich Jörgerstraße/Hernalser Hauptstraße.

Der Entwurf liegt bis 16. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/rr

Mistplatz beim Mistzelt auch am Sonntag geöffnet

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Ein neues Service für alle, die sogar am Sonntag ihren Müll loswerden wollen, bietet die MA 48: Bereits ab 19. Februar hat der Mistplatz beim Mistzelt, dem ehemaligen Rinterzelt, zusätzlich auch am Sonntag von 7 bis 19 Uhr mit Aufsichtspersonal geöffnet.

Die Wiener Mistplätze sind Montag bis Samstag jeweils von 7 bis 19 Uhr geöffnet. Man kann dort Müll — von Altstoffen über Problemstoffe bis zu Sperrmüll — in der Größenordnung eines Kofferraumes kostenlos abgeben. (Schluß) du/rr

„Wahljahr 1919“

Ausstellung der Stadt- und Landesbibliothek

Wien, 16.2. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek zeigt bis 30. Juni die Ausstellung „Wahljahr 1919“. Mit der Schau wird daran erinnert, daß vor genau 70 Jahren — bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung — die Frauen erstmals ihr 1918 erlangtes Wahlrecht ausüben konnten. Am 4. Mai 1919 fanden dann in Wien die ersten Gemeinderatswahlen nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes statt. Dabei erlangten die Sozialdemokraten erstmals die Mehrheit im Wiener Rathaus. Diese beiden — zum Teil turbulenten — Wahlkämpfe werden in Form von Plakaten, Flugblättern, Fotos und Zeitungen dokumentiert.

Die Ausstellung wird auf dem Gang vor der Bibliothek (Rathaus, Stiege 4, 1. Stock, Zimmer 333) von Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr und Freitag von 8 bis 16 Uhr gezeigt (Samstag, Sonn- und Feiertag geschlossen). Ein Katalog ist gratis erhältlich. (Schluß) gab/bs

Erfolgreiche Bilanz der Familienhebammen

Mangelhafte Geburtsvorbereitung, Säuglingssterblichkeit gesunken

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Erfolgreiche Bilanz über die bisherige Tätigkeit der sogenannten „Familienhebammen“ zog Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen seiner „Gesundheitspolitischen Presserunde“. Seit dem Einsatz der ersten Familienhebamme im Jahr 1986 wurden bis Ende 1988 insgesamt 3.000 schwangere Frauen erfolgreich betreut. Aufgrund des regen Interesses wird diese Aktion nunmehr, laut Stacher, ausgeweitet werden. Darüber hinaus berichtete der Gesundheitsstadtrat auch über die zum Teil alarmierenden Ergebnisse einer vom Gesundheitsamt im Vorjahr bei jungen Müttern durchgeführten Umfrage über deren Geburtsvorbereitung. Dabei gaben nämlich 83 Prozent (!) der Frauen ohne Schulabschluß — im Gegensatz zu jenen mit Schulabschluß und höherer Schulbildung — an, die Geburt ihres Kindes ohne Vorbereitung erwartet zu haben. Was die Säuglingssterblichkeit betrifft, so ist diese in Wien nicht zuletzt aufgrund der verschiedensten Betreuungsmaßnahmen im vergangenen Jahr erfreulicherweise von 11,6 auf 9,2 Promille gesunken.

Neuer Stützpunkt im 15. Bezirk

Zu den Aufgaben der Familienhebammen gehört neben der Ergänzung der Arbeit der Gynäkologen und Spitalsambulanzen vor allem die psychische Betreuung von schwangeren Frauen — auch für die oder deren Kinder Schwangerschaft und Entbindung ein Risiko bilden könnten. Waren es 1986 428, betreuten die Familienhebammen im Vorjahr bereits 1.240 Schwangere, wobei sie 1.145 Hausbesuche absolvierten. Seit Anfang dieses Jahres werden seitens des Gesundheitsamtes insgesamt neun Familienhebammen eingesetzt, die in ihren Stützpunkten im 10. Bezirk, Gellertgasse 42-48 (Telefon 627 26 98) und 20., Dresdner Straße 73 (Telefon 35 66 11/Klappe 590) erreichbar sind. Ergänzend dazu wird bereits in Kürze ein dritter Stützpunkt im 15. Bezirk, in der Geyschlägergasse 2-12, zur Verfügung stehen.

Information, Beratung und Hausbesuche

Leider zeigt es sich, wie Stacher erklärte, sehr oft, daß viele Frauen, was Schwangerschaft und Geburt betrifft, zu-wenig Kenntnisse besitzen bzw. notwendige ärztliche Kontrollen nicht wichtig genug nehmen. Die Familienhebamme bietet hier unter anderem die Möglichkeit zu persönlichen und ungestörten Aussprachen bzw. besucht sie mit den werdenden Müttern gemeinsam den Kreissaal ihres Entbindungsspitals. In den Stützpunkten werden außerdem Geburtsvorbereitungs- und Babypflegekurse angeboten. Schwangerengymnastik und Atemübungen, für eine möglichst schmerzfreie Geburt, zählen zu den weiteren Angeboten. Bei Risikoschwangerschaften besuchen die Familienhebammen aber auch die Frauen zu Hause, um ihren Blutdruck zu messen, Harnkontrollen durchzuführen und die Herztöne des Kindes zu kontrollieren. Damit kann in kritischen Phasen rasch reagiert werden. Nach der Entbindung gibt es in den Stützpunkten sogenannte „Babytreffs“ — eine Möglichkeit des Erfahrungsaustausches mit anderen Müttern.

„Spitalseinsatz“ der Familienhebammen

Laut Dr. Helene KAPAUN vom Gesundheitsamt der Stadt Wien, werden die Familienhebammen in den nächsten Wochen die Schwangerenambulanzen zunächst in der Krankenanstalt Rudolfstiftung und in weiterer Folge in der Semmelweis Frauenklinik in ihren Aufgabenbereich einbeziehen. Dabei wird die Familienhebamme mit jeder Schwangeren im Rahmen der Erstuntersuchung ein informatives Gespräch führen und diese über die

Notwendigkeit der geburtsvorbereitenden Maßnahmen informieren. Damit sollen vor allem sozial Schwache oder Risikoschwangere stärker als bisher betreut werden. Darüber hinaus ist aber auch vorgesehen, den niedergelassenen Fachärzten im Einzugsbereich dieser beiden Spitäler diese zusätzliche Möglichkeit anzubieten.

Umfrage über Geburtsvorbereitung

Besorgt zeigte sich Frau Dr. Kapaun über die Ergebnisse einer Umfrage des vergangenen Jahres, in deren Rahmen junge Mütter über ihre Schwangerschaftsbetreuung bzw. Geburtsvorbereitung befragt wurden. Von insgesamt 120 ausgegebenen Fragebögen wurden 107 beantwortet. Die gestellten Fragen umfaßten unter anderem die individuelle Vorbereitung auf die Entbindung und das Kind, die Beurteilung der Betreuung während der Schwangerschaft und die Entbindung bzw. die Bereitschaft, von den vorhandenen Einrichtungen der Stadt Wien Gebrauch zu machen. Dabei zeigte sich, daß sich die meisten Mütter sowohl mit Hauptschul- oder Berufsschulabschluß, als auch mit Matura und Hochschulstudium durch Bücher vorbereitet hatten. Die Elternschule wurde von 45 Prozent mit Fachschulabschluß, Matura oder Hochschulstudium, jedoch nur von 21 Prozent der Mütter mit Hauptschul- und Berufsschulabschluß besucht. Ähnlich verhielt es sich bei der Frage nach der Teilnahme an einem Schwangerschaftsgymnastikkurs. Alarmierend war allerdings die Tatsache, daß 83 Prozent (!) der Frauen ohne Schulabschluß ihr Kind ohne jegliche Vorbereitung zur Welt brachten. Bei den Frauen mit Hauptschul- oder Berufsschulabschluß waren es fast 30 Prozent, hingegen nur 9 Prozent jener mit Fachschule, Matura oder Hochschule.

5.500 Risikokinder untersucht

Univ.-Prof. Dr. Stacher wies bei dieser Gelegenheit auch auf das seit dem Jahr 1979 bestehende „Wiener Risikokinderprogramm“ hin. In Wien kommen jährlich rund 14.500 Kinder zur Welt. Bei etwa 10 bis 15 Prozent ist eine besonders intensive ärztliche Betreuung notwendig, da Schwangerschaft und Geburt mit Risiken verbunden waren. Im Rahmen des Risikokinderprogrammes werden alle Risikokinder, die nicht an einer Kinderabteilung in Beobachtung stehen, im 4., 7. und 17. Lebensmonat und seit kurzem auch mit dreieinhalb und viereinhalb Jahren vom Gesundheitsamt zu speziellen Tests und entwicklungsdiagnostischen Untersuchungen eingeladen. Dazu stehen zwei spezielle Ambulanzen im 10. Bezirk, Gellertgasse 42-48, und im 18. Bezirk, Währinger Gürtel 141, zur Verfügung. Von 1979 bis Ende 1988 wurden dabei insgesamt 5.495 Risikokinder untersucht, wovon 1.608 (das sind 29 Prozent) auffällig waren. Im vergangenen Jahr wurden 1.323 Kinder zur Untersuchung eingeladen, wovon allerdings bedauerlicherweise nur 749 dieser Einladung gefolgt sind. Von diesen 749 Risikokindern waren 234 (das sind 31 Prozent) leicht bis schwer auffällig. (Schluß) zi/rr/gg

Forts. von Blatt 320

Wiener Fremdenverkehr: Erfreulicher Saisonbeginn

Wien, 16.2. (RK-LOKAL) Erfreulich entwickelten sich Wiens Gästenächtigungen im ersten Quartal des Fremdenverkehrsjahres 1988/89: Von November 1988 bis Jänner 1989 wurden rund 997.000 Übernachtungen verzeichnet — elf Prozent mehr als im ersten Viertel des Fremdenverkehrsjahres 1987/88. Der stärkste Zuwachs mit + 23 Prozent entfiel auf die Drei-Stern-Hotellerie. In der Nationenwertung entwickelten sich Italien und das Inland ausgesprochen gut, besonders erfreulich ist der siebenprozentige Nächtigungszuwachs aus den USA. Ungarn hingegen war stark rückläufig. Durch die positive Entwicklung ist auch die Auslastung der Betriebe um 1,5 Prozent auf 35,9 Prozent gestiegen. Im Jänner 1989 konnte Wien insgesamt 258.000 Übernachtungen verzeichnen (+ 4 Prozent), davon 204.000 von ausländischen Gästen. (Schluß) wfv/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 16.2. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

- Leopoldstadt: Dienstag, 21.2., 16 Uhr, BV 2, Karmelitergasse 9
- Hietzing: Mittwoch, 22.2., 18 Uhr, BV 13, Hietzinger Kai 1-3
- Floridsdorf: Dienstag, 28.2., 15 Uhr, BV 21, Am Spitz 1.

(Schluß) end/gg

Bau zahlreicher neuer Gemeindebauten genehmigt

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung beschloß in seiner Sitzung am Donnerstag den Bau zahlreicher neuer Gemeindewohnhäuser.

So sollen im 2. Wiener Gemeindebezirk, im Stadterneuerungsgebiet Karmeliterviertel, gleich fünf neue Gemeindebauten errichtet werden. Die geplanten Projekte:

- 2, Malzgasse 1/Miesbachgasse 2 (Arch. Atelier 4),
- 2, Im Werd 15 (Arch. Atelier 4),
- 2, Untere Augartenstraße 23/Haasgasse 12 (Arch. Beier),
- 2, Große Schiffgasse 32 (Arch. Gieselmann) und
- 2, Leopoldsgasse 24/Im Werd 8 (Arch. Gebhart/Zauchenberger).

Die Wohnhäuser sollen bis 1991 fertiggestellt werden und insgesamt 108 Wohnungen umfassen. Die Kosten der Errichtung sollen rund 140,35 Millionen Schilling betragen.

Der Gemeinderatsausschuß genehmigte ferner den Bau von Gemeindewohnhäusern in

- 3, Haidingergasse 24 (Arch. Moser, 23 Wohnungen)
- 16, Thaliastraße 164/Maroltingergasse (Arch. Nehrer/Medek, 40 Wohnungen) und
- 10, Wienerberggründe (2. Bauteil, Arch. Matha/Lamprecht-Muchar/Wimmer, 192 Wohnungen).

Die Gesamtkosten für diese drei Projekte werden 368,08 Millionen Schilling betragen.

Wohnbauförderungsgesetz genehmigt

Der Gemeinderatsausschuß genehmigte schließlich auch den Entwurf für das neue Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz (WWFSG 1989), das nunmehr zur Beschlußfassung an den Wiener Landtag weitergeleitet wird. (Schluß) ah/gg

ÖVP: Sicherheitsprobleme in Wien

Wien, 16.2. (RK-POLITIK) Die Wiener Volkspartei sprach am Donnerstag in einem Pressegespräch von großen Problemen der inneren Sicherheit in der Bundeshauptstadt. Stadtrat Dr. Erhard BUSEK meinte im Zusammenhang mit den Ausschreitungen bei der Opernballdemonstration, daß Bürgermeister Dr. Helmut ZILK die politische Verantwortung trage, weil durch seine Intervention der Polizeieinsatz zu lange verzögert worden sei. Busek und Landtagsabgeordneter Anton FÜRST sprachen von einer unzulänglichen Ausrüstung der Polizei und verlangten geeignete Wasserwerfer und eine bessere Ausrüstung der Mannschaften. Die ÖVP tritt weiters für eine absolute Trennung von sicherheitspolizeilichen Maßnahmen und Zivilschutz-Einsätzen der Feuerwehr und der Rettung ein.

Landtagsabgeordnete Maria RAUCH-KALLAT verlangte angesichts der tragischen Mordfälle in Favoriten den verstärkten Einsatz von weiblichen Kriminalbeamten, Selbstverteidigungskurse an Schulen und einen verstärkten Streifendienst der Polizei, auch einer berittenen Polizei in großen Parkanlagen, wie Donauinsel, Prater, Lainzer Tiergarten. Die U-Bahnen und U-Bahnstationen sollten ebenfalls stärker bewacht werden. Rauch-Kallat forderte außerdem Alarmknöpfe in U-Bahnen und eine wirksame Kameraüberwachung in den Waggons. (Schluß) fk/bs

Stützmauer in der Adolf-Blamauer-Gasse fertiggestellt

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Der Neubau der Stützmauer im 3. Bezirk in der Adolf-Blamauer-Gasse, dessen Kosten bei fast vier Millionen Schilling lagen, wurde kürzlich fertiggestellt. Der Ausbau des entlang der Schnellbahntrasse verlaufenden Straßenzuges und eine neue Verkehrsorganisation, nämlich das Anlegen einer eigenen Rechtsabbiegespur zum Landstraßer Gürtel hin, hatten die Neuerrichtung einer 64 Meter langen und vier Meter hohen Stützmauer erforderlich gemacht.

Die wegen der Bauarbeiten eingeführte Verkehrsbeschränkung in der Adolf-Blamauer-Gasse, und zwar die Einbahnführung stadtauswärts, wird noch bis zum Abschluß der Straßenbauarbeiten im Sommer dieses Jahres aufrecht bleiben. (Schluß) pz/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 17. Februar 1989

Blatt 326

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Schirmer: EG darf keine Lockerung österreichischer Lebensmittelbestimmungen bringen (327)
- Terminvorschau vom 20. Februar bis 2. März (328)
- Forstliche Maßnahmen im Hörndlwald (331)
- „35A“ besser an Schnellbahn angeschlossen (331)
- Neue Gruppenleiter in der Baudirektion (332)
- Envirotech: Umweltmesse in Wien

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan in Hietzing (330)
- Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund (330)
- Sitzung der Bezirksvertretung Neubau (330)

Kultur:

- Fünf Millionen für Wiener Kleinbühnen (329)

Schirmer: EG darf keine Lockerung österreichischer Lebensmittelbestimmungen bringen

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) „Österreich hat auf dem Sektor Konsumentenschutz und speziell Lebensmittelrecht sicherlich die strengsten und den Konsumenten am besten schützenden Bestimmungen. Selbstverständlich würden diese Gesetze auch bei einem EG-Beitritt für Österreich und die inländischen Produkte weiter beibehalten werden. Es ist jedoch leider nicht auszuschließen, daß im Falle eines EG-Beitritts den strengen österreichischen Vorschriften stärkerer Widerstand durch österreichische Produzenten entgegengebracht würde.“ Das erklärte die Wiener Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Wie Schirmer sagte, könnten hiesige Produzenten minderwertiger ausländischer Billigware dann vielleicht keine für den Verbraucher überschaubaren Informationen entgegensetzen. „Es müßten Produkte aus EG-Ländern hereingelassen werden, ohne daß wir verlangen können, daß die strengen österreichischen Gesetze und Richtlinien auch auf diese Erzeugnisse anzuwenden sind“, betonte die Konsumentenstadträtin. Damit sei aber auch die Gefahr gegeben, daß der Ruf nach einer Lockerung der guten österreichischen Gesetze erfolge. „Wir werden jedoch, sollte es dazu kommen, diesem Teil des Konsumentenschutzes ganz spezielle Aufmerksamkeit widmen“, schloß Schirmer. (Schluß) du/gg

Terminvorschau vom 20. Februar bis 2. März

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 20. Februar bis 2. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 20. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 21. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Prof. Wolfgang HUTTER (Arb.-Zi, Bgm.)

MITTWOCH, 22. FEBRUAR:

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Pasterk, „Töne und Gegentöne“ (Secession, 1, Friedrichstraße 12)

DONNERSTAG, 23. FEBRUAR:

19.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Pasterk „Viennale 89“

FREITAG, 24. FEBRUAR:

9.00 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat

MONTAG, 27. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Feier des 40jährigen Dienstjubiläums städtischer Bediensteter, Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Pasterk „Literatur im März“

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Hofrat Mag. Otto MARINGER sowie an die Oberschulräte Johann MANDL und Josef MEHOFER (Steinerner Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 28. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

19.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding „25 Jahre Donauturm“ (Donauturm)

MITTWOCH, 1. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressekonferenz und Ausstellungseröffnung durch StR. Swoboda „Gaudenzdorfer Knoten“ (bei der U-Bahn-Station Margareten-
gürtel)

DONNERSTAG, 2. MÄRZ:

10.00 Uhr, Überreichung von Einsatzmedaillen durch StR. Swoboda an Hauptmann Karl WAMMERL, Bezirksinspektor Hans WURZER, die Revierinspektoren Helmut POGLITSCH und Richard SCHÜTTNER, die Inspektoren Ernst HIRSCH, Josef KAPPELLER und Christoph KLETTKE (Steinerner Saal, Rathaus)
(Schluß) red/gal

Fünf Millionen für Wiener Kleinbühnen

Wien, 17.2. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß, für die Förderung der Wiener Kleinbühnen einen Betrag von fünf Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. Die Förderungssumme liegt damit um 900.000 Schilling über der Kleinbühnenförderung des Jahres 1988.

Insgesamt werden 13 Kleinbühnen subventioniert. Die Erhöhung der Gesamtförderungssumme ermöglicht generell eine bessere Dotierung der Kleinbühnen und ein verstärktes Eingehen auf die finanziellen Bedürfnisse der einzelnen Theater. (Schluß) gab/rr

Neuer Flächenwidmungsplan In Hietzing

Wien, 17.2. (RK-BEZIRKE) Für den Bezirksteil Speising im 13. Bezirk wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan (Plan Nr. 6097) ausgearbeitet. Das Plangebiet zwischen Speisinger Straße, Gallgasse und Riedelgasse ist überwiegend stark durchgrüntes Wohngebiet mit teilweise sehr hohem Wohnwert. Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: die Sicherung des erhaltenswerten Stadtbildes, der charakteristischen Straßenräume und von Flächen für öffentliche Einrichtungen; die Festsetzung unterschiedlicher Gebäudehöhen zur Erhaltung des charakteristischen Erscheinungsbildes; die Erhaltung der räumlich zusammenhängenden Hausgärten; die Sicherung von Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung und für die erholungssuchende Bevölkerung.

Der Entwurf liegt bis 16. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund

Wien, 17.2. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretung Alsergrund tritt am Mittwoch, dem 22. Februar, um 18.30 Uhr, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht u.a. eine Debatte über die „Absicht der Stadt Wien, für die aus der Aegidigasse abgesiedelten Jugendlichen ein Haus im 9. Bezirk zur Verfügung zu stellen.“

Die Sitzung findet im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 9, Währinger Straße 43, statt. (Schluß) end/rr

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau

Wien, 17.2. (RK-BEZIRKE) Dienstag, den 21. Februar, findet um 16 Uhr im Amtshaus, 7, Hermannsgasse 24-26, eine Sitzung der Bezirksvertretung Neubau statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Überschreitungsanträge zum Bezirksbudget 1988 und die Genehmigung von Budgetmitteln für die Instandhaltung der Straßen im 7. Bezirk. (Schluß) end/gg

Forstliche Maßnahmen im Hörndlwald

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Der Hörndlwald, im Vorfeld des Lainzer Tiergartens, wurde vor 16 Jahren zum Naturdenkmal erklärt. Sein Eichenbestand muß in seiner spezifischen Art erhalten werden. Leider ist ein Teil der Bäume aufgrund des hohen Alters, durch Umweltschäden und durch Schmarotzer, wie die Eichenmisteln, stark beeinträchtigt. Das Wiener Forstamt muß daher geeignete Maßnahmen zur Erneuerung des Baumbestandes durchführen.

Gemäß einem vom Institut für Waldbau der Universität für Bodenkultur Wien in Absprache mit der MA 22-Umweltschutz erstellten waldbaulichen Gutachten, wird der Hörndlwald von Forstleuten im Durchforstungsweg gepflegt und schrittweise verjüngt. Dabei ist es notwendig, abgestorbene bzw. absterbende, aber auch gesunde Eichen aus dem Bestand zu nehmen, um die Naturverjüngung der Eichen durch zuviel Schatten nicht hintanzuhalten. Schließlich ist die Eiche eine lichtliebende Baumart. Jährlich müssen zwischen 100 und 150 Eichen, auf die gesamte Fläche verteilt, entnommen werden. Der ganze Hörndlwald hat einen Bestand von rund 9.000 Bäumen. In einem Zeitraum von ca. 50 bis 60 Jahren kann so der Hörndlwald erneuert werden. Es sind auch in dieser Zeit die älteren Verjüngungen bereits wieder bestandsbildend.

Um den den Landschaftscharakter prägenden Eichen-Altbestand des Waldes in seiner genetischen Vielfalt möglichst lange erhalten zu können, wird der ganze Hörndlwald auch entmistelt. Spezialisierte „Mistelschneider“ befreien die Bäume von ihren Schmarotzern. Die bereits sanierten Eichen werden mit roten Bändern gekennzeichnet, während die Bäume, die noch entmistelt werden müssen, mit roten Kreuzen gekennzeichnet werden.

Weiters wird vom Institut für Forstökologie der Universität für Bodenkultur auf Versuchsflächen untersucht, inwieweit die Ausbringung eines Bodenaktivators die Vitalität des Eichenbestandes verbessert. Mit den forstlichen Maßnahmen wird um den 20. Februar begonnen, bis ca. Mitte März werden die Arbeiten abgeschlossen sein. (Schluß) du/bs

„35 A“ besser an Schnellbahn angeschlossen

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Ab Montag, den 20. Februar, wird der Betriebsbeginn der Linie „35 A“ ab Salmannsdorf von 5.04 Uhr auf 5 Uhr vorgelegt. Durch diese Maßnahme wird der Anschluß an die Schnellbahnlinie „S 45“, die Stadtbahn, sowie an die Linie „38“ verbessert. (Schluß) roh/gg

Neue Gruppenleiter in der Baudirektion

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Zwei wichtige Posten in der Magistratsdirektion-Baudirektion wurden neu besetzt. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte am Freitag den neuen Gruppenleitern für Umwelttechnik und technische Betriebe, Senatsrat Dipl.-Ing. Peter BORTENSCHLAGER, sowie für Tiefbau und Verkehr, Senatsrat Dipl.-Ing. Gerhard MAGER, die Beststellungsdekrete.

Bortenschlager, bisher Chef der MA 30 (Kanalisation), folgte damit Ober-senatsrat Dipl.-Ing. Kurt SCHWALLER, der in den Ruhestand getreten ist. Mager hatte die Gruppe Tiefbau und Verkehr bereits seit eineinhalb Jahren neben seiner Tätigkeit als Leiter der MA 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) interimistisch geführt und wurde nun definitiv bestellt. Im einzelnen umfaßt der Wirkungsbereich der neuen Gruppenleiter folgende Magistratsabteilungen:

Umwelttechnik und technische Betriebe

- MA 30 (Kanalisation)
- MA 31 (Wasserwerke)
- MA 42 (Stadtgartenamt)
- MA 43 (Städtische Friedhöfe)
- MA 44 (Bäder)
- MA 45 (Wasserbau)
- MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark)
- MA 49 (Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien)

Tiefbau und Verkehr

- MA 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau)
 - MA 29 (Brückenbau und Grundbau)
 - MA 33 (Öffentliche Beleuchtung)
 - MA 38 (U-Bahn-Bau)
 - MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten)
- (Schluß) ger/rr

Envirotech: Umweltmesse in Wien

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Die „envirotech vienna 1989“, eine internationale Fachausstellung für Umweltschutz-Technologie, findet vom 20. bis 23. Februar in der Wiener Hofburg statt. Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL hat den Ehrenschatz übernommen. Die „envirotech“ ist gekoppelt mit einem internationalen Kongreß, der im Kongreßzentrum Hofburg abgehalten wird. Kongreß und Messe gehen auf die Initiative der Internationalen Gesellschaft für Umweltschutz — I.G.U. zurück. Thema der Veranstaltungen sind Umwelttechnologien auf dem neuesten Forschungsstand. Präsentiert werden die neuesten Entwicklungen von Anlagen und Komponenten für die Umweltschutztechnik im Sinne der gemeinsamen Interessen von Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltschutz. Über 60 Aussteller aus Österreich und anderen europäischen Ländern zeigen Produkte aus den Bereichen Luftreinhaltung, Labor, chemische Anlagen, Abwasserreinigung, Abfallentsorgung, Sonderabfall, Altlasten und EDV-Systeme im Umweltschutz und in der öffentlichen Verwaltung.

Die Messe ist Montag bis Donnerstag von 9 bis 18 Uhr geöffnet. (Schluß)
du/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Siege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Siege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 20. Februar 1989

Blatt 334

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- „Werner Jäger, Vorträge und Aufsätze 1949-1988 (335/FS: 18.2.)
- 75. Geburtstag von Stadtrat a. D. Böck (336/FS: 19.2.)
- Umfangreiche Sanierungsmaßnahmen der Gemeinde genehmigt (337)
- Kinder erobern ein Museum (338)
- Mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Freizeitmesse (339)
- Stacher überreichte Diplome an 59 Krankenschwestern und -pfleger (340)
- ÖVP: Mängel bei Hauskrankenpflege und Pflegepersonal in Wien (341)
- Brand in Chinarestaurant (nur FS/19.2.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

„Werner Jäger, Vorträge und Aufsätze 1949-1988“

Bereits am 18. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Prof. Ing. Werner JÄGER ist seit mehr als 50 Jahren Raumplaner. Gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. Fritz KASTNER baute er ab 1951 das Österreichische Institut für Raumplanung (ÖIR) auf und war bis Ende 1977 größtenteils gemeinsam mit Kastner dessen Leiter. Seither ist er wieder freischaffend tätig. Jäger arbeitete in vielen Bereichen der Raumplanung für ganz Österreich, fallweise auch für Nachbarländer. Fünfzig Beispiele für seine Arbeiten wurden in den Sammelband aufgenommen und spiegeln die Vielfalt seines Wirkens.

Sowohl Wien als auch Niederösterreich fühlen sich Werner Jäger verpflichtet, haben doch seine Aktivitäten und Ideen durch Jahrzehnte die Entwicklung Ostösterreichs in hohem Maße beeinflusst. Einigen schon vor vielen Jahren ausgesprochenen Gedanken kommt heute noch Aktualität zu. So zum Beispiel:

- Seit eine die Entwicklung Österreichs und seiner Regionen betreffenden Überlegungen aus den Jahren 1958 und 1964 zur Integration Europas
- Seine Ziele für die Entwicklung Wiens als dezentraler Stadtkörper und als anpassungsfähige Stadt
- Seine seit 1957 erfolgten Veröffentlichungen zur Problematik einer eigenen Landeshauptstadt für Niederösterreich. Gedanken, die Jäger durch Jahrzehnte vertrat und die Spätwirkungen hatten.
- Seine Hauptsorge galt den peripheren ländlichen Räumen, deren Niedergang ihn bedrückt. Er kämpft deshalb seit Jahrzehnten für eine mehr dezentrale Entwicklung des Staatsgebietes.
- Seinen Grundauffassungen entsprechend (er kann als früher Grüner gelten), haben viele seiner Aktivitäten vor allem in der Anfangszeit die Erhaltung und Pflege der Natur zum Ziel.

Das Buch, insgesamt 427 Seiten stark, kann durch die Fachbuchhandlung Georg Prachner, 1010 Wien, Kärntner Straße 30, zum Preis von 320 Schilling bezogen werden. (Schluß) red/rr

75. Geburtstag von Stadtrat a. D. Böck

Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Hans Böck wurde am 22. Februar 1914 in Wien geboren.

Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule erlernte er den Beruf eines Maurers und war in dieser Sparte von 1932 bis 1939 tätig. Schon 1929 war Hans Böck dem Österreichischen Gewerkschaftsbund beigetreten und war in dessen Diensten in verschiedenen Funktionen tätig. Nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war er Mitglied der illegalen Gewerkschaft Bau-Holz in Wien, bis er 1940 zum Kriegsdienst eingezogen wurde.

Nach dem Kriegsende arbeitete er ab 1946 als Angestellter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter und übernahm in der Folge die Funktion eines Sekretärs. 1952 erfolgte seine Berufung zum stellvertretenden Generalsekretär, 1956 zum Generalsekretär, 1967 zum geschäftsführenden Vorsitzenden sowie im selben Jahr zum Vorsitzenden dieser Institution. Ebenfalls seit 1967 nahm Hans Böck auch die Funktion eines Vizepräsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ein. Er war Mitglied des Bezirksvorstandes und Bezirksausschusses der SPÖ-Bezirksorganisation Hernals und seit 1972 Mitglied des Bundesparteivorstandes der SPÖ. Von 1966 bis 1976 war er Abgeordneter zum Bundesrat. Im kommunalen Bereich wirkte Böck von 1976 bis 1979 als amtsführender Stadtrat für Bauten.

Seine vielseitige Tätigkeit wurde mehrfach gewürdigt, so durch die Verleihung der Johann-Böhm-Plakette, der Viktor-Adler-Plakette und des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich. Im April 1980 wurde er zum Bürger der Stadt Wien ernannt. (Schluß)
red/gg

Bereits am 19. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Umfangreiche Sanierungsmaßnahmen der Gemeinde genehmigt

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung genehmigte in seiner letzten Sitzung umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an alten Gemeindewohnhäusern.

George-Washington-Hof

So wurde einstimmig die Generalsanierung des George-Washington-Hofes mit geschätzten Gesamtkosten von 348,95 Millionen Schilling genehmigt. Die Baurate für 1989 soll 108,8 Millionen Schilling betragen.

Gründerzeithäuser in Ottakring

Ebenfalls beschlossen wurde die Sanierung von vier denkmalgeschützten Gründerzeithäusern in Wien 16, Thalheimergasse 33-39.

Die Sanierung wurde unter intensiver Beteiligung der Bewohner vorbereitet. Der Zustand der Wohnungen sowie die Wünsche und die sozialen und finanziellen Verhältnisse der Mieter wurden genau erhoben. Derzeit befinden sich 111 Wohnungen (88 Prozent davon Substandard, mehr als 30 stehen leer) sowie 25 Magazine und Werkstätten in den Häusern. Im Zuge der Sanierung sollen die Dächer, Fassaden, Fenster, Türen, Anstriche, Gas-, Wasser- und Elektroleitungen erneuert werden. In etwa der Hälfte der Wohnungen werden auf Mieterwunsch Heizungen, Bäder und WCserichtet. Die Häuser sollen an die Fernwärme angeschlossen, die Innenhöfe begrünt und auch mehrere Wohnungen zusammengelegt werden, sodaß nach der Sanierung 80 Wohnungen (die Hälfte davon Kategorie A oder B) bestehen werden. Die Mieten sollen auf maximal 35 Schilling pro Quadratmeter monatlich ansteigen, wobei die Möglichkeit besteht, Wohnbeihilfe in Anspruch zu nehmen. Die Gesamtkosten der Sanierung sollen 62,335 Millionen Schilling betragen. (Schluß) ah/gg



Gründerzeithäuser, 16. Thalheimergasse 33-39

Kinder erobern ein Museum

Seit 20 Jahren „Malen im Museum“

Wien, 20.2. (RK-LOKAL) Seit zwanzig Jahren erleben Wiener Kinder alle zwei Wochen das Museum als einen Ort der Aktivitäten und Attraktionen. Entstanden ist die Aktion „Malen im Museum“, die zuerst im Museum des 20. Jahrhunderts und nun schon seit Jahren im Museum Moderner Kunst, 9, Palais Liechtenstein, stattfindet, aus dem Versuch, Kindern das Angebot des Museums auf spielerische und dem Alter angepaßte Weise zugänglich und interessant zu machen. Der Schwerpunkt von „Malen im Museum“, das im 1. Halbjahr 1989 am 26. Februar, 12. März, 7. Mai und 21. Mai jeweils von 10 bis 12.30 Uhr stattfindet, liegt auf dem Erleben von Kunstwerken und dem eigenen Gestalten. Eintritt in das Museum Moderner Kunst ist für Kinder und Begleitpersonen frei, wer kreativ sein möchte, leistet einen Materialkostenbeitrag von 20 Schilling. (Schluß) jel/gg

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Freizeitmesse

Eigene Messelinie

Wien, 20.2. (RK-LOKAL) In der Zeit vom 21. bis 26. Februar verkehren während der Öffnungszeiten der Wiener Freizeitmessen folgende Linien zum Messegelände im Prater: die Linie „N“ vom Schwedenplatz bis Prater-Hauptallee (Messegelände Südportal), die Linien „21“ und „81“ vom Praterstern zum Messegelände Westportal und die Linien „10A“ und „11A“ zum Elderschplatz (Messegelände Nordportal).

Die Autobuslinie „82 A“ verkehrt als Messelinie zwischen Praterstern und Messe Südportal. Damit eine Anbindung an die Straßenbahnlinie „N“ gewährleistet ist, wird in beiden Fahrtrichtungen in der Kaiserallee vor beziehungsweise nach der Hauptallee eine Haltestelle eingehalten.

Diese Messelinie wird in der Zeit zwischen 8.30 und 18.35 Uhr in einem 15-Minuten-Intervall im VOR-Tarif geführt. (Schluß) roh/gg

Stacher überreichte Diplome an 59 Krankenschwestern und -pfleger

2.222 Ausbildungsplätze in Wien

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Montag vormittag im Wiener Rathaus Krankenpflegediplome an 48 Schwestern und elf Pfleger, die soeben ihre Ausbildung an den Krankenpflegesschulen im Franz-Josef-Spital und im Pulmologischen Zentrum erfolgreich abgeschlossen haben. 16 Schwestern und drei Pfleger absolvierten die Ausbildung mit ausgezeichnetem Erfolg. Die 59 neuen Diplomschwestern und -pfleger sind die ersten, die die Krankenpflegesschulen im Frühjahr verlassen. Vor drei Jahren war an diesen beiden Schulen der gestaffelte Schulbeginn eingeführt worden, damit nicht alle Absolventen der städtischen Krankenpflegesschulen zum gleichen Zeitpunkt — im Herbst — ihren Dienst antreten. Das ermöglicht eine gleichmäßigere Versorgung der Krankenhäuser mit Pflegepersonal.

Der nach wie vor bestehende Mangel an Pflegepersonal ist, wie Stadtrat Stacher betonte, auf die sozialen Errungenschaften zurückzuführen: Verkürzung der Arbeitszeit, längerer Urlaub, Pflegeurlaub usw. Dazu kam der Ausfall der konfessionellen Schwestern. Schließlich brachte auch die beträchtliche Verkürzung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Patienten in den Wiener städtischen Spitälern einen erhöhten Arbeitsaufwand und damit einen höheren Personalbedarf mit sich.

Pflegepersonal: Zahl der Ausbildungsplätze erhöht

Um dem Mangel an Pflegepersonal entgegenzuwirken, wurde in den vergangenen Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze in den Wiener städtischen Krankenpflegesschulen ständig erhöht. Im Jahr 1973 hat es lediglich 560 Schulplätze gegeben, heute sind es 2.222. Außerdem sind die Möglichkeiten vermehrt worden, das Krankenpflegediplom im 2. Bildungsweg zu erwerben. Auf diese Weise werden derzeit 136 Stationsgehilfinnen und -gehilfen ausgebildet.

in Wien erhalten, so der Gesundheitsstadtrat, pro Jahr rund 500 Schwestern und Pfleger ihre Diplome. Mehr als 25 Prozent der Ausbildungsplätze in österreichischen Krankenpflegesschulen befinden sich in Wien. In den Schulen für medizinisch-technische Dienste entfallen sogar 37 Prozent der Ausbildungsplätze auf die Bundeshauptstadt. Für die Krankenpflegesschulen und die Schulen für medizinisch-technische Dienste wendet die Stadt Wien jährlich rund 300 Millionen Schilling auf.

Als Folge dieser Bemühungen der Stadt Wien nahm, wie Stadtrat Stacher hervorhob, das Pflegepersonal in den städtischen Krankenanstalten von 1974 bis 1988 von 6.767 um 3.463, das ist um mehr als 50 Prozent, auf 10.230 Mitarbeiter zu. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der diplomierten Schwestern und Pfleger von 4.297 um 3.010 auf 7.307, eine Steigerung von sogar 70 Prozent. Dazu kommen 87 mobile Schwestern, die Patienten in deren Wohnungen versorgen.

Regelmäßige Kurse

Dem diplomierten Pflegepersonal bietet das Referat für Fort- und Sonderausbildung zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten an. Regelmäßig werden Kurse für Intensiv-, Dialyse-, Anästhesie- und Operationsschwestern und -pfleger sowie für leitendes und lehrendes Pflegepersonal abgehalten. Diese Kurse werden pro Jahr von 200 Schwestern und Pflegern besucht.

Derzeit verfügt die Stadt Wien für Schwestern und Pfleger über mehr als 3.000 Personalwohnungen, die vor allem Mitarbeitern aus den Bundesländern helfen sollen, leichter in Wien Fuß zu fassen. Darüber hinaus gibt es bereits in fünf Krankenhäusern Kindertagesheime, die es den Schwestern mit Kindern ermöglichen sollen, wieder in das Berufsleben einzusteigen.

Wie der Gesundheitsstadtrat erklärte, sind mehr als ein Drittel der Mitarbeiter der Stadt Wien, nämlich 22.421, im Bereich der Wiener städtischen Krankenanstalten beschäftigt. (Forts. mgl.) sc/gg

ÖVP: Mängel bei Hauskrankenpflege und Pflegepersonal in Wien

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch der Wiener ÖVP sagte Montag Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS, daß es in Wien im Bereich der Hauskrankenpflege und des Pflegepersonals Mängel gebe. Sie forderte, daß eine umfassende Hauskrankenpflege rasch eingeführt werden müsse. Der gut funktionierende Dienst der „mobilen Schwestern“ solle durch einen Hauskrankenpflegefachdienst ergänzt werden. Rehabilitationseinrichtungen müßten verstärkt werden, die Hauskrankenpflege sollte von privaten gemeinnützigen Vereinen in überschaubaren Bereichen angeboten werden. Es fehle derzeit am Fachpersonal, 300 bis 400 Schwestern und Pfleger wären dafür notwendig.

Wie Hampel-Fuchs weiter sagte, würde der Mangel an Pflegepersonal durch das neue AKH und das SMZ-Ost besonders groß, es fehlten derzeit rund 500 Schwestern und Pfleger. Dazu komme, daß ein Großteil des vorhandenen Personals im alten AKH noch vor der Übersiedlung in das neue AKH in den Ruhestand treten würde. Die ÖVP verlangt, daß raschest qualifizierten Mitarbeitern im Sanitätshilfsdienst über den zweiten Bildungsweg die Ausbildung für den Krankenpflegefachdienst ermöglicht wird, bei Maturanten sollte verstärkt für den Krankenpflegefachdienst geworben werden, und schließlich könnte durch eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung so manche wegen Familienpflichten ausgeschiedene Schwester wieder für den Dienst bei der Stadt Wien gewonnen werden.

Zweckbindung von „Überdeckungen“ bei Gebühren

Im Rahmen des Pressegesprächs sagte GR. Dr. Johannes HAWLIK, die SPÖ wolle offensichtlich das neue Altlastensanierungsgesetz verhindern. Er kritisierte, daß neben der Einhebung einer Müllabgabe auch Erhöhungen durch eine Abwasserabgabe und eine Wasserabgabe geplant seien. Da auch die Gebühren in diesem Bereich in letzter Zeit bereits erhöht worden seien, und es zu einer „Überdeckung“ gekommen sei, sprach er sich dafür aus, für die notwendigen Umweltinvestitionen bzw. für die Umweltvorsorge eine Zweckbindung vorzunehmen. (Schluß) ull/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. Böhm, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 21. Februar 1989

Blatt 342

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Spinnerin am Kreuz wurde restauriert (343)
- Am Mittwoch beginnt die Ferienmesse (344)
- Grippewelle hält weiter an (346)
- Eigene Steuern auf Müll, Wasser und Abwasser geplant (347)
- Bessere Luft für den Wiener Westen (348)
- Zilk zur PVC-Problematik (349)
- Zilk zum Ausländerwahlrecht (350)

Kultur:

- 12.000 Besucher bei Boeckl-Ausstellung (345)
- Konzerte im Haydn-Haus (345)

Spinnerin am Kreuz wurde restauriert

Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Eines der bekanntesten Denkmäler gotischer Baukunst in Wien, die „Spinnerin am Kreuz“ an der Triester Straße, wurde restauriert und erstrahlt nun in neuem Glanz. Die Restaurierung der Säule dauerte einschließlich der Vorarbeiten eineinhalb Jahre und kostete rund 2 Millionen Schilling.

Bereits im Jahr 1375 wurde an dieser Stelle eine Säule errichtet. Der heutige zwölf Meter hohe Tabernakelpfeiler mit seinen Baldachinen und Skulpturen wurde von Hans Puchsbaum in den Jahren 1451/52 gefertigt. Die „Spinnerin am Kreuz“ ist ein altes Wiener Wahrzeichen, an das sich auch viele Sagen knüpfen. Die Bezeichnungen wechselten im Lauf der Jahrhunderte häufig (1598-1624 „Martersäule am Wienerberg“, 1709 erstmals „Kreuzspinnerin“ und seit 1804 „Spinnerin am Kreuz“). Jahrhundertlang wurden hier Hinrichtungen vollzogen, die letzte im Jahr 1868.

Im Zuge der Restaurierungsarbeiten wurde die Säule mit Dampfstrahl gereinigt. Es wurden Architekturteile gesichert und teilweise auch neu angefertigt. Das Baudenkmal erhielt schließlich auch einen Schutz gegen Witterung und Tauben. Die Restaurierung erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt, Restaurator war Mag. Sigmund DAXNER. (Schluß) ah/gg

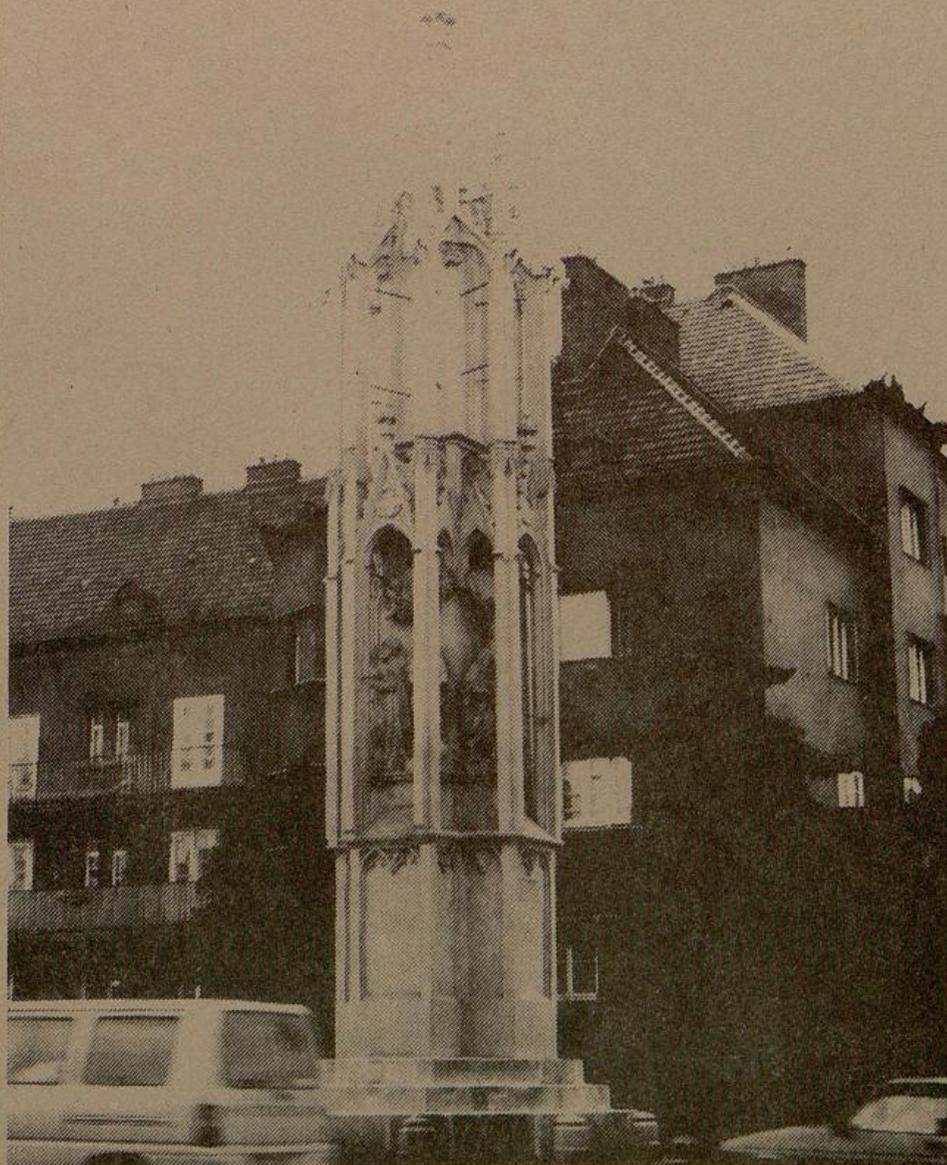


Foto: PID/Mikes

Am Mittwoch beginnt die Ferienmesse

Wien, 21.2. (RK-LOKAL) Die Wiener Freizeitmessen finden heuer vom 22. bis 26. Februar auf dem Wiener Messegelände statt. Erwartet werden rund 150.000 Besucher. Die einzelnen Themenbereiche der Messe sind „Ferien 89“, „Auto 89“, „Zweirad 89“, „Camera 89“, „Caravan 89“ und „Aktiv 89“. Insgesamt präsentieren 532 Direktaussteller, davon 69 aus dem Ausland, in 19 Hallen eine Produktauswahl und Novitätenschau. Die Wiener Freizeitmessen sind von Mittwoch bis Sonntag von 9 bis 18 Uhr, Freitag bis 20 Uhr, geöffnet. (Schluß) du/gg

12.000 Besucher bei Boeckl-Ausstellung

Wien, 21.2. (RK-KULTUR) Bei der Ausstellung „Herbert Boeckl — das Spätwerk“, die bis 19. Februar in der Akademie der bildenden Künste zu sehen war, wurden über 12.000 Besucher gezählt. Die Kulturabteilung der Stadt Wien hatte die Ausstellung mit einem Zuschuß von 300.000 Schilling ermöglicht. (Schluß) gab/gg

Konzerte im Haydn-Haus

Wien, 21.2. (RK-KULTUR) Zwei Konzerte mit dem Glinka Arenkow Quartett stehen im Haydn-Haus, Haydngasse 19, 1060 Wien, am Mittwoch, dem 22. Februar, und am Donnerstag, dem 23. Februar, jeweils 19.30 Uhr, auf dem Programm. Das Glinka Arenkow Quartett spielt bei den im Rahmen der Gedenkstättenkonzerte der Kulturabteilung der Stadt Wien stattfindenden Veranstaltungen Werke von J. Haydn, F. Schubert und L. v. Beethoven. Karten sind an der Abendkasse erhältlich. (Schluß) gab/gg

Grippewelle hält weiter an

Zahl der Neuerkrankungen nur geringfügig zurückgegangen

Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Die Grippewelle in Wien hält, wie die Gesundheitsbehörden mitteilen, leider weiter an. So ist die Zahl der Neuerkrankungen in der vergangenen Woche nur geringfügig zurückgegangen. Insgesamt waren davon 20.200 Bewohner der Bundeshauptstadt (in der Woche vorher waren es 21.500) betroffen. Zurückgegangen sind hingegen wieder die „Grippeeinsätze“ des Ärztenotdienstes. Am vergangenen Wochenende gab es 205 Interventionen des Ärztenotdienstes wegen Grippe bzw. grippaler Infekte (in der Woche vorher waren es 280 Einsätze gewesen). Zurückgegangen ist auch die Zahl der Krankenstände, die bei der Wiener Gebietskrankenkasse gemeldet wurden, sie betrug 3,8 Prozent der Beschäftigten. In diesem Zusammenhang muß allerdings berücksichtigt werden, daß es sich bei der vergangenen Woche um die „schulfreie Woche“ des Bundeslandes Wien handelte.

Angespannte Situation in den Spitälern

Nach wie vor angespannt ist die Situation in den städtischen Spitälern. Aufgrund der Grippewelle und des plötzlich aufgetretenen Warmlufteinbruches von Sonntag auf Montag stieg die Zahl der Aufnahmen in den Akutspitälern und damit auch die Zahl der Not- bzw. Gangbetten in den internen und chirurgischen Abteilungen der Spitäler auf 166 (letzte Woche 151). Der Anteil der Krankenstände beim Pflegepersonal bzw. bei den Ärzten beträgt nach wie vor 10 Prozent. (Schluß) zi/bs

Eigene Steuern auf Müll, Wasser und Abwasser geplant

Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Das Amt der Wiener Landesregierung hat Novellierungen dreier Gesetze, des Müllabfuhrgesetzes, des Wasserversorgungsgesetzes und des Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetzes, ausgearbeitet, die zur Begutachtung ausgeschickt wurden. Der Entwurf dieser Gesetze liegt bis 31. März dieses Jahres in den Magistratischen Bezirksämtern zur öffentlichen Einsicht auf. Die Einsichtnahme ist Montag bis Mittwoch und Freitag von 8 bis 15.30 Uhr möglich, am Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr. Zu den Gesetzesentwürfen können in den Magistratischen Bezirksämtern schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden.

Die drei Gesetzesentwürfe sehen eigene Steuern auf Müll, Wasser und Abwasser vor, die bis zu 120 Prozent der bestehenden Gebühren ausmachen können. Da die weiterverbleibenden Gebühren von den neuen Steuern abgerechnet werden, würde in Zukunft die Möglichkeit bestehen, maximal 20 Prozent über den bestehenden Gebühren einzuheben. Die neuen Steuern verfolgen zwei Zielsetzungen:

- Die neue Form der Einhebung ermöglicht es, auch über ein Jahr hinaus finanziell zu disponieren,
- die Stadt bekommt notwendige Gelder, um über den Betrieb und die Erhaltung der Anlagen hinaus erforderliche Investitionen, wie zum Beispiel Altlastensanierung oder Schutz und Erwerb von Quellgebieten, finanzieren zu können.

Es bestehe keine aktuelle Absicht, mit den eigenen Steuern auf Müll, Wasser und Abwasser eine Gebührenerhöhung herbeizuführen, betonte Vizebürgermeister Hans MAYR im Pressegespräch des Bürgermeisters. Die Novellierung der Gesetze diene in erster Linie dem besseren finanziellen Disponieren der Stadt Wien.

Mayr kündigte an, das Land Wien werde kommenden Donnerstag Umweltminister Dr. Marilies FLEMMING einen eigenen Vorschlag zur Finanzierung der Altlastenbeseitigung unterbreiten. An den vom Bund bisher vorgestellten Vorschlägen wäre, so Mayr, zu kritisieren, daß es keinen Zusammenhang zwischen Verursacher und Kostenträger gebe, ebenso würden die rechtlichen Instrumente für die Altlastenbeseitigung noch fehlen. (Schluß) sei/bs

Bessere Luft für den Wiener Westen

Fernwärmeleitung Penzing um 125 Millionen Schilling

Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Der Ausbau des Fernwärmenetzes, eine der wichtigsten Umweltmaßnahmen der Stadt Wien, geht forciert weiter. Nachdem mit Ende 1988 schon 295 Kilometer Fernwärmeleitungen in Betrieb waren, und sich derzeit drei große Fernwärmeleitungen bereits in Bau befinden, hat nun das größte Projekt der HBW in diesem Jahr begonnen: der Bau der Fernwärmeleitung Maroltingergasse — Penzing. Wie Energiestadtrat Johann HATZL Dienstag feststellen konnte, wird diese Haupttransportleitung eine wesentliche Entlastung der Luft im Westen Wiens mit sich bringen: Neben zahlreichen Wohnbauten wird als größter Wärmeabnehmer die Breitenseer Kaserne, die derzeit mit Heizöl schwer beheizt wird und deshalb einer der größten „Stinker“ in diesem Gebiet ist, sowie das Pflegeheim Baumgarten und die Pensionistenheime Dreyhausenstraße und Felbigergasse an die umweltfreundliche Fernwärme angeschlossen. Darüber hinaus ist auch geplant, das Hanusch-Krankenhaus und die umliegenden Altbauten der Stadt Wien Anfang der 90er Jahre mit Fernwärme zu versorgen.

Die Gesamtrassenlänge der neuen Fernwärmeleitung Penzing inklusive Haupt-, Verteil- und Abzweigleitungen beträgt rund drei Kilometer. Die Gesamtkosten einschließlich aller Nebenkosten wie Einbautenumlegungen und Straßenwiederinstandsetzungen werden rund 125 Millionen Schilling betragen. Mit den Bauarbeiten wurde im Februar 1989 begonnen. Die Betriebsbereitschaft für den gesamten Leitungsabschnitt ist für Ende November 1989 vorgesehen, die Gesamtfertigstellung einschließlich der Oberflächen für März 1990.

Von der bestehenden Haupttransportleitung Wernhardtstraße — Flötzersteig wird eine weitere Haupttransportleitung mit zwei Rohren zu je 400 Millimeter Durchmesser über die Maroltingergasse, Leyserstraße und Ameisgasse bis auf die Höhe der Felbigergasse geführt. In ihrem Zuge sollen die angrenzenden Wohnhausanlagen der Stadt Wien, eine im Bau befindliche Wohnhausanlage in der Heinrich-Collin-Straße und die Breitenseer Kaserne angeschlossen werden. Von der Ameisgasse führt eine Verteilleitung bis auf Höhe Zehetnergasse und über die Zehetnergasse hinaus bis zum Pflegeheim Baumgarten. Neben dem Pflegeheim sollen die Pensionistenheime Dreyhausenstraße und Felbigergasse, ein Genossenschaftsneubau in der Zehetnergasse 32-36 sowie die bestehenden Kesselhäuser der HBW und der WVB in der Felbigergasse und in der Mitisgasse an das Fernwärmenetz angeschlossen werden.

In drei Leitungsabschnitten bedingt die Verkehrs- und Einbautensituation eine geschlossene Bauweise im „Pressrohrverfahren“. Diese drei Abschnitte befinden sich in der Ameisgasse vom Kreuzungsbereich Hütteldorfer Straße bis zur Felbigergasse, in der Felbigergasse von der Ameisgasse bis zur Markusgasse sowie in der Felbigergasse von der Gusenleithnergasse bis zur Zehetnergasse. Die restlichen Bauabschnitte werden in offener Bauweise in „Stahlbetonfertigteile-Kollektoren“ verlegt.

Neben der Fernwärmeleitung Penzing soll heuer noch mit dem Bau der Leitungen Niederhofstraße — Margaretengürtel, Spengergasse, Gerichtsgasse und Lainz begonnen werden. Die Fernwärmeleitung Lainz ist mit 2,5 Kilometern Länge und Kosten von 105 Millionen Schilling das größte der weiteren Projekte der HBW am Leitungsbau. Mit den bereits in Bau befindlichen Leitungen soll noch heuer der Markstein von 300 Kilometer Leitungslänge der HBW überschritten werden. (Schluß) roh/gal

Zilk zur PVC-Problematik

Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in seinem Pressegespräch mitteilte, hat er sich an die Bundesregierung mit dem Ersuchen gewendet, für ein Verbot von PVC, vor allem im Verpackungsbereich, einzutreten. Im eigenen Bereich hat der Bürgermeister den Baudirektor mit der Einsetzung einer Kommission zur Beratung dieser Problematik beauftragt. Die Stadt Wien beabsichtigt, in Zukunft keine Produkte mehr anzuschaffen, die in PVC verpackt sind. Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL wird in der nächsten Zeit eine Enquete zum Thema PVC einberufen. (Schluß) red/gg

Zilk zum Ausländerwahlrecht

Fristen für Staatsbürgerschaft überdenken!

Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Zur Problematik des Ausländerwahlrechtes nahm Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in seinem Pressegespräch Stellung. Er persönlich, sagte der Bürgermeister auf eine Anfrage, halte nichts von einem Ausländerwahlrecht auf Bezirksebene. Dies wäre lediglich ein Feigenblatt vor dem wirklichen Problem. Es würde einerseits einen Großteil der betroffenen Gastarbeiter kaum interessieren, andererseits aber bei einer Mehrheit der Wiener Bevölkerung eher Ablehnung und Mißverständnisse hervorrufen. Als möglichen Ausweg stellte Zilk eine Verkürzung der Frist für die Verleihung der Staatsbürgerschaft zur Diskussion. Gegenwärtig beträgt der Zeitraum, den jemand in Österreich bereits gelebt haben muß, in der Regel zehn Jahre. Man sollte ernsthaft diskutieren, ob man den Eingliederungsprozeß nicht dadurch erleichtern könnte, indem diese Frist für Menschen, die jahrelang bei uns arbeiten und Steuern zahlen, die auch in Zukunft hier leben wollen und sich in Wahrheit schon als Österreicher fühlen, verkürzt wird. Eventuell könnte eine solche Verkürzung auch schrittweise erfolgen, meinte Zilk. (Schluß) red/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 22. Februar 1989

Blatt 351

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Hatzl: Keine neue Stadtautobahn (352/FS: 21.2.)
- Am Freitag Landtag und Gemeinderat (354)
- „Stella-Klein-Löw-Hof“ in der Taborstraße (355)
- Unterstützung für bedürftige Schüler (356)
- Info-Tag für Schüler von Pflege- und medizinisch-technischen Schulen (358)
- Fuß- und Radweg auf der Reichsbrücke ab Freitag wieder benützbar (359)

Kultur:

- Ehrenmedaille in Gold für Prof. Hutter (353/FS: 21.2.)
- „Töne & Gegentöne“ (360)

Wirtschaft:

- Gewista kooperiert mit Ungarns größter Werbeagentur Mahir (357)

Hatzl: Keine neue Stadtautobahn

Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Zu der plötzlich aufgeflamnten Diskussion bezüglich der Errichtung einer neuen Autobahn (Außenringautobahn) auf Wiener Stadtgebiet bezog Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters eine klar ablehnende Haltung. Er begründete seine Absage damit, daß es im Hinblick auf die Hebung der Lebensqualität in Wien undenkbar sei, durch Wohngebiete beziehungsweise im konkreten Fall zusätzlich durch das Wiener Gemüseanbaugesamt eine neue Autobahn- oder Schnellstraßentrasse zu legen. Er bezweifle, so Hatzl, daß eine solche Planung sinnvoll sei oder sich durch die Weltausstellung begründen lasse. (Schluß) pz/bs

Bereits am 21. Februar 1989
Über Fernschreiber ausgesendet

Ehrenmedaille in Gold für Prof. Hutter

Wien, 21.2. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Dienstag, nachmittag in seinem Arbeitszimmer an o.Hochschulprof. Wolfgang HUTTER die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Zilk hob in seiner Rede die Verdienste des Malers um die Wiener Schule des phantastischen Realismus hervor, die es zu Weltgeltung gebracht habe. Der kleinen Feier wohnten Stadträtin Dr. Ursula PASTERK, Dritter Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN und der Vorsitzende des Kulturausschusses Gemeinderat Dkfm. Dr. Adolf AIGNER bei. (Schluß)
red/bs

Bereits am 21. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Am Freitag Landtag und Gemeinderat

Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz

Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Freitag, dem 24. Februar, treten der Wiener Landtag und Gemeinderat zu Sitzungen zusammen. Im Mittelpunkt der Landtagssitzung, die um 9 Uhr mit einer Fragestunde beginnt, wird die Debatte über das neue Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz stehen. Die anschließende Gemeinderatsitzung wird ebenfalls mit einer Fragestunde eingeleitet. Die Tagesordnung umfaßt 74 Geschäftsstücke, unter anderem Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, die Verhängung von Bau sperren sowie die Gewährung von Subventionen. (Schluß) ger/gg

„Stella-Klein-Löw-Hof“ In der Taborstraße

Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in der Taborstraße 61 im 2. Bezirk nach Dr. Stella-Klein-Löw in „Stella-Klein-Löw-Hof“. Dr. Stella Klein-Löw gehörte von 1959 bis 1970 dem Nationalrat an. Sie war AHS-Professorin und widmete sich auch in ihrer politischen Tätigkeit vor allem Bildungsfragen.

„Irene-Harand-Hof“ In der Judengasse

Die städtische Wohnhausanlage in der Judengasse 4 in der Inneren Stadt wird nach Irene Harand in „Irene-Harand-Hof“ benannt. Die Schriftstellerin Irene Harand trat in der Zwischenkriegszeit als engagierte Friedenskämpferin und Gegnerin des Nationalsozialismus hervor. Sie mußte 1938 nach Amerika emigrieren und starb 1975 in New York. (Schluß) gab/bs

Unterstützung für bedürftige Schüler

Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Bedürftige Schüler der 5. bis 9. Schulstufe werden ab sofort nicht nur bei der Teilnahme von Schulschikursen, sondern auch bei Schullandwochen finanziell unterstützt. Dies beschloß kürzlich der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales.

Die finanzielle Unterstützung von Schülern auch für Schullandwochen durch die Stadt Wien bedeutet eine Gleichstellung der Wiener Pflichtschüler mit Schülern der Allgemeinbildenden Höheren Schulen, die diese Unterstützung vom Bund erhalten.

Anträge auf finanzielle Hilfe können bei den Schulleitern der Wiener Pflichtschulen eingebracht werden. (Schluß) jel/bs

Gewista kooperiert mit Ungarns größter Werbeagentur Mahir

Wien, 22.2. (RK-WIRTSCHAFT) Die Gewista und die größte ungarische Werbeagentur, Mahir, haben einen langfristigen Kooperationsvertrag bis 1995 abgeschlossen.

Beide Unternehmen werden auf dem Sektor der Außenwerbung exklusiv zusammenarbeiten. Die Gewista stellt den Ungarn ihr Know-how zur Verfügung, was Plazierung, Bau von Werbetafeln und -flächen betrifft. Die Gewista kann damit ihre Erfahrungen gezielt vermarkten, auch was die Verkehrsmittelwerbung und die Installationen von Sonderflächen betrifft.

Sämtliche Außenwerbungsaufträge von österreichischen Firmen werden exklusiv über Gewista und Mahir in Ungarn abgewickelt. Die Gewista wird auch aktiv am österreichischen Markt für Kunden, die in Ungarn präsent sein möchten, tätig sein: In der Beratung, Vermittlung und Abwicklung von Aufträgen.

Gerade in einer Zeit, da die Öffnung Ungarns nach Westeuropa immer größer wird, da ein beachtlicher Warenfluß zwischen den beiden Ländern eingesetzt hat, wird Ungarn für europäische Markenartikler zu einem interessanten Werbeland.

Das gilt auch umgekehrt: Die Gewista wird in Wien die Agenda von Mahir wahrnehmen, die Interessen der ungarischen Werbewirtschaft verfolgen. Wenn man bedenkt, daß pro Jahr an die 5 Milliarden Schilling Deviseneinnahmen durch ungarische Besucher verzeichnet werden, erkennt man die wirtschaftliche Bedeutung dieser Kooperation auch für Wien.

interessante Aspekte verspricht die enge Zusammenarbeit der beiden Unternehmen auch im Hinblick auf die Weltausstellung 1995. Angesichts der Tatsache, daß gerade in den vergangenen Monaten internationale Agenturen Tochtergesellschaften im COMECON-Raum installiert haben, ist die Präsenz des österreichischen Marktführers in der Außenwerbung in Ungarn von besonderer Bedeutung.

Dazu kommt noch das Ansteigen des Fremdenverkehrs in Ungarn. Für die heimische Wirtschaft bedeutet das eine Chance, vor allem in den Urlaubszentren werblich gezielt aktiv zu sein. Umgekehrt sind die hundertausenden ungarischen Touristen für die Wiener Wirtschaft — vor allem für den Handel — eine attraktive Zielgruppe.

Die ersten Verhandlungen zwischen den Gewista-Direktoren KR Erik HANKE und KR Franz KLACKL und dem geschäftsführenden stellvertretenden Mahir-Generaldirektor Dr. MEGYER sowie der Direktorin für die Außenwerbung, Frau JÜTTNER, wurden schon im Vorjahr initiiert. Am 22. Februar war es dann soweit: Der Kooperationsvertrag zwischen den beiden Unternehmen wurde unterzeichnet. (Schluß) red/gg

Info-Tag für Schüler von Pflege- und medizinisch-technischen Schulen

Donnerstag nachmittag im Jugendzentrum Wien 15

Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Am Donnerstag, dem 23. Februar, findet von 15 bis 19 Uhr im Jugendzentrum, Wien 15., Hollergasse 22-26, ein „Info-Tag“ für die rund 3.000 Schülerinnen und Schüler der Krankenpflegesschulen und der medizinisch-technischen Schulen der Stadt Wien statt.

Bei dieser Veranstaltung können sich die Schülerinnen und Schüler über Fragen der Ausbildung, der Berufschancen, über Wohnungsprobleme und Rechtsfragen, über Freizeit und Bücher informieren. Außerdem gibt es Beratungen durch die Gewerkschaft, den schulpsychologischen Dienst und — wenn nötig — Hilfe durch die Ombudsfrau für die Krankenpflegesschulen der Stadt Wien. (Schluß) sc/bs

Fuß- und Radweg auf der Reichsbrücke ab Freitag wieder benützbar

Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL heute mitteilte, wird ab kommenden Freitag, den 24. Februar, mittags — so wie von ihm zugesichert — der stromabwärts gelegene Fuß- und Radweg über die Reichsbrücke wieder voll benützbar sein. Damit kann die Ausweichmöglichkeit einer kostenlosen Benützung der U-Bahn zwischen den Stationen Vorgartenstraße und Kaisermühlen wieder aufgehoben werden.

Bekanntlich wurden die Deckenplatten über dem Fuß- und Radweg, da sich eine aus der Verankerung gelöst hatte, über Veranlassung von Stadtrat Hatzl aus Sicherheitsgründen mit einer zusätzlichen Aufhängung versehen. (Schluß) pz/gg

„Töne & Gegentöne“

Musikausstellung in Secession und Messepalast

Wien, 22.2. (RK-KULTUR) Vom 31. März bis 15. April sind in der Secession und im Messepalast, Halle G, „Töne & Gegentöne“ zu hören. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK, die das „Spezialfestival“ gemeinsam mit den Gestaltern Edek BARTZ und Wolfgang KOS am Mittwoch vorstellte, wies darauf hin, daß in den letzten Jahren zunehmend auch das Ungewöhnliche im Wiener Kulturleben seinen Platz gefunden habe. „Töne & Gegentöne“, das heuer zum dritten Mal stattfindet, sei ein Beispiel dafür.

Das Programmangebot schließt diesmal auch in großem Ausmaß Musik aus Osteuropa und aus Asien mit ein. Generell werden, unabhängig von geltenden musikalischen Kategorien, wie Jazz, Neue Musik oder Rock, kompromißlose Musikideen präsentiert, die bestimmte „Haltungen zur Zeit“ zeigen.

Eine Reihe thematischer Schienen hat sich bei der Zusammenstellung des Programms herausgebildet.

„Faszinierende Stimmen“ präsentiert — etwa in „Direct Sound: 5x Stimme“ oder in den spirituellen Gesängen des Pakistanis Nusrat Ali Khan die menschliche Stimme als Instrument.

Conlon Nancarrow's Klang-Graphiken auf dem pneumatischen Walzenklavier und die „Archaische Symphonie“ des Holländers Michel Waisvisz, der die Statik üblicher Elektronik-Konzerte durchbricht, grenzen die Thematik „Assoziationsfeld Maschine“ ab.

„Musik aus außereuropäischen Ländern“ belegt die Vitalität der uralten Traditionen dieser Kulturen. Aus Korea kommt die Formation „SamulNori“, die mit der Gruppe „Red Sun“ des Österreicher Wolfgang Puschnig musiziert. Mit Salif Keita und der Gitarren-Popband „Les Tetes Brulees“ wird Musik aus Afrika zu hören sein, China ist mit Liu Dehai und dem Ensemble der Musikhochschule Peking — mit einem Programm zwischen alter Tradition und neuester Musik — vertreten.

„Avantgarde-Peripherie“ läßt die Musik aus Ländern außerhalb der Moderne-Achse New York — London — BRD zu Wort kommen. Der Südfranzose Pascal Comelade präsentiert seine „kleinen versponnenen Klangwelten“, neben Barcelona und Laibach ist auch Wien mit Beat Furrer vertreten. Ein österreichisch-ungarischer Abend „Wien — Budapest“ bringt Auftritte von „Die Vögel Europas“, Tibor Szemzö, Zora und Louis Ballast.

Die „Sowjetische Musik-Subkultur“ repräsentiert Sergej Kurjochin mit einem aktionistischen Spektakel.

Guy Klucevsek mit seiner „Ain't Nothin' But A Polka Band“ und die Bill Frisell Band stehen für die Bedeutung des „Post-Post-Jazz“.

„Vollpegel-Gegentöne“ werden schließlich von dem deutschen Gitarristen Caspar Brötzmann und dem amerikanischen Power-Trio „Blind Idiot God“ geliefert.

Der Kartenverkauf für „Töne & Gegentöne“ beginnt am 10. März in einem Verkaufsstand bei der Secession (Montag bis Freitag 13 bis 18 Uhr, Samstag 10 bis 14 Uhr, Telefon 587 08 32) Einzelkarten kosten für die Secession 150, für den Messepalast 200 Schilling, bis 2. April sind ermäßigte Sechserblocks für die Secessions-Konzerte zum Preis von 600 Schilling erhältlich. (Schluß) gab/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 23. Februar 1989

Blatt 361

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Kontaktdienst „1000 Jahre Österreich“ (370)

Kommunal/Lokal:

Wiener Soldaten für Zypern (362/FS: 22.2.)

Zilk zur Deklaration „Wien — Gesunde Stadt“ (363)

Stacher: Jetzt zur Zeckenimpfung! (364)

24 Behindertenbetreuer haben ihre Ausbildung abgeschlossen (365)

Familiensonntag am 26. Februar (366)

BTX-Wohnservice: 60.000 Mal Wohnungssuche „per Knopfdruck“ (367)

Keine Pharaomeisen in den Wiener Spitälern (369)

Entsorgung von Kühlmitteln im Mistzelt (371)

Kultur:

33 Millionen für Altstadterhaltung (368)

Wiener Soldaten für Zypern

Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) 30 Wiener Soldaten, die sich zu den UNO-Truppen nach Zypern gemeldet haben und kurz vor der Abreise stehen, wurden gestern, Dienstag nachmittag von Stadtrat Johann HATZL Dekrete überreicht, die den Dank der Stadt Wien für die Bereitschaft der jungen Männer zum Friedensdienst ausdrücken sollen. Aufgabe der Soldaten wird es sein, ein Wiederaufleben der Kämpfe zwischen den Volksgruppen auf Zypern zu verhindern. Sie werden aber auch in enger Zusammenarbeit mit dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge zum humanitären Hilfsprogramm in Zypern beitragen. Bereits seit 1973 ist auf Zypern ein österreichisches UN-Bataillon stationiert, seine derzeitige Stärke beträgt rund 2.500 Mann. (Schluß) roh/bs

Bereits am 22. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Zilk zur Deklaration „Wien – Gesunde Stadt“

Brief des Bürgermeisters an alle städtischen Dienststellen

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat hat in der ersten Sitzung des heurigen Jahres einstimmig die Deklaration „Wien – Gesunde Stadt“ beschlossen. Zu diesem Thema und über die sich daraus ergebenden Konsequenzen hat Bürgermeister Dr. Helmut ZILK vor kurzem ein Schreiben an alle Mitarbeiter der Stadt Wien gerichtet:

Die Stadt Wien hat eine lange Tradition, die Gesundheit der Bevölkerung umfassend sicherzustellen. Schon der Bau der Hochquellenwasserleitung vor mehr als hundert Jahren trug entscheidend dazu bei, Infektionskrankheiten wie die Tuberkulose einzudämmen. Weitere Maßnahmen im Umweltbereich wie die Schadstoffreduzierung sowie Beruhigungskonzepte und Temporeduzierung im Verkehrsbereich sind aktuelle Beispiele für diese umfassende Verantwortung im Interesse der Gesundheit.

Um die Wichtigkeit der Gesundheitsförderung der Öffentlichkeit noch stärker bewußt zu machen, ist die Stadt Wien dem Projekt der Weltgesundheitsorganisation „Gesunde Stadt“ beigetreten. Man werde, so Zilk, in Kooperation mit der Weltgesundheitsorganisation eine Reihe von Aktivitäten durchführen – der Schwerpunkt liege dabei auf einer Bewußtseinsbildung und neuen, modellhaften Aktionen mit Bürgerbeteiligung.

Zur Umsetzung der Deklaration hat sich eine Stadträtekommission „Wien – Gesunde Stadt“ unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Zilk konstituiert, eine eigene Geschäftsstelle wurde im Büro von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER eingerichtet.

Schwerpunkte der Deklaration

Die Deklaration zur Gesundheitsförderung in Wien umfaßt folgende Schwerpunkte: Allgemeine und persönliche Verantwortung für die Gesundheit; Chancengleichheit in der Gesundheit ohne jede Art von Diskriminierung; Mitverantwortung und Mitbestimmung jedes einzelnen; Zusammenarbeit aller Stellen im Interesse der Gesundheit; Gesundheitsförderung; Förderung des ambulanten Sektors; Intensivierung der Gesundheitsforschung; internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Information, Erfahrungsaustausch und Unterstützung sowie ein Appell an alle Einrichtungen und Bürger zur Umsetzung der Ziele der Deklaration. (Schluß) ull/gg

Stacher: Jetzt zur Zeckenimpfung!

Drei Teilimpfungen erforderlich

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Jetzt ist es Zeit, an die Zeckenimpfung zu denken! Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER appelliert an die Wiener Bevölkerung, noch vor Beginn der warmen Jahreszeit für den entsprechenden Impfschutz zu sorgen. Der Zeckenbiß kann bekanntlich zu gefährlichen Folgen, wie Gehirn- und Gehirnhautentzündung, führen. Impfmöglichkeiten bestehen ab sofort in allen Bezirksgesundheitsämtern jeweils Dienstag und Freitag zwischen 9 und 11 Uhr, in der Zentrale des Gesundheitsamtes im 1. Bezirk, Gonzagagasse 13 (Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr) und in der „Nachmittags“-Impfstelle Neutorgasse 18, jeweils Donnerstag von 15 bis 17 Uhr.

Insgesamt sind drei Teilimpfungen erforderlich. Zwischen der ersten und der zweiten Teilimpfung sollten etwa vier Wochen liegen. Der Abstand zwischen der zweiten und der dritten Teilimpfung beträgt etwa ein Jahr. Alle drei Jahre ist eine Auffrischungsimpfung notwendig. Eine Teilimpfung kostet 180 Schilling, wobei bei einer Impfung in den Gesundheitsämtern die Refundierung durch die Krankenkasse gleich abgezogen wird und daher nur 130 Schilling zu bezahlen sind.

Im Vorjahr elf Erkrankungen

Im Jahr 1987 zählte das Gesundheitsamt rund 49.900 Impfungen, im vergangenen Jahr waren es erfreulicherweise fast 58.200. Im Vorjahr erkrankten in Wien elf Personen nach einem Zeckenbiß (1987 waren es zwölf Personen gewesen). In ganz Österreich wurden 1988 201 Erkrankungen registriert, wobei es erfreulicherweise keinen Todesfall gab.

Abendimpftermine für Berufstätige

Für Berufstätige bietet das Gesundheitsamt außerdem noch Abendimpftermine an und zwar: In der Spezialambulanz 10., Gellertgasse 42-46, Mittwoch, und in der Mutterberatungsstelle 21., Freytaggasse 12, Donnerstag, jeweils von 17 bis 19 Uhr, sowie im Bezirksgesundheitsamt für den 21. Bezirk, jeden ersten Donnerstag im Monat und im Bezirksgesundheitsamt für den 22. Bezirk, jeden dritten Donnerstag im Monat, jeweils von 15.30 bis 17.30 Uhr. (Schluß) zi/bs

24 Behindertenbetreuer haben ihre Ausbildung abgeschlossen

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Der erste Lehrgang zum Fachbetreuer für Behindertenarbeit, den das Institut für Heimerziehung der Stadt Wien in Floridsdorf durchführte, wurde von 24 Absolventen erfolgreich abgeschlossen. Die 24 Teilnehmer sind größtenteils bereits in der Behindertenarbeit tätig und haben ihr praktisches Wissen in diesem Lehrgang ergänzt. Da es immer mehr neue Wohnformen für behinderte Menschen gibt, wird auch qualifiziertes Betreuungspersonal gebraucht. Vor allem der berufsbegleitenden Ausbildung kommt damit vermehrte Bedeutung zu. Ein weiterer Kurs des Institutes für Heimerziehung, an dem 22 Personen teilnehmen, läuft bereits, ein dritter Lehrgang ist geplant.

Informationen und Anmeldungen für diesen Lehrgang:

Institut für Heimerziehung der Stadt Wien,
1121 Wien, Freytaggasse 32, Telefon 38 71 66.

(Schluß) jel/gg

Famillensonntag am 26. Februar

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Ein japanischer Nachmittag im Jugendzentrum Margareten, ein Computerlabor, die Eröffnung einer Ausstellung über Drachen, Saurier und andere Untere in der 1. Wiener Kindergalerie Lalibela, Film und Theater bietet der Familiensonntag des Wiener Landesjugendreferates am 26. Februar. Einen „Hauch von Frühling“ verspürt man im städtischen Reservegarten Hirschstetten, in dessen Glashäusern man auch „Exoten“ sehen kann, die Volkshochschule Favoriten lädt zu einer Diskussion zum Thema „Kinder-Familie-Gesellschaft“ ein und das Landesjugendreferat bittet zum „Basteln-Malen-Werken“ in das Museum Moderner Kunst. Weil der Fasching heuer besonders kurz war, sind die Familiensonntagsteilnehmer zu einem nachträglichen Faschingsfest in die Sofiensäle eingeladen. (Schluß) jel/bs

BTX-Wohnservice: 60.000 Mal Wohnungssuche „per Knopfdruck“

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Über 60.000 Mal wurde das „BTX-Wohnservice-Wien“ des Wiener Stadterneuerungsfonds im vergangenen Jahr 1988 in Anspruch genommen. Genau 60.265 Mal haben Wohnungssuchende das Angebot geförderter Wohnungen in Wien kostenlos bei den rund 200 Abrufstellen „per Knopfdruck“ gesichtet.

Auf mehreren Seiten werden dabei jedesmal ausführlich Grundriß, Ausstattung und Kosten der angebotenen Wohnungen beschrieben. 4.217 Wohnungen konnten seit Einrichtung des BTX-Wohnservice-Wien im Oktober 1986 vermittelt werden. Rund 40 Bauträger und Wohnbauvereinigungen bieten derzeit ihre Wohnungen über das BTX-Wohnservice-Wien an. Zur Zeit sind etwa 600 Wohnungen in rund 70 Wohnhäusern gespeichert. Seit über einem Jahr besteht auch die Möglichkeit, private Wohnungen gegen eine geringe Gebühr zum Verkauf oder zur Vermietung anzubieten. Entscheidend für eine erfolgreiche Wohnungssuche ist die laufende Beobachtung des Angebots, da die Wohnungen oft schon nach wenigen Tagen vergeben sind. Nähere Informationen erteilt der Wiener Stadterneuerungsfonds unter 48 88 52/45 DW. Das BTX-Wohnservice-Wien ist unter *5511 für jeden BTX-Teilnehmer und bei rund 200 Geldinstituten in Wien abrufbar. (Schluß) ah/gg

33 Millionen für Altstadterhaltung

Wien, 23.2. (RK-KULTUR/LOKAL) Der Altstadterhaltungsbeirat genehmigte insgesamt rund 33 Millionen Schilling für denkmalpflegerische Arbeiten an 31 Objekten.

Zu den geförderten Bauten zählen vor allem Wohnhäuser der Gründerzeit, aber auch Gebäude, die aus dem Spätmittelalter, dem Barock und dem Biedermeier stammen. Weiters wurden Zuschüsse zur Renovierung einer Reihe von Sakralbauten wie der Minoritenkirche und der Votivkirche beschlossen. (Schluß) gab/gg

Keine Pharoameisen in den Wiener Spitälern

Landessanitätsdirektor zu Zeitungsmeldungen

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Zu den Zeitungsberichten über das Auftreten von Pharoameisen in Krankenhäusern stellte der Landessanitätsdirektor für Wien, Hofrat Dr. Ermar JUNKER, Donnerstag vormittag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß in den Wiener Spitälern schon seit Jahren keine Pharoameisen festgestellt wurden. Im Jahr 1988 gab es für ganz Wien überhaupt nur eine einzige Meldung über einen Befall durch Pharoameisen.

Hofrat Junker wies darauf hin, daß in Wien das erste Mal im Jahr 1972 ein Befall durch Pharoameisen im 16. Bezirk gemeldet wurde. Das Auftreten dieser Ameisen konnte damals und in der Folge immer wirksam bekämpft werden. Insgesamt gab es seither etwas mehr als 200 Befallsmeldungen. Darunter waren drei Fälle, in denen die Ameisen in Spitälern beziehungsweise den dazugehörigen Personalwohnhäusern aufgetreten sind.

Die Stadt Wien hat schon im April 1984 eine Verordnung über die Bekämpfung der Pharoameisen erlassen. Seither ist das Vorkommen von Pharoameisen meldepflichtig und kann daher sofort wirkungsvoll bekämpft werden. Pharoameisen werden im allgemeinen mit exotischen Tieren oder mit Lebensmitteln eingeschleppt. (Schluß) sc/bs

Kontaktldienst „1000 Jahre Österreich“

Wien, 23.2. (RK-POLITIK) Im Jahre 1996 wird mit zahlreichen Aktivitäten das Jubiläum „1000 Jahre Österreich“ gefeiert werden. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien beauftragt, ein Referat zur Koordinierung dieser Aktivitäten einzurichten und Prof. Kurt STIMMER mit der Leitung dieses Referates betraut.

In einer Urkunde vom 1. November 996, mit der Kaiser Otto III. der bischöflichen Kirche zu Freising einen Wirtschaftshof mit 30 Königshufen Land in Niwanhova (Neuhofen) schenkte, wird erstmals das Wort „Ostarrichi“ gebraucht. Die betreffende Formulierung lautet in deutscher Übersetzung: „Niwanhova im Gebiet, das im Volksmund Ostarrichi genannt wird“.

Die Erinnerung an dieses Dokument wird im Jahre 1996 dazu benützt werden, eine umfassende Präsentation Österreichs im In- und Ausland zu gestalten — und zwar in engem Bezug zur geplanten Weltausstellung des Jahres 1995. Der Bundeshauptstadt Wien kommt dabei aus drei Gründen eine besondere Aufgabe zu: wegen ihrer Stellung in Österreich, wegen ihrer internationalen Position und als einer der beiden Standorte der Weltausstellung.

Verschiedene öffentliche und private Stellen befassen sich bereits mit Überlegungen und Vorarbeiten für Veranstaltungen zum Thema „1000 Jahre Österreich“. Es war daher zweckmäßig, eine Koordination dieser Bemühungen in die Wege zu leiten, damit die Chance des Milleniums optimal genützt wird.

Bürgermeister Dr. Zilk bittet alle Wienerinnen und Wiener, dazu beizutragen, daß „1000 Jahre Österreich“ zu einem umfassenden und überzeugenden Bekenntnis zu Österreich und zu Wien wird. Dazu ist eine Vielfalt von Initiativen nötig. Jeder einzelne kann ebenso wie jede Institution und Organisation dazu beitragen. Bürgermeister Dr. Zilk bittet deshalb um Vorschläge und Anregungen sowie vor allem um Informationen über konkrete Vorhaben an den „Ostarrichi-Dienst der MA 53, Rathaus, 1082 Wien“.
(Schluß) red/bs

Entsorgung von Kühlmitteln im Mistzelt

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) In der Abfallbehandlungsanlage der Stadt Wien (ABA) im Mistzelt, dem ehemaligen Rinter-Zelt, läuft im März die Entsorgung von Kühlmitteln aus Kühlschränken an. In einer speziellen Anlage werden die in Kühl- und Gefrierschränken enthaltenen Kühlmittel, z. B. Freon, abgesaugt, verflüssigt und einer Wiederaufbereitung zugeführt. Erst dann werden die Kühlgeräte als Schrott an den Altstoffhandel weitergegeben. In einem Probebetrieb wurden ca. 100 bis 150 Geräte pro Tag entsorgt. Pro Kühlschrank fallen rund 0,1 Liter Kühlmittel an. Alte Kühlschränke können bei den Sperrmüllsammelstellen, bei den Mistplätzen und bei der ABA abgegeben werden. Die Abgabe ist für Privatpersonen kostenlos, für Gewerbetreibende kostenpflichtig.

Die Entsorgung der Kühlmittel ist ein weiterer Schritt zur Verringerung von Umweltbelastungen. (Schluß) du/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 24. Februar 1989

Blatt 372

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Wohnungsämter übersiedeln (373)

Terminvorschau vom 20. Februar bis 2. März (374)

Österreichischer Städtebund: Arbeitsgruppe zur verstärkten Beteiligung von Ausländern am öffentlichen Leben (375)

Kabel-TV erweitert sein Programmangebot (385)

Wiener Landtag (377-384)

Wiener Gemeinderat (386-389)

Kultur:

Viennale erstmals im Volkstheater (376)

Wohnungsämter übersiedeln

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Die Bezirksgruppe Nord der städtischen Wohnhäuserverwaltung (Magistratsabteilung 52), zuständig für die Gemeindewohnungen des 21. und 22. Bezirkes, und die Wohnbeihilfen-Außenstelle der Magistratsabteilung 50 übersiedeln in das Bürohaus des Donauzentrums. Die Bezirksgruppe der MA 52 wird dort am 1. März, die Außenstelle der MA 50 am 7. März ihren Dienst aufnehmen. Beide Dienststellen sind unter der Adresse 1220 Wien, Donaustadtstraße 1, und unter der Wiener Telefonnummer 21 123 erreichbar.

Aufgrund der Übersiedlung wird in den nächsten Tagen in diesen Dienststellen nur ein eingeschränkter Parteienverkehr möglich sein. Die Übersiedlung der Bezirksgruppe Nord der MA 52 aus der Zentrale in der Doblhoffgasse beim Rathaus in den 22. Bezirk erfolgt im Zuge der Neuorganisation und Dezentralisierung der städtischen Wohnhäuserverwaltung. Bereits im Vorjahr wurde die erste Bezirksgruppe (Südost für die Bezirke 3, 4, 10 und 11) dezentralisiert. (Schluß) ah/bs

Terminvorschau vom 27. Februar bis 10. März

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 27. Februar bis 10. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorge-
merkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 27. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Feier des 40jährigen Dienstjubiläums städtischer Bediensteter,
Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Pasterk „Literatur im März“
(1, Alte Schmiede, Schönlaterngasse)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Hofrat
Mag. Otto MARINGER sowie an die Oberschulräte Johann MANDL und
Josef MEHOFER (Steinerner Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 28. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

19.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding „25 Jahre Donauturm“
(Donauturm)

MITTWOCH, 1. MÄRZ:

10.30 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding (Theater/Wien)

11.00 Uhr, Ausstellungseröffnung durch StR. Swoboda „Gaudenzdorfer
Knoten“ (bei der U-Bahn-Station Margaretengürtel)

DONNERSTAG, 2. MÄRZ:

10.00 Uhr, Überreichung von Einsatzmedaillen durch StR. Swoboda an
Hauptmann Karl WAMMERL, Bezirksinspektor Hans WURZER, die
Revierinspektoren Helmut POGGLITSCH und Richard SCHÜTTNER, die
Inspektoren Ernst HIRSCH, Josef KAPPELLER und Christoph KLETTKE
(Steinerner Saal, Rathaus)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an
Franziska MACHACEK und Katharina NEUMAYER (Arb.-Zi, Smejkal)

18.00 Uhr, Enthüllung einer Gedenktafel anl. des 50. Todestages von
Jura Soyfer, StR. Pasterk (9, Kinderspitalgasse 10)

MONTAG, 6. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 7. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 8. MÄRZ:

11.00 Uhr, Eröffnung „Literatur für junge Leser“, StR. Pasterk
(Palais Auersperg)

DONNERSTAG, 9. MÄRZ:

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Häupl an
Franz HANREITER (Arb.-Zi, Häupl)

FREITAG, 10. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Laser-Spezialgerät“
(Pulmolog., 14, Baumgartner Höhe)

14.00 Uhr, Eröffnung des Wiener Naturschutztages, StR. Häupl
(Rathaus, Wappensaal)

19.30 Uhr, Eröffnung „Literatur im März“, StR. Pasterk (Künstlerhaus)
(Schluß) gal/gg

österreichischer Städtebund: Arbeitsgruppe zur verstärkten Beteiligung von Ausländern am öffentlichen Leben

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Die Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes hat auf Anregung von Präsident Dr. Helmut ZILK beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit den Fragen der Beteiligung von Ausländern am öffentlichen Leben auf kommunaler Ebene befassen soll. Es geht nicht nur darum, abzuklären, ob und unter welchen Bedingungen Ausländer in Österreich wählen können, sondern darum, durch welche sonstigen Maßnahmen sie in die Lage versetzt werden können, besser am öffentlichen Leben teilzunehmen (z.B. Sprachschulung der Kinder, Senkung der Kosten der Einbürgerung). Die Einräumung eines Wahlrechtes bzw. die Verkürzung der Anwartschaftszeit auf die Staatsbürgerschaft sind nur zwei der möglichen Maßnahmen, die Lebensbedingungen jener Menschen, die sich in Österreich eine Existenz aufgebaut und hier den Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen haben, näher an jene der Österreicher heranzuführen.

Diese Arbeitsgruppe, zu der Kommunalpolitiker der österreichischen Städte eingeladen werden, soll zu einer Meinungsbildung aus der Sicht der Städte und Gemeinden für die von Bundesminister Löschnak angekündigte Enquete beitragen. Dabei wird sicherlich auch auf den im Rahmen des Europarates erstellten Entwurf einer Konvention über eine Beteiligung von Ausländern am öffentlichen Leben Bedacht zu nehmen sein. (Schluß)
roh/bs

Viennale erstmals im Volkstheater

Wien, 24.2. (RK-KULTUR) Als attraktives Filmfestival präsentiert sich die „Viennale 89“, die mit dem Hauptprogramm (6. bis 17. März) und den begleitenden Retrospektiven und Sonderschauen den ganzen März zum Filmmonat macht. Erstmals findet ein Teil des Festivals im Wiener Volkstheater und damit — so Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK, die gemeinsam mit Helmut DIMKO das Programm vorstellte — in einem festivalwürdigen Rahmen statt. Für die Viennale wird das Volkstheater mit einer 23 Meter großen Kinoleinwand und einer hervorragenden Tonanlage adaptiert. Als Programmschwerpunkt hob Pasterk besonders den neuen spanischen Film hervor, der die junge Kulturszene des Landes repräsentiert. Mit Pedro ALMODOVARs „Frauen am Rande des Nervenzusammenbruchs“ ist auch die Eröffnungsgala der Viennale dem spanischen Film gewidmet, der mit insgesamt 20 Beispielen vertreten ist.

Weitere Themenkreise des Viennale-Hauptprogramms sind — unter dem Übertitel „Kinder, Kinderschicksale“ — Filme über Kinder und deren Schicksal in einer oft brutalen Erwachsenenwelt, „Road-Movies“ aus Deutschland, Japan, Griechenland und Holland und Filme, die sich mit den Schwierigkeiten auseinandersetzen, die beim Aufeinanderprallen verschiedener Kulturen und Nationen entstehen.

Die Arbeitswelt — zwischen dem Wunsch nach Vollbeschäftigung, Automation und Arbeitslosigkeit — und die bedrohte Umwelt stehen im Mittelpunkt einer eigenen Reihe von Kurzfilmen, Trickfilmen, Dokumentationen und Spielfilmen. Aus der UdSSR sind bereits einige Beispiele sogenannter Glasnost- und Perestrojka-Filme, Dokumente der neuen Freizügigkeit, zu sehen. Diese Filme sind im Filmhaus Stöbergasse zu sehen.

Der neue österreichische Film ist unter anderen mit Christian BERGERS Film „Hanna Monster, Liebling“ und Berthold MITTERMAYERS „Eis“ vertreten.

In der Reihe der Sonderfilmschauen ist im Filmmuseum eine Retrospektive der Brüder TAVIANI und im Stadtkino eine Rückschau auf das Werk von Jacques DEMY zu sehen. Im Studio Moliere steht eine Serie klassischer französischer Gangsterfilme auf dem Programm, im Movie-Kino eine Wim-WENDERS-Retrospektive.

Wie in den Vorjahren wird auch heuer wieder ein „Wiener Filmpreis“ von Kodak für einen österreichischen Spielfilm vergeben. (Schluß) gab/gg

Wiener Landtag

Gedenken an Dallinger

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Am Freitag fand unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Ing. HOFMANN eine Sitzung des Wiener Landtages statt. Die Abgeordneten gedachten zu Sitzungsbeginn des tödlich verunglückten Sozialministers Dallinger. Hofmann bezeichnete ihn als einen der profiliertesten Politiker der Zweiten Republik. Dallinger war seit 1980 Sozialminister gewesen.

Fragestunde

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wieviele Verwaltungsstrafverfahren wegen Umweltvergehen im Laufe des Jahres 1988 von Wiener Magistratsdienststellen eingeleitet wurden, antwortete LH ZILK, daß die Bezirksämtern sich mit 1.329 Verwaltungsverfahren zu beschäftigen hatten. Es habe sich gezeigt, daß die Zahl der Verfahren in den einzelnen Bezirksämtern sehr unterschiedlich ist. Zilk führt dies darauf zurück, daß das Umweltbewußtsein nicht überall gleich ausgebildet ist. Die Bezirksämter könnten nur aufgrund von Anzeigen tätig werden. Er werde dafür sorgen, daß dem Umweltschutz verstärktes Augenmerk gewidmet werde, sagte Zilk.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. FÜRST (ÖVP), warum der Stadtschulrat dem Unterrichtsministerium einen Vertragsabschluß zur inzwischen rückgängig gemachten Absiedlung des BRGs Franklinstraße in der Brünner Straße empfohlen habe, antwortete LH Dr. ZILK, daß Schulumbauten während des laufenden Schulbetriebes, wenn überhaupt, nur unter größten Schwierigkeiten möglich sind. Die Sanierung der Schule Franklinstraße ist dringend notwendig. Sowohl die Schule in der Franklinstraße als auch jene in der Ödenburger Straße sind überbelegt, sodaß der Stadtschulrat den Antrag gestellt hatte, neuen Schulraum zu schaffen. Er sollte nach Abschluß der Umbauarbeiten als zusätzliche Kapazität zur Verfügung stehen. Die Wünsche der Eltern wurden allerdings wohl zu wenig berücksichtigt. Der Vertrag wurde im übrigen nicht von der Stadt Wien, sondern vom Bund abgeschlossen. Daher ergeben sich aus der Auflösung auch keine negativen Folgen für die Stadt Wien.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. RUPANER (SPÖ) an Vbgm. MAYR über das Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen berichtete Mayr, daß die Verhandlungen vom Ergebnis der großen Steuerreform geprägt waren. Es ging um die Verteilung der neugeschaffenen Kapitalertragssteuer II. Bei einem zu erwartenden Gesamtertrag von vier bis fünf Milliarden Schilling konnte über die Aufteilung in folgender Weise Einigung erzielt werden: Der Bund erhält 47 Prozent, die Länder bekommen 30 Prozent, die Gemeinden 23 Prozent. In zähen Verhandlungen war es gelungen, den Anteil der Gemeinden von „eigentlich gar nichts“ bis „maximal 15 Prozent“ auf 23 Prozent zu heben. Innerhalb der Länder erfolgt die Aufteilung so: 70 Prozent nach der Volkszahl und 30 Prozent nach dem Aufkommen der Einkommenssteuer; in den Gemeinden wird nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel gearbeitet. Die Laufzeit des Finanzausgleichs beträgt vier Jahre und ist inhaltlich eine Verlängerung des Ausgleichs 1985. Mayr betonte, daß bis 1992 eine generelle Neuerung notwendig sei, da eine Reihe von Abgaben von der Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof gefährdet ist. Auf die ZUSATZFRAGE über die Auswirkungen der Verhandlungen für die Stadt Wien erklärte Mayr, daß bei einem geschätzten Nettoertrag von 3,5 Milliarden bei der Kapitalertragssteuer II, Wien als Land mit rund 240 Millionen Schilling und Wien als Gemeinde mit rund 220 Millionen Schilling rechnen kann.

Die VIERTE ANFRAGE stellte LAbg. Dr. NEUBERT (ÖVP) nach dem Stand der Verhandlungen mit den ÖBB hinsichtlich des Nordbahnhofs: Vor kur-

zem wurde ein Werkvertrag abgeschlossen, erklärte StR. Dr. SWOBODA, der die Erstellung einer Studie über die „Grobbewertung des Areals Frachtenbahnhof Wien Nord“ zum Inhalt hat. Auftraggeber sind die ÖBB und die Stadt Wien gemeinsam. Man kann unabhängig von einem später auszuarbeitenden Konzept für den Eisenbahngüterverkehr im Raum Wien davon ausgehen, daß die Flächen des Nordbahnhofgeländes durch die Stadt Wien gekauft werden. Die Grobbewertung soll die Bedingungen für einen Verzicht der ÖBB auf diese Flächen klären. Langfristig soll für den Nordwestbahnhof dasselbe gelten wie für den Nordbahnhof; die Kosten seien jedoch so hoch, daß das nicht so schnell realisierbar sei. Die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes werde noch heuer in Auftrag gegeben und die mittel- bis langfristige Absiedlung des Nordwestbahnhofes beinhalten.

In der FÜNFTEN ANFRAGE erkundigte sich LAbg. Gerda JERABEK (SPÖ), ob die Gespräche über Standortfragen für Einkaufszentren im Nahbereich Wien mit Vertretern des Landes Niederösterreich bereits stattgefunden haben: Bereits am 17. Jänner haben sich Vertreter von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland zu einem ersten Gespräch zusammengefunden, um ein gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegenheit zu erreichen, führte StR. Dr. SWOBODA aus. Es habe sich gezeigt, daß Standortentscheidungen für Einkaufszentren über die Bundesländergrenzen hinweg getroffen werden müßten, wobei eine Änderung der Bauordnungen notwendig werden könnte. In einem Monat sei ein diesbezüglicher Beamtentwurf zu erwarten.

In der SECHSTEN ANFRAGE erkundigte sich LAbg. FÜRST (ÖVP), wann dem Wiener Landtag ein Landessicherheitsgesetz zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird. StR. Dr. Swoboda erinnerte daran, daß bereits im Oktober 1980 ein „Entwurf eines Wiener Landespolizeigesetzes“ zur Begutachtung ausgesendet wurde. Aufgrund verschiedener Einwendungen wurden dann nach und nach Teilbereiche aus diesem Entwurf herausgenommen und gesondert geregelt: das Wiener Prostitutionsgesetz, die Kampierverordnung, das Tierschutz- und Tierhaltegesetz und das Gesetz zum Schutz der persönlichen Ehre. Drei Problembereiche bleiben noch offen: die Anstandsverletzung und Lärmerregung, die Bettelerei und die Unfugabwehr. Die ersten zwei Tatbestände sind bereits gesetzlich geregelt, zum Problem der Unfugabwehr müssen weitere Überlegungen angestellt werden.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Ruth BECHER (SPÖ), in welchem Umfang Wien in den letzten fünf Jahren durch Steuer- und Beitragsleistungen zur Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds beigetragen habe, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, in den Jahren 1984 bis 1988 hätte Wien in Form von Beiträgen und im Wege steuerlicher Umverteilung rund 3,8 Milliarden an den Wasserwirtschaftsfonds bezahlt. Dem stünden 1,4 Milliarden an Zuflüssen aus dem Fonds an Wien gegenüber. Vom Fonds zugesagt seien rund drei Milliarden, die erst in den nächsten Jahren erfüllt würden. Er habe, sagte Mayr, deponiert, daß die von Wien aufgebrachten Finanzmittel für den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds im vollen Rahmen auch innerhalb Wiens genützt werden sollen. Wien habe in den letzten fünf Jahren von seinen Beitragsleistungen nicht einmal die Hälfte an Zuflüssen erhalten.

Ein einziger Fall, sagte Mayr auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. HIES (SPÖ), sei von der Aufhebung der authentischen Interpretation des Getränkesteuergesetzes durch den Verfassungsgerichtshof betroffen. Konkret habe es sich bei diesem Anlaßfall um die Steuern der Jahre 1980 bis 1985 gehandelt, bei denen der Wertanteil für Einweggebilde aus der Berechnungsgrundlage auszuschneiden sei. Die bisherige Gesetzeslage, unterstrich Mayr, sei vor allem im Sinne des Umweltschutzes, auch wenn sie aus formalen Gründen vom Verfassungsgerichtshof gerügt worden sei, unbedingt aufrecht zu erhalten. Dies nicht zu tun, bedeute einen wirtschaft-

Forts. von Blatt 377

Forts. auf Blatt 379

lichen Impuls für den Verkauf von Dosengetränken und eine Verbilligung derselben. Aus ökologischen Gründen dürfe diese Steuer, die eine Lenkungsabgabe erster Ordnung darstelle, deshalb nicht abgeschafft werden.

Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz

StR. EDLINGER (SPÖ) legte das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz 1989 zur Annahme vor. In seinen Ausführungen wies Edlinger darauf hin, daß die Verlängerung der Wohnbauförderung eine Neuordnung in Form eines eigenen Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes notwendig macht. Trotz einer Mittelkürzung für diesen Bereich von 6,2 auf fünf Milliarden Schilling muß eine zeitgemäße Wohnraumversorgung der Bevölkerung sichergestellt werden. Im Sinne der gesellschaftspolitischen Bedeutung des Wohnens müssen Lösungen gesucht werden, die von den Menschen verstanden werden, die ihrer jeweiligen Leistungskraft entsprechen und dem alten Ziel, den Schwachen stärker zu helfen, Rechnung tragen. Edlinger verwies auf die großen Erfolge der sozialdemokratischen Stadtregierungen im Wohnbaubereich sowohl in der Ersten als auch in der Zweiten Republik. An dieses — trotz mancher Fehler — durchaus große Erbe gilt es anzuschließen, wobei der Schwerpunkt im Bereich der Stadterneuerung zu setzen ist. Dabei gilt es vor allem, dem qualitativen Wohnungsbedarf Rechnung zu tragen und leistbare zeitgemäße Wohnungen zu schaffen. Edlinger sprach sich für eine pluralistische Wohnungspolitik aus, in der vielfältige Rechtsformen und natürlich auch die Privatinitiative ihren Platz haben, in der aber die Gemeinschaft in die Verantwortung für die Schwächeren regelnd eingreift. Als wesentlichste Zielsetzung des neuen Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes nannte er:

1. Die Sicherstellung des notwendigen Wohnungsneubaues durch die Förderung von etwa 4.000 Wohnungen pro Jahr mit Anfangsmitteln von rund 30 bis 35 Schilling pro Quadratmeter.
2. Die Sicherstellung einer sozialen, bewohnerorientierten, sanften Stadterneuerung mit einem jährlichen Investitionsvolumen von rund drei Milliarden Schilling, wobei die gezielte Förderung von Blocksanierungen und die differenzierte Förderung von Sockel- und Totalsanierungen, eine Neuregelung der Subjektförderung und die besondere Förderung von Baulückenverbauungen im Stadtinneren im Mittelpunkt stehen sollen.
3. Die Öffnung des Förderungsrechtes für neue Finanzierungsarten wie Baukostenzuschüsse, nicht rückzahlbare Zuschüsse und Beiträge und verschiedene Sondermodelle. Eine sozialorientierte Förderung soll vor allem Einkommensschwächeren, Jungfamilien, Behinderten und auch Ausländern zugute kommen.

Edlinger wies darauf hin, daß die Vorbereitungen für dieses Gesetz ein Jahr gedauert haben, und daß die Sozialisten dabei bei aller Kompromißbereitschaft ihren Grundsätzen treu geblieben sind. Als entscheidendes Kriterium im Wohnbereich nannte Edlinger die Mitbestimmung und die Entscheidungsgewalt. Das Eigentum an Wohnraum mache diesen — wie man etwa in der Schweiz oder in Deutschland oder auch in Vorarlberg sieht — nicht billiger. Edlinger betonte, daß das vorliegende Gesetz dem Gedanken einer sozialen Wohnungspolitik entspricht. Noch vor dem Sommer sollen zwei weitere Hauptstücke beschlossen werden, die die Mietzinsbildung, die Möglichkeit einer begünstigten vorzeitigen Rückzahlung von Förderungsdarlehen sowie eine Eigentumsübertragung von neugeförderten Mietwohnungen unter bestimmten Voraussetzungen neu regeln sollen.

LAbg. KIRCHNER (FPÖ) bezeichnete den Gesetzesentwurf als Paradebeispiel dafür, wie man ein Gesetz nicht machen darf. Es sei eine Fortschreibung des alten Gesetzes mit geringfügigen Änderungen, und es sei

Forts. von Blatt 378

Forts. auf Blatt 380

Forts. von Blatt 379

eigentums- und familienfeindlich, Die Vorschläge der FPÖ zu diesem Gesetz seien nicht zur Kenntnis genommen worden. LAbg. Kirchner brachte eine Reihe von Anträgen ein:

- Die Förderung von Geschäftsräumen in geförderten Gebäuden soll auf kleinere Förderungen (z. B. Handwerker) abgestimmt werden. Kirchner möchte damit verhindern, daß Förderungen zugunsten von Supermärkten und Banken ausgeschüttet werden.
- Auf die Förderung und Gewährung von Wohnbeihilfen soll ein Rechtsanspruch bestehen.
- Die Förderung von Wohnraum soll bei zwei Personen mit 130 Quadratmetern und für jede weitere Person mit zusätzlichen 20 Quadratmetern begrenzt werden. Größere Wohnungen sollen wohl auch Förderungen erhalten, jedoch limitiert aufgrund der hier lebenden Personen.
- Im Interesse behindertengerechter Wohnungen soll die Durchgangsbreite aller Türen mindestens 80 Zentimeter betragen.
- Die Förderungswerber haben mindestens zehn Prozent der förderbaren Gesamtkosten aufzubringen. Ein höherer Eigentumsanteil mache den Erwerb von Wohnungen schwierig.
- Es soll ein Wohnbauscheck eingeführt werden, den der einzelne Bewerber um eine wohnbauförderte Wohnung einem Bauträger seiner Wahl übergeben kann. Kirchner erwartet davon eine Qualitätssteigerung und eine bessere Preiskalkulation aufgrund der internen Konkurrenz zwischen den Wohnbauträgern.
- Für alle Wohnungen, gleich welcher Rechtsform, soll ein Anspruch auf Wohnbeihilfe bestehen.
- Förderungswerber müssen sich schriftlich bereiterklären, durch das Kontrollamt die Verwendung der Förderungsmittel überprüfen zu lassen. Das soll Voraussetzung für die Förderungsgewährung sein.

Als erster Redner der ÖVP nahm LAbg. Dr. Wolfgang PETRIK zu Vorgängen in der letzten Sitzung des Wiener Landtages Stellung. Er deponierte die „Empörung seiner Fraktion darüber, daß Landtagspräsident Ing. HOFMANN keinen Ordnungsruf für die Entgleisungen von Landeshauptmann Dr. ZILK erlassen“ habe. Demokratie brauche die Achtung vor der Würde des Andersdenkenden. Durch seine Äußerungen habe Dr. Zilk die Würde eines Mitgliedes des Landtages verletzt. Dr. Petrik erklärte, „das Vertrauen seiner Fraktion in die Amtsführung Hofmanns sei zutiefst in Frage gestellt.“

Zum Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz betonte Dr. Petrik, die Verlängerung der Wiener Wohnbauförderung sei eine große Chance für die Stadt, insofern, als regionale Anpassungen und Korrekturen ermöglicht wurden. Die ÖVP werde der Gesetzesvorlage zustimmen, da nach 20 Jahren „roter Wohnbaupolitik“ die SPÖ sich von ihren bisherigen Positionen abgesetzt und erkannt habe, daß Wohnbau nicht nur sozialpolitische, sondern auch wirtschaftspolitische Konsequenzen hat. Daß es zu einer Verteuerung kommen werde, bezeichnete Dr. Petrik als schmerzhaft, aber mit diesen Maßnahmen werde es gelingen, den Wohnbau dem Markt anzupassen und dadurch zu stärken und qualitativ anzuheben. Petrik begrüßte es, daß in Zukunft Beschränkungen bei der freien Verfügbarkeit von Eigentumswohnungen wegfallen. Das Gesetz werde die sachliche Grundlage bilden, für Bürger wirkungsvolle Wohnbaupolitik zu machen.

Die Verlängerung sei im Interesse Wiens gelegen, meinte LAbg. WOLLER (SPÖ), denn immer noch sei das schwere Erbe der Gründerzeit zu bewältigen. Wien ist nicht nur anders, sondern auch schneller, sagte Woller, zu dem Umstand, daß Wien das erste Bundesland ist, das ein neues Wohnbaugesetz ausgearbeitet hat. Als die fünf Hauptziele sozialistischer Politik, die mit dem Gesetz verwirklicht werden, nannte Woller:

- 1) die Förderung von jährlich 4.000 neuen Wohnungen;

Forts. auf Blatt 381

- 2) jährlich 3 Milliarden Schilling für die Stadterneuerung;
- 3) die monatliche Mietbelastung neuer und sanierter Wohnungen in den Griff zu bekommen;
- 4) die Finanzierung der Förderungspolitik;
- 5) bis zu 50 Prozent der mit öffentlichen Mitteln geförderten Neubauwohnungen und jede vierte sanierte Wohnung der Stadt Wien für die Vergabe zur Verfügung zu stellen.

Auch im Detail wurde eine Reihe von Verbesserungen durchgeführt, erklärte Woller, erstmals gibt es auch gesetzliche Bestimmungen für die Errichtung behindertengerechter Wohnungen, und für sozial schwächere Schichten wurde ein Netz von Sozialmaßnahmen geknüpft. Als besonders erfreulich bezeichnete es Woller, daß es so rasch zu diesem Gesetz gekommen sei, und ein Konsens mit der großen Oppositionspartei gefunden werden konnte.

LAbg. PRINZ (FPÖ) sagte, daß in manchen Gemeindebauten die Mieter ein subjektives Unsicherheitsgefühl hätten und daß bauliche Unzulänglichkeiten und Risiken beseitigt werden müßten. Laut Bauordnung wäre die Gemeinde als Besitzerin dazu verpflichtet. Auch forderte Prinz eine Überarbeitung der Wiener Bauordnung, da dieser in Zukunft noch mehr Bedeutung zukomme.

Für die Zukunft sei ein noch größeres Auseinanderklaffen zwischen notwendigen Eigenmitteln und den geringeren Förderungsmitteln zu befürchten. Deshalb werde es zu einer vermehrten Puschertätigkeit kommen. Das neue Wohnbauförderungsgesetz beinhalte auch keine Maßnahmen zum Schutz von unverschuldet in Not geratenen „Häuselbauern“.

LAbg. MANDAHUS (ÖVP) erinnerte an die „Pfuscherenquete“ im Rathaus, die keine brauchbaren Konsequenzen nach sich gezogen habe. Die Zahl der Anzeigen sei zwar kräftig gestiegen, die Strafhöhe aber viel zu gering. Anlässlich der Vorlage des neuen Wohnbauförderungsgesetzes müsse die Frage gestellt werden, wie sich die 20prozentige Kürzung der Mittel auswirken werde. Momentan sei die Situation der Bauwirtschaft zwar merklich besser als prognostiziert, dies sei jedoch im wesentlichen auf den milden Winter zurückzuführen. Der Auftragspolster wurde aufgearbeitet, dadurch sei in Kürze ein Auftragsloch zu befürchten. Im Jahr 1988 wurde ein Bauvolumen von 2,9 Milliarden Schilling erreicht, es war dies das erste Mal in all den Jahren, daß die vorgegebene Summe fast erreicht wurde.

Mandahus beklagte die schleppende Bearbeitung von eingereichten Bauvorhaben durch die Behörde. Von 36 von einem privaten Architekten eingereichten Bauvorhaben, die bis in das Jahr 1987 zurückreichen, sei noch kein einziger erledigt, führte Mandahus als Beispiel an.

Das neue Gesetz, sagte LAbg. Christine SOTONA (SPÖ), sei eine Grundlage für viele Jahre kommunaler Wohnbaupolitik. Die Lebensqualität sei stärker verankert, und der soziale Aspekt sei bei dem neuen Gesetz in den Vordergrund gerückt worden. Die Möglichkeiten des Eigenmittelerstattens und der Wohnbeihilfe seien wichtige Komponenten, um sozial benachteiligten Familien Ansprüche auf adäquaten Wohnraum zu sichern. Relevant sei neben dem Familieneinkommen und der Wohnungsgröße auch die soziale Situation.

Die Lebensgrundlage Wohnen habe mit diesem Gesetz eine noch stärkere Betonung in der Kommunalpolitik erfahren, schloß Sotona.

Bereits im ersten Paragraphen des neuen Gesetzes, sagte Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), sei die Begründung zu finden, weshalb seine Fraktion das neue Wohnbauförderungs- und Wohnbausanierungsgesetz ablehne. Der Paragraph schließe einen Rechtsanspruch auf Förderung sowie Rechtsmittel und Rechtswege zur Erlangung derselben aus und bedeute einen demokratiepolitischen Rückschritt zum Proporz. Objektive Vergabekriterien und eine effiziente Kontrolle seien dadurch ausgeschlos-

Forts. von Blatt 380

Forts. auf Blatt 382

sen. Man habe trotz durchaus produktiver Verhandlungen über das neue Gesetz keine Möglichkeit gefunden, die Chance, die durch die Übertragung der Kompetenzen vom Bund zum Land im Sinne einer Objektivierung der Wohnbauförderung bestanden habe, zu nützen, schloß Pawkowicz.

In seinem Schlußwort dankte StR. EDLINGER (SPÖ) für die engagierte Zusammenarbeit beim Zustandekommen des Gesetzes, das jedoch nur Teil eines Bündels einschlägiger Gesetze sein werde. Das Bemühen um die Erzielung eines Konsenses bedeute allerdings nicht automatisch, daß alle Diskussionsbeiträge auch berücksichtigt werden könnten, meinte Edlinger an die Adresse der FPÖ. Was die Erhaltung der Wohnhäuser und den Einbau sicherheitstechnischer Verbesserungen betrifft, dürfe man nicht den Weg der FPÖ gehen, sondern müsse den Bewohnern sagen, daß dafür die Mieter aufkommen müssen und nicht die Allgemeinheit in Anspruch genommen werden könne. Zum Rechtsanspruch für eine Wohnbauförderung erläuterte Edlinger, daß dadurch die Dispositionsmöglichkeiten der Kommune blockiert würden. Es gehe nicht darum, politischen Einfluß auf die Vergabe zu nehmen, sondern es müsse laufend geprüft werden, ob die Voraussetzungen für die Vergabe der Förderungen noch aktuell sind. Edlinger wandte sich gegen den FPÖ-Vorschlag, dem Kontrollamt die Überprüfung von Förderungsempfängern zu übertragen, weil dieses dann durch Verwaltungsagenden überfrachtet würde. Grundsätzlich sprach sich Edlinger für eine Kontrolle aus, die umfassender und effektiver sein sollte. Die FPÖ lud er zur Meinungsbildung ein. Hinsichtlich der Abänderungsanträge führte Edlinger unter anderem aus, bei der maßgeblichen Wohnungsgröße gehe es um den Betrag der Wohnbeihilfe, nicht um die Förderung, wobei in bestehende Zusicherungen nicht eingegriffen werden sollte. Was den Wohnbauscheck betrifft, sollte man darüber reden, allerdings aufgrund konkreter Vorschläge. Die FPÖ, die diesen Scheck verlangt, sollte ihre Idee präzisieren und untermauern. Hinsichtlich der Rollstuhlfreundlichkeit von Wohnungen sagte Edlinger, daß der jetzt gewählte Weg (behindertengerechter Zugang, Adaptierung von Wohnungen wenn nötig) die Zustimmung der Behindertenvertreter gefunden habe.

ABSTIMMUNG: Sechs FPÖ-Abänderungsanträge und der Antrag betreffend die allgemeine Wohnbeihilfe wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt, der Antrag betreffend den Wohnbauscheck wurde einstimmig zugewiesen, das Gesetz selbst in erster und zweiter Lesung von SPÖ und ÖVP angenommen.

Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR ersuchte um Zustimmung zu einer Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder beim Personalaufwand für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen, bei der Förderung des Wohnbaus und der Wohnhaussanierung sowie bei der Dotierung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds.

LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte fest, daß in dem vorliegenden Geschäftsstück drei völlig unterschiedliche Sachgebiete behandelt werden. Von seiten der FPÖ bestehe zum 1. und 2. Punkt kein Einwand, aber beim dritten sei der Titel irreführend, da es nicht um eine Dotierung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, sondern um dessen finanzielle Auszehrung gehe. Mit der jetzigen Vereinbarung werde das Zerstörungswerk systematisch fortgesetzt. Bei der Vorlage eines Plans des Bundes, die Müllgebühren der Gemeinden mit Zusatzsteuern zu belegen, habe Mayr protestiert, jetzt schlage er eine eigene Steuer vor. Vergangene Woche wurden die Entwürfe für eine Novellierung der Wasser-, Kanal- und Müllgebührengesetze vorgelegt. Dies erwecke den Eindruck, als sollten die Bürger unter demselben Titel zwei- bis dreimal zur Kassa gebeten werden.

Forts. von Blatt 381

Forts. auf Blatt 383

Forts. von Blatt 382

Es sei richtig, erklärte LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP), daß dem Fonds insgesamt weniger Geld zur Verfügung steht als früher. Der Umweltfonds hat am Anfang alle Dinge gefördert, die an ihn herangetragen wurden. Heute ist die Situation anders, es gibt schärfere Umweltgesetze, und es ist daher nicht einzusehen, alles zu fördern. Mit LABg. Hirnschall sei er einig, daß überfallsartig drei neue Gesetze präsentiert wurden, die Erhöhungen vorsehen. Durch die Umwandlung der Gebühren in Steuern würde vom Kostendeckungsprinzip abgegangen. Es sei eine Frage, für die Umweltpolitik Geld aufzutreiben, und eine andere, das Bewußtsein für Umweltpolitik zu schaffen. Dies sei nur mit Klarheit, mit Wahrheit zu schaffen. Mayr habe nicht nur ein „schlampiges Verhältnis zum Gesetz und zum Recht“, erklärte Hawlik, „sondern auch ein ungeordnetes Verhältnis zur Wahrheit“. Zu den Themen Dioxinwerte der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig und EBS sowie Smogalarm sei „in einer Reihe von Anfragebeantwortungen auch vom Bürgermeister die Unwahrheit gesagt worden“. Er gebe zum selben Thema verschiedene Aussagen, eben nur Teilwahrheiten. Hawlik forderte Sofortmaßnahmen und klare Informationen.

Entsorgungseinrichtungen wie die EBS seien unbestritten, erklärte Umweltstadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ) in seiner Wortmeldung. Er könne sich auch nicht erinnern, daß je bestritten wurde, daß bei der Verbrennung von Müll und auch Sondermüll Dioxine entstehen. Allerdings müsse sich der Gesetzgeber etwas gedacht haben, als er zur Erreichung der vorgeschriebenen Grenzwerte eine Sechsjahresfrist gesetzt habe. Es sei aber auch richtig, daß der überwiegende Teil der Schadstoffemissionen bei weitem unter den vorgegebenen Grenzwerten liegt. Häupl stellte fest, daß Überschreitungen bekannt sind, aber daran gearbeitet wird, die Grenzwerte einzuhalten. Häupl wandte sich gegen eine Verunsicherung der Bevölkerung.

Ziel der Vereinbarung sei es, auch mit reduziertem Aufwand eine hohe Effizienz zu erreichen, sagte LABg. Ing. SVOBODA (SPÖ). Alle drei Vertrags-teile bringen Vorteile für Wien. Zur Frage des Umweltfonds stellte Svoboda fest, daß Umweltmaßnahmen in Wien nicht allein aus diesem Fonds, sondern zum größten Teil aus Budgetmitteln finanziert werden. Im Hinblick auf die Äußerung Hawliks bezüglich „Schlampiges Verhältnis“ stellte Svoboda fest, die SPÖ stehe voll und ganz auf dem Boden des Rechts und der ordnungsgemäßen Information der Bevölkerung. Zur Wahrung der Würde und des Ansehens des Hauses und seiner Mitglieder schlug er vor, in einer gemeinsamen Sitzung der Klubobmänner mit Präsident Ing. Hofmann eine Lösung zu finden, die eine offene, ehrliche, glaubwürdige, stilvolle Politik ermögliche.

In eigener Sache meldete sich Präsident HOFMANN zu Wort und erklärte, er habe bereits in der Vorbereitungssitzung für die Landtagssitzung den Klubobmännern seine Möglichkeiten dargelegt, sowohl StR. Busek für seine Zwischenrufe in der letzten Sitzung „Haben Sie keinen Sinn für Stil?“ und „Letztklassig, was hier geboten wird“ als auch Bürgermeister Zilk für seine Antwort „Schauen Sie sich in den Spiegel, dann wissen Sie was letztklassig ist“ einen Ordnungsruf zu erteilen oder keinen von beiden. Er habe sich für die zweite Möglichkeit entschieden. Hofmann appellierte an die Abgeordneten, bei ihren Debattenbeiträgen nicht zweierlei Maß beim Austeilen und Einstecken zu nehmen.

Im Schlußwort des Berichterstatters erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, der Vertrag könne nur als ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Zur Kritik an der Kürzung der Mittel des Fonds sagte Mayr, von Wien wurden in den letzten fünf Jahren Beiträge in der Höhe von 3,8 Milliarden geleistet, herausbekommen hat Wien 1,4 Milliarden.

Zu den Vorwürfen von LABg. Hawlik warf Mayr die Frage auf, was Dr. Hawlik als wesentlicher Mitarbeiter von Umweltministerin Flemming für einen Grund habe, immer wieder Behauptungen aufzustellen, die schon längst widerlegt seien. „Ist Schimpfen nicht vielleicht auf das schlechte Ge-

Forts. auf Blatt 384

wissen zurückzuführen, im eigenen Bereich des Umweltministeriums nicht genug getan zu haben?" Er werde auf alle Fälle die zuständigen Magistratsabteilungen und die EBS beauftragen, zu errechnen, um wieviel die Summe der Abgase herabgesetzt werden kann, wenn in Wien bei den EBS kein Sondermüll aus den Ländern mehr übernommen wird.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Änderung Gefrorenensteuergesetz und Getränkesteuergesetz

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) beantragte die Annahme von zwei Gesetzen, mit denen das Gefrorenensteuergesetz 1983 und das Getränkesteuergesetz 1971 geändert werden sollen. In beiden Fällen gehe es darum, die Steuer von Getränken beziehungsweise Eis inklusive der Verpackung zu berechnen. Der Verfassungsgerichtshof habe aus formalen Gründen gefordert, daß dies in den jeweiligen Gesetzen klarer formuliert werde. Mit den Gesetzesänderungen werden sich keine Änderungen für die Steuerpflichtigen ergeben, da es sich nur um eine formale Reparatur handle.

LAbg. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) erklärte, daß seine Fraktion einer Änderung des Gefrorenensteuergesetzes nicht zustimmen werde, weil dies eine 20jährige Rückwirkung beinhalte. Diese Weigerung basiere auf der Angst vor der Schaffung von Präzedenzgründen und weil eine solche Praxis einen demokratiepolitischen Schaden verursache.

ABSTIMMUNG: Das Gefrorenensteuergesetz wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschlossen, das Getränkesteuergesetz einstimmig.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um ca. 15.15 Uhr.

Forts. von Blatt 383

Kabel-TV erweitert sein Programmangebot

Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Ab Samstag, dem 25. Februar, erweitert Telekabel sein Programmangebot: Als zwölftes Programm wird SWF 3 angeboten, das auf UHF-Kanal 42 oder auf VHF-Kanal 8 empfangen werden kann.

Schwerpunkte des neuen in technisch einwandfreier Qualität im Wiener Kabelnetz empfangbaren Fernsehsenders sind Kultursendungen mit Schwerpunkt Europa, ein umfangreiches Spielfilmangebot und zahlreiche Unterhaltungssendungen. Es werden aber auch Nachrichten in englischer und französischer Sprache gesendet.

Damit können derzeit in Wien folgende 12 TV-Programme via Kabel empfangen werden: FS 1, FS 2, ARD, ZDF, Bayerisches Fernsehen, Deutschsprachiges Schweizer Fernsehen, SAT 1, 3 SAT, RTL plus, Super Channel, Sky Channel und eben SWF 3. (Schluß) ull/bs

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. GUTMANNSSBAUER (SPÖ) nach den Erfahrungen mit der Mietermitbestimmung bei Wohnhaussanierungen sagte Wohnbaustadtrat EDLINGER, es sei derzeit noch zu früh, um eine Bilanz zu ziehen, da die Entwicklung in diesem Bereich erst 1985 begonnen habe. So seien in der ersten Phase der Wohnhaussanierung eher Planung und Bautechnik im Vordergrund gestanden, Bedeutung habe die Mietermitbestimmung, deren Anteil anfangs bei fünf Prozent lag und nun auf 20 Prozent gestiegen sei, erst bei den Sockelsanierungen erlangt. Er, sagte Edlinger, vertrete die Ansicht, daß Mietermitbestimmung auch im privaten Wohnbau und Sanierungsbereich wünschenswert sei, und viele Private praktizieren sie auch jetzt schon. Ein wesentliches Instrument der Mietermitbestimmung seien die Gebietsbetreuungen, die in nächster Zeit durch einen Mieterbetriebsdienst erweitert werden sollen.

Der Verkauf des Palais Harrach, sagte StR. Edlinger auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (ÖVP), sei bereits rechtswirksam. Er habe die Mitteilung über das Einlangen des unterfertigten Kaufvertrages am 22. Februar 1989 durch die zuständige Magistratsabteilung erhalten. Der Kaufvertrag habe den Gemeinderat nochmals vorgelegt werden müssen, weil der Käufer die Bezahlung des laut ersten Vertrag vereinbarten Kaufpreises von 62 Millionen Schilling um einige Tage zu spät geleistet habe.

Die Ausschreibung des Geschäftsführerpostens des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, beantwortete StR. Edlinger die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), sei notwendig, weil beide Geschäftsführer im Jahr 1989 pensioniert würden. Damit eine nahtlose Übergabe vonstattengehe, werde es eine Überschneidung geben, in Zukunft soll die Geschäftsleitung aber von einer Person wahrgenommen werden. Es soll stellvertretende Geschäftsführer mit eigenen Geschäftsbereichen geben. Die Entscheidung über die Organisationsform obliege dem Kuratorium. Er, schloß Edlinger, stelle sich eine ähnliche Regelung der Geschäftsführung vor wie im Wirtschaftsförderungsfonds. Es bestehe nicht die Absicht, Verträge mit speziellen Abfertigungs- und Pensionsregelungen abzuschließen.

Die VIERTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP), wie die Erfahrungen aus dem Betrieb der Sonnenhäuser auf dem Flötzersteig sind, antwortete Stadtrat EDLINGER (SPÖ), daß das Projekt ins Jahr 1975 zurückreicht und die Gebäude nach umfangreichen Vorarbeiten 1985 fertig waren. Seit 1986 wird die Effizienz regelmäßig überprüft. Bei der Beheizung ist der Erfolg nicht besonders zufriedenstellend, während man bei der Warmwasserbereitung eine Amortisation innerhalb von zehn bis 15 Jahren kalkulieren kann. Wenn auch die seinerzeitige Technik heute bereits teilweise überholt ist, haben die Auswertungen der Untersuchungen doch wertvolle Erkenntnisse geliefert. Für Wohnbauten scheint diese Technik derzeit nicht zielführend, zumal die Mieter die Kosten tragen müssen, doch sollen weitere Untersuchungen bei anderen Objekten stattfinden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ), warum auf dem Simmeringer Markt zahlreiche Verkaufsstände unbenutzt sind, obwohl es viele Zuteilungsansuchen gebe, antwortete Stadträtin Christine SCHIRMER (SPÖ), daß drei von insgesamt 30 Marktständen leerstehen. Als Nachfolger wurden solche präsentiert, die Verabreichungen planen, und danach besteht weder auf dem Simmeringer Markt noch für die Nahversorgung Bedarf. Einer der Stände ist so klein, daß sich kein Interessent, auch keiner der beiden Nachbarn, findet. Zusätzliche Verabreichungsbetriebe tragen, so Schirmer, nicht zur Attraktivierung der Märkte bei.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Hans KÖNIG (SPÖ), welche Ergebnisse die Kontrollen von Gewerbebetrieben bezüglich pyrotechnische Artikel ergeben haben, antwortete Stadträtin Christine SCHIRMER, daß es in der Zeit vor Weihnachten kaum Beanstandungen gab, während unmittelbar vor dem Jahreswechsel zahlreiche Anzeigen erstattet und 600 Kilogramm pyrotechnische Artikel beschlagnahmt werden mußten. Es habe sich gezeigt, daß Anzeigen einen erzieherischen Effekt haben, während bloße Ermahnungen nichts fruchten. Die Stadt Wien wird weiterhin solche Schwerpunktkontrollen durchführen, kündigte Schirmer an.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), welche Pläne hinsichtlich einer Verlegung des Meiselmarktes auf das benachbarte Areal des Wasserreservoirs bestünden, antwortete Stadträtin Christine SCHIRMER (SPÖ), daß die MA 19, für die sie allerdings nicht zuständig sei, gemeinsam mit der Firma Stadtprojekt eine städtebauliche Studie für die Neugestaltung des Areals Meiselmarkt und Behälter ausarbeite. Der Wunsch nach einer solchen Neugestaltung nach dem Bau der U 3 in der Meiselstraße bestehe vor allem seitens des 15. Bezirkes. Sie werde sich dafür einsetzen, daß der Markt in seiner Funktion voll erhalten bleibe, dies müsse aber nicht an der jetzigen Stelle sein, sagte Schirmer. Man habe sich bemüht, möglichst wenig Stände absiedeln zu müssen, 14 seien davon betroffen. Nur mit vier von ihnen habe es keine Einigung über Ablöse und Provisorium gegeben, sodaß ein Widerrufverfahren eingeleitet werden mußte.

Es gebe bisher im Rahmen der Wiener Exportförderungsaktion nur zwei Kreditausfälle, bei denen die Bürgschaft der Stadt in Anspruch genommen wurde, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. HAAS (SPÖ). Beim ersten dieser Fälle wurden zwei Millionen Schilling Bürgschaft übernommen, beim zweiten stehe die Höhe der Haftung noch nicht fest, werde aber höchstens 2,3 Millionen betragen. Angesichts der 355 Kreditfälle mit einem Gesamtvolumen von 1,4 Milliarden Schilling sei dies eine sehr erfolgreiche Aktion, und die Ausfälle seien sehr gering. Derzeit laufen 163 Exportverträge mit 562 Millionen Schilling Gesamthaftung. Die Aktion komme vor allem kleineren Betrieben zugute.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Dr. SALCHER (ÖVP), ob sie die Notwendigkeit sehe, Konsequenzen aus den Ereignissen im Zusammenhang mit der Opernballdemonstration im Hinblick auf das Konzept der Gemeinde Wien für die sogenannten Randgruppen zu ziehen, antwortete Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL (SPÖ), es sei kein Abweichen von der bisherigen Vorgangsweise geplant. Zum Haus Währinger Gürtel Nummer 4 sagte Smejkal, ein Privater würde dieses Haus zur Verfügung stellen, und sie würde eine solche Vorgangsweise prinzipiell unterstützen. Es gebe noch drei andere Projekte dieser Art in Wien, bei denen es keinerlei Beanstandungen gebe. Nach allen Erfahrungen sei dies die einzige Möglichkeit zur Integration der sogenannten Randgruppen.

Die qualitative Operette gehöre ebenso zur Musiktradition der Stadt Wien wie die Oper. Dies sagte Stadträtin Dr. Ursula PASTERK (SPÖ) auf die ELFTE ANFRAGE von GR. GINTERSDORFER (FPÖ) nach Initiativen, auch in den Sommermonaten den Wien-Besuchern qualitätsvolle Operetenaufführungen zu bieten. Der Wiener Sommer müsse sich als Einrichtung für den Fremdenverkehr aber nach dem Markt richten, und der habe im Vorjahr gezeigt, daß die Aufführung der Oper „Zauberflöte“ wesentlich höhere Einnahmen bei einer Auslastung von nahezu 100 Prozent erbracht habe als die Aufführung der Operette „Lustige Witwe“. Deshalb werde die Oper auch heuer wieder im Vordergrund stehen. Die „Zauberflöte“ wird neu aufgeführt werden.

Grundstücksverkauf

GR. Christine SOTONA (SPÖ) beantragte den Verkauf von Grundstücken

Forts. von Blatt 386

Forts. auf Blatt 388

in 22, Silenigasse, an die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte den zu billigen Verkauf. Für das 16.989 Quadratmeter große Grundstück ist ein Kaufpreis von 10 Millionen Schilling vereinbart, daß sind 637 Schilling/Quadratmeter. Tatsächlich wäre im gegenständlichen Fall ein Preis von 850 Schilling angemessen. Dieser Diskontpolitik beim Verkauf von Grundstücken an VP- und SP-nahe Wohnbaugesellschaften können die Freiheitlichen nicht zustimmen, da dies zu Lasten aller Steuerzahler gehe.

Es sei eine Aufgabe des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, Grundstücke für den Wohnbau günstig zur Verfügung zu stellen, betonte GR. FAYMANN (SPÖ), da der Grundstückspreis eine der wesentlichen Belastungen für die späteren Mieter darstelle. Mit der Bereitstellung günstiger Grundstücke an Bauwerber werde die Voraussetzung dafür geschaffen, kostengünstige Wohnungen zu bauen.

ABSTIMMUNG: Mit Mehrheit angenommen.

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in Favoriten

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Laxenburger Straße, Troststraße, Neilreichgasse, Friesenplatz, Neilreichgasse, Quellenstraße und Quellenplatz im 10. Bezirk.

GR. FUCHS (ÖVP) führte aus, daß die Durchmischung eines Gebietes mit Wohnbauten, Gewerbe- und Industriebetrieben sowie ausreichenden Grünflächen notwendig sei. Seine Fraktion sei der Meinung, daß diese Forderung mit dem nun vorliegenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplan nicht erfüllt werde, weshalb sie dem Geschäftsstück auch die Zustimmung verweigere. Beispielsweise seien darin zirka 4.000 Quadratmeter für den Neubau eines Großmarktes (Konsum) vorgesehen, obwohl die Bevölkerung der Meinung sei, daß die Nahversorgungssituation zufriedenstellend sei. Seine Fraktion distanzieren sich von der Zerstörung einer funktionierenden Nahversorgungsstruktur und von arbeitsplatzzerstörenden Monsterprojekten.

GR. GAAL (SPÖ) erklärte, daß der vorliegende Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im Bezirk mit den Bürgern und Interessensvertretern eingehend diskutiert worden sei. Auch in der Bezirksvertretung konnte ein einvernehmlicher Beschluß erreicht werden. Vom Vorredner sei eine einzige Detailfrage herausgegriffen und als Ablehnungsgrund vorgeschoben worden. Zudem werde nicht nur ein Einkaufsmarkt geschaffen, sondern auch zahlreiche andere Geschäfte eingerichtet, damit die Nahversorgung noch verbessert werde, schloß Gaal.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im 13. Bezirk

GR. KÖNIG (SPÖ) beantragte die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Wolkersbergenstraße, Versorgungsheimstraße und Speisinger Straße im 13. Bezirk.

GR. PRINZ (FPÖ) stellte einen Abänderungsantrag für den Bereich Eduard-Jäger-Gasse 1-3 sowie Speisinger Straße 2, der als Wohngebiet gewidmet werden soll, außerdem soll der Bereich Speisinger Straße 2-40, sowie 3-37 zur Schutzzone erklärt werden. Es handle sich dabei, begründete Prinz seinen Abänderungsantrag, um eine geschlossene wertvolle Bausubstanz, deren Erhaltung dringend notwendig sei.

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) sagte, daß jene Flächen, für die sein Vorredner eine Wohngebietwidmung verlangte, für eine Haltestelle der S-Bahn notwendig seien. Man müsse alles daransetzen, jene Flächen für

Forts. von Blatt 387

Forts. auf Blatt 389

die S-Bahn freizuhalten, die die Hietzinger Bürger brauchen und wollen.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt, der Antrag mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Generalsanierung der Zweiten Hochquellenleitung

GR HUBER (SPÖ) beantragte einen Sachkredit in der Höhe von 40 Millionen Schilling für die Voruntersuchungen und die Grundlagenerhebungen für die Generalsanierung der Zweiten Wiener Hochquellenwasserleitung. Fünf Millionen davon stehen im Jahr 1989 bereit.

GR Dr. NEUBERT (ÖVP) meinte, es sei hoffentlich nicht schon zu spät für diese notwendigen Maßnahmen. Die ÖVP habe sich seit Jahren für eine vorrangige Sanierung der Zweiten Hochquellenleitung ausgesprochen. Sollte es bei dieser Leitung zu einem Ausfall kommen, so sei die Wasserversorgung Wiens überaus gefährdet. Bezieht man noch die Möglichkeit einer Verunreinigung der Grundwasserwerke oder die eines Pegelstands der Donau über sechs Meter — in diesem Fall darf den Grundwasserwerken kein Wasser entnommen werden — mit ein, so könne die Wiener Wasserversorgung innerhalb kurzer Zeit zusammenbrechen. Neubert wies darauf hin, daß das Grundwasserwerk Nußdorf praktisch gesperrt sei und das Grundwasserwerk Lobau von Verunreinigung bedroht sei.

Die Dritte Wiener Wasserleitung sei wegen der Verunreinigungen in der Mitterndorfer Senke nicht benützbar. Schon vor Jahren habe die SPÖ ein Konzept zur Zweiten Hochquellenleitung versprochen, wie es jetzt erst vorliege. Die ÖVP verlange eine sichere Wasserversorgung.

Die Bausubstanz der seit 1910 in Betrieb befindlichen Zweiten Hochquellenwasserleitung sei nicht optimal, sagte GR REITER (SPÖ). In den letzten 20 Jahren seien zahlreiche Arbeiten durchgeführt worden, wie Rutschhangsanierungen, Entwässerungsstollen, Stollenabdichtungen usw. Für die Sicherung des Bestandes habe die MA 31 jährlich 40 Millionen Schilling ausgegeben. Es bestehe derzeit keine akute Gefahr, allerdings sind zahlreiche Vorarbeiten notwendig, um eine optimale Sanierung des Bauwerks durchführen zu können. Reiter verwies darauf, daß kaum eine Stadt in Europa zu finden wäre, die im Normalfall zu 100 Prozent mit Quellwasser versorgt wird. Er erinnerte auch an die vor kurzem fertiggestellte Einleitung der Pfannbauernquelle in die Erste Hochquellenleitung, die ganzjährig 26.000 Kubikmeter pro Tag liefert. Damit wurde wieder ein Versprechen von Bürgermeister Zilk, Wien zur Umweltmusterstadt zu machen, eingelöst.

ABSTIMMUNG: einstimmig.

Die Sitzung endete um 17.30 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 388

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 27. Februar 1989

Blatt 390

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Bürgerdienst und Stadtradio: Am 1. März live vom Viktor-Adler-Markt (391/FS: 25.2.)
- Studien- und Berufsinformationsmesse in Wien (392/FS: 26.2.)
- Bilanz 10 Jahre Stadtrat Hatzl (393)
- „Umweltbewußt einkaufen“: Liste mit Geschäftsadressen gibt's beim Bürgerdienst (394)
- Ehrung für Pädagogen (395)
- 40 jährige Dienstjubiläen (396)
- 40 Jahre Prüf- und Versuchsanstalt der Gaswerke (397)
- Milder Winter bringt bisher 180 Millionen weniger Heizkosten (398)
- ÖVP präsentiert Vorschläge für ein Wiener Umweltschutzgesetz (399)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- „Literatur im März“ zum Thema Widerstand (400)

Bürgerdienst und Stadtradio: Am 1. März live vom Viktor-Adler-Markt

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Das Mobile Büro des Bürgerdienstes wird bei der „Bürgerdienst live“-Sendung am 1. März dabei sein: Bei dieser Sendung des Studios Wien — UKW 90 und 95 — können Hörer/innen ihre Wünsche oder Beschwerden direkt in der Sendung sagen; wenn möglich, werden Beschwerden auch sofort erledigt. „Bürgerdienst live“ kommt am Mittwoch, dem 1. März, live vom Viktor-Adler-Markt in Favoriten. Für alle, die dabei sein wollen: ORF und Bürgerdienst sind von 14 bis 14.30 Uhr und von 15 bis 15.30 Uhr auf Sendung. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 25. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Studien- und Berufsinformationsmesse in Wien

Wien, 26.2. (RK-LOKAL) Bereits zum vierten Mal findet vom 2. bis 5. März im Messepalast die Studien- und Berufsinformationsmesse statt. An dieser Veranstaltung ist die Stadt Wien durch die Kulturabteilung, das Sozialamt, das Landesjugendreferat, das Anstaltenamt, die Modeschulen, das Musik-konservatorium sowie durch Volkshochschulen beteiligt.

Der Termin Anfang März wurde deshalb gewählt, weil sich für rund 35.000 Schülerinnen und Schüler die Matura nähert und damit auch die Entscheidung über ihr künftiges berufliches Leben. Angesichts der Gefahr von Jugend- und Akademikerarbeitslosigkeit sowie der zunehmenden Spezialisierung und Verlängerung der Ausbildungsdauer kommt der Berufs- und Studienwahl immer größere Bedeutung zu. Daher sind die Bundesministerien für Wissenschaft und Forschung, für Unterricht, Kunst und Sport sowie für Arbeit und Soziales bemüht, eine möglichst umfangreiche Palette an Studien- und Berufsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Der Schwerpunkt der Studien- und Berufsinformationsmesse liegt bei der persönlichen Beratung. Als Ergänzung dazu werden eine Audiothek, eine Videothek mit über 150 Filmen und eine Bibliothek zu finden sein. Dazu kommt eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen, die zu den verschiedensten Themen im Veranstaltungsraum stattfinden. Auch für ein Kulturprogramm ist gesorgt.

Die Studien- und Berufsinformationsmesse ist an allen vier Tagen von 9 bis 18 Uhr geöffnet. (Schluß) red/gg

Bereits am 26. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Bilanz 10 Jahre Stadtrat Hatzl

Schwerpunkte Stadterneuerung, Umweltschutz, öffentlicher Verkehr

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Das zehnjährige Jubiläum von Stadtrat Johann HATZL als amtsführender Stadtrat gibt Anlaß zu einer Kurzbilanz über diesen Zeitraum. Hatzl hatte am 26. Februar 1979 die Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung übernommen.

Die Politik der nächsten Jahre sollte erstmals vom neuen Schwerpunkt Stadterneuerung bestimmt sein. Der Stadterneuerungsbeirat wurde gegründet. Einige Zahlen dazu: 20 städtische Althäuser wurden revitalisiert. 371 ältere Gemeindebauten mit rund 70.000 Wohneinheiten wurden instandgesetzt. Wohnungsverbesserungsanträge wurden für 60.000 Wohnungen erledigt.

Der Wohnbau wurde vorangetrieben. Bis 1983 wurde über Bau von 11.000 städtischen Wohnungen in 114 Anlagen begonnen, 9.000 Wohnungen in 117 Anlagen wurden baulich fertiggestellt. Neben den städtischen Wohnhausanlagen wurden weitere 17.000 Wohnungen in Genossenschafts- oder Eigenheimbauten gefördert.

Im Rahmen des Programms für den Aufzugseinbau in Altbauten wurden mehr als 600 Aufzüge begonnen oder fertiggestellt.

Als ein neuer Gesichtspunkt in der Wohnungspolitik wurden erste Maßnahmen für eine Mietermitsprache bei der Ausgestaltung der Wohnung und des Wohnhauses gesetzt.

Seit Mai 1983 leitet Stadtrat Hatzl die Geschäftsgruppe Verkehr und Energie, zu der seit Ende 1987 auch die Belange des Individualverkehrs gehören. Ende 1983 wurde mit der zweiten Ausbauphase des Wiener U-Bahn-Baues (U 3 und U 6) als derzeit wichtigstem kommunalen Großprojekt begonnen. Bisher wurden rund 18 Milliarden Schilling dafür investiert. Verstärktes Engagement wurde in das Bevorrangungsprogramm des öffentlichen Oberflächenverkehrs gesetzt; heute sind beispielsweise schon 210 Ampeln auf Vorrang für den öffentlichen Verkehr geschaltet. Der Ausbau der Fernwärme als der neben dem Gas umweltfreundlichsten Heizform ging forciert weiter. Die E-Werke starteten ein milliardenschweres Umweltprogramm, das bis heute zu einer drastischen Reduktion vor allem der SO₂- und NO_x-Emissionen führte. Im Sinne des Umweltschutzes und des Energiesparens wurde im neugeschaffenen Kundendienstzentrum der Wiener Stadtwerke eine eigene Energieberatungsstelle geschaffen. Die E-Werke entwarfen ein neues, „grünes“ Stromtarifmodell, das gleichzeitig Mindereinnahmen von mehr als 400 Millionen Schilling für die E-Werke mit sich bringt und damit auch eine deutliche Tarifsenkung darstellt. Höchstes Augenmerk wurde auch dem Aspekt der Versorgungssicherheit bei der Energieversorgung geschenkt, die in Wien durch entsprechende Vorratshaltung und Investitionen voll gewährleistet ist.

Bei den Wiener Friedhöfen konnte das Programm zur Reaktivierung der ehemaligen Sperrfriedhöfe in den letzten fünf Jahren im wesentlichen abgeschlossen werden.

Für den Individualverkehr liegt der Schwerpunkt vor allem auf der Hebung der Verkehrssicherheit, der Verlagerung des Durchzugsverkehrs aus den Wohngebieten und der Schaffung von zusätzlichem Parkraum, nicht aber auf der Schaffung neuer, Wohngebiete durchschneidender, Schnellstraßen. (Schluß) roh/gg

„Umweltbewußt einkaufen“: Listen mit Geschäftsadressen gib's beim Bürgerdienst

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Die Aktion „Umweltbewußt einkaufen“, im Herbst vergangenen Jahres auf Initiative von Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER gestartet, soll die Konsument/innen zum Umsteigen auf umweltfreundliche oder zumindest umweltschonende Produkte wie Sprays ohne Treibgas, Recyclingpapier, sanfte Reiniger, Mehrwegverpackungen usw. motivieren. Auf die Aktion machten in den letzten Wochen große Plakate aufmerksam. Eine große Handelskette (Konsum) bewirbt mit den Signet der Stadt Wien in ihren Inseraten umweltfreundliche Produkte, vom ungebleichten Kaffeefilter bis zum Recycling-WC-Papier. An der Aktion nehmen aber auch zahlreiche Einzelhandelsgeschäfte teil. Eine Liste mit den Adressen dieser Geschäfte gibt es ab sofort beim Bürgerdienst mit seinen Außenstellen und bei der Stadtinformation.

Im Rahmen der Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ wurden nicht nur große Handelsketten gebeten, umweltfreundliche Produkte bzw. Regale mit umweltfreundlichen Waren durch ein von der Stadt Wien zur Verfügung gestelltes Kleinplakat eigens zu kennzeichnen; Plakate als Werbematerial wurden (und werden) auch Einzelhandelsgeschäften, die umweltfreundliche Waren führen, kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Geschäfte wurden über Inserate in Bezirkszeitungen gebeten, sich — wenn sie an der Aktion teilnehmen wollen — beim Bürgerdienst zu melden. Die Mitarbeiter/innen des Bürgerdienstes kommen daraufhin ins Geschäft, überzeugen sich, ob Produkte aus den Produktgruppen:

- treibgasfreie Sprays (Haarsprays, Fönlotion, Schaumfestiger, Deos, Raumsprays, Möbelsprays, Schuhpflegemittel)
- Mehrwegflaschen
- Recyclingpapier
- Spiritus-Glasreiniger, Alkoholreiniger, WC-Essigreiniger
- Produkte wie Schmierseife, Baukastenwaschmittel
- PVC-freie Verpackung, wo Kunststoffgebinde unverzichtbar sind
- in Wien erzeugtes und kontrolliertes Gemüse
- Reinigungssets für Hundeexkrementen

u. ä. auch in ausreichender Menge angeboten werden, und bringen die Plakate gleich mit.

Zahlreiche Geschäftsleute — allerdings niemand aus Favoriten — haben sich beim Bürgerdienst bereits gemeldet: Friseurgeschäfte bieten ebenso umweltfreundliche Produkte an wie Papiergeschäfte, Drogerien, Reformgeschäfte, Eisenwarenhandlungen, die umweltfreundliche Putzmittel führen, Schuhgeschäfte usw.

Die Liste dieser Einzelhandelsgeschäfte ist beim Bürgerdienst und in der Stadtinformation kostenlos erhältlich (sie wird auch gerne zugeschickt) und enthält außer dem Namen und der Adresse des Geschäfts auch die umweltfreundlichen Produkte, die angeboten werden. Selbstverständlich können sich Geschäftsleute, die an „Umweltbewußt einkaufen“ teilnehmen wollen, auch weiterhin beim Bürgerdienst melden. (Schluß)
hrs/bs

Ehrung für Pädagogen

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Drei verdienten Wiener Pädagogen überreichte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Montag Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Landesschulinspektor Hofrat Mag. Otto MARINGER, das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Hauptschuldirektor Oberschulrat Johann MANDL und Sonderschuldirektor i. R. Josef MEHOFER. (Schluß) jel/gg

40jährige Dienstjubiläen

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) In einer Feierstunde wurden Montag 75 städtische Bedienstete anlässlich ihrer 40jährigen Dienstjubiläen geehrt. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nationalrat Rudolf PÖDER sowie Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA würdigten in ihren Ansprachen die Leistungen die Vertreter der Wiederaufbaugeneration. An der Feierstunde nahmen auch die beiden Klubobmänner Gemeinderat Ing. Karl SVOBODA und Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL sowie Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION teil. (Schluß) lf/gg

40 Jahre Prüf- und Versuchsanstalt der Gaswerke

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Die Entwicklung und Prüfung von Gasverbrauchsgeräten, Regel- und Sicherheitseinrichtungen, Armaturen und Dichtungsmitteln und dergleichen für alle Arten von Gas — Stadtgas, Erdgas, Flüssiggas, Mischgas — gehört zu ihren wichtigsten Aufgaben. Außerdem arbeiten sie bei der Erstellung der technischen Richtlinien für Niederdruck-Gasanlagen und beim Entwurf von ÖNORMEN für Haushaltsgasgeräte mit — die Rede ist von der „Prüf- und Versuchsanstalt“ der Wiener Gaswerke, die Montag ihr 40-jähriges Bestandsjubiläum feiern konnte.

Mit Bescheid vom 18. Februar 1949 wurde der Prüfstelle der Gaswerke vom damaligen Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau die Autorisation für ihre Tätigkeit erteilt. Grund dafür war die steigende Inanspruchnahme der Prüfstelle durch Geräteerzeuger. Wegen der immer stärkeren Inanspruchnahme wurde schließlich eine eigene Versuchsanstalt im Gaswerk Simmering errichtet, in der Gasgeräte und -feuerstätten aller Belastungsstufen bis zu 1.500 Kilowatt geprüft werden können. 1970 erfolgte die Übersiedlung von der Direktion in das neue Gebäude.

Heute werden im Jahr bis zu 400 einzelne Prüfungen mit sehr komplexen technischen Anforderungen durchgeführt. Die Gaswerke tragen damit wesentlich zur Sicherheit im Haushalt bei. Die Prüfung von Gasgeräten nach der ÖNORM ist eine Voraussetzung für die Erteilung der „Prüfmarke“ seitens der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach. Diese Prüfmarke ist seit 1963 für alle in Wien anzuschließenden Haushaltsgeräte gesetzlich vorgeschrieben. (Schluß) roh/bs

Milder Winter bringt bisher 180 Millionen weniger Heizkosten

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Fast 180 Millionen Schilling haben sich alle Wiener Haushalte bei den Heizkosten im Zeitraum von Oktober 1988 bis einschließlich Jänner 1989 gegenüber dem langjährigen Durchschnitt erspart. Dies ergibt eine Berechnung des Energiereferates der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke. Gegenüber dem vergangenen Winter gibt es allerdings keine Ersparnis, da dieser im selben Zeitraum laut Zentralanstalt für Meteorologie noch milder war als der heurige. Dies könnte sich mit den Daten für den Februar, der besonders warm war, noch ändern, diese liegen allerdings noch nicht vor.

Die Ersparnisse haben sich folgendermaßen auf die einzelnen Heizarten aufgeteilt: die rund 311.000 mit Gas geheizten Haushalte haben sich 61 Millionen Schilling erspart, die Fernwärmebezieher (rund 95.000 Haushalte) zahlten diesen Winter bisher rund 19 Millionen weniger. Alle Stromheizer (73.000) haben sich 26 Millionen erspart, Kohle, Koks und Briketts (100.000) 31 Millionen Schilling und Heizöl (127.000) 42 Millionen Schilling.

Für den einzelnen Haushalt wirkt sich das geringer aus, als die hohe Gesamtsumme erwarten läßt: Bei Gas und Fernwärme, die die billigsten Heizformen darstellen, beträgt die Ersparnis für eine durchschnittliche Neubauwohnung von Oktober bis Jänner zwischen 150 bis 200 Schilling, wer mit Einzelöfen, Koks oder Nachtstrom heizt und noch dazu eventuell eine schlechter isolierte Altbauwohnung hat, kann sich bis zu 400 Schilling erspart haben. (Schluß) roh/gal

ÖVP präsentiert Vorschläge für ein Wiener Umweltschutzgesetz

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Vorschläge für ein Wiener Umweltschutzgesetz präsentierte die Wiener ÖVP am Montag in ihrem Pressegespräch. Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN und LAbg. Dr. Johannes HAWLIK berichteten, das das Ziel dieses Gesetzes sei, einen Beitrag zum Schutz der natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage der Menschen, der Tiere und Pflanzen vor schädlichen Einwirkungen zu leisten. Weiters soll das Gesetz dem Vorsorgeprinzip, dem Verursacherprinzip, dem Sicherheitsprinzip und dem Kooperationsprinzip zum Durchbruch verhelfen. Der Vermeidung von Müll, Lärm, Verunreinigungen etc. soll Vorrang eingeräumt werden. Wesentliche Vorschläge des Umweltschutzgesetzes sind u.a. die Einführung eines unabhängigen Umweltanwaltes, der ein Umweltveto einlegen kann, die Einrichtung von Umweltausschüssen in den Bezirken, die Einführung eines Umweltbeirates sowie die Stärkung von Bürgerinitiativen. Bezüglich des Umweltschutzgesetzes beabsichtigt die ÖVP Verhandlungen mit den anderen Parteien. (Schluß)
du/bs

„Literatur im März“ zum Thema Widerstand

Wien, 27.2. (RK-KULTUR) Ein Satz von Hölderlin — „Die Mauern stehn/sprachlos und kalt“ — ist das Motto der diesjährigen „Literatur im März“. Die Literaturwoche, die vom 10. bis 17. März im Künstlerhaus stattfindet, ist — im Zusammenhang mit der Französischen Revolution — dem Thema des Widerstandes in der Literatur gewidmet.

Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK und Doz. Dr. Hans HÖLLER als Gestalter stellten am Montag das Programm vor.

Pasterk wies darauf hin, daß die Mittel für die beiden Literaturwochen „Literatur im März“ und „Literatur für junge Leser“ von zwei auf 3,3 Millionen Schilling angehoben wurden. Die Rückkehr in das Künstlerhaus bringe eine weitere Verbesserung der Möglichkeiten für die Literaturwoche, die heuer zum elften Mal stattfindet. Im Zeichen der Thematik der „Literatur im März“ sei die Aktualität der Literatur an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zu entdecken, und die Position der heutigen Literatur darzustellen.

Das Thema wird in Lesungen, Diskussionen, Vorträgen, szenischen und musikalischen Beiträgen aufbereitet. Ein Literaturcafe, ein Lesekabinett, ein Büchertisch und Textprojektionen komplettieren das Angebot an den Besucher. Alfred HRDLICKAS Zyklus „Die Französische Revolution“ setzt die Thematik optisch um.

Die Eröffnungsrede der Literaturwoche hält Ivan NAGEL zum Thema „Revolution und Realismus. Beispiel Büchner“. Weitere Beiträge zur Auseinandersetzung mit der Klassik liefern unter anderem Adolf MUSCHG, Elisabeth PLESSSEN und Martin WALSER.

Eine Reihe von Autoren wie Marie-Therese KERSCHBAUMER und Renate WELSH artikulieren den Widerstand gegen den Faschismus, österreichische Gegenwartsautoren wie Michael SCHARANG und Franz SCHUH formulieren die aktuelle Auseinandersetzung der Literatur mit der Wirklichkeit.

Unter dem Titel „Neue slowenische Literatur — Wege der Selbstbehauptung“ stellt in einer Veranstaltungsreihe die slowenische Literatur sich selbst und ihren Kampf um die Selbstbehauptung dar. (Schluß) gab/gal

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 28. Februar 1989

Blatt 401

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Wiener Schulreformkommission beginnt noch im März mit der Arbeit (411)
- Zilk-Aufruf: Mehr Bewerbungen für Schulleiterposten nötig (412)

Kommunal/Lokal:

- Information über Krebskampagne 1989 (405)
- 10 Jahre Magistratsabteilung 13 (406)
- 15. Novelle zur Straßenverkehrsordnung (407-410)
- Ausstellungseröffnung Gürtel-Wiental-Gaudenzdorf/Tunnel Margaretengürtel (nur FS)
- Brand in Kaffeehaus (nur FS)

Bezirke:

- Mobile Problemstoffsammlung in Währing (403)
- Neuer Flächenwidmungsplan in Margareten (404)

Kultur:

- Neue Eintrittspreise für Historisches Museum (402)

Neue Eintrittspreise für Historisches Museum

Wien, 28.2. (RK-KULTUR) Für das Historische Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz, das Uhrenmuseum am Schulhof 2 und die Hermesvilla im Lainzer Tiergarten gelten ab 1. März folgende neue Eintrittspreise:

Erwachsene	30 Schilling
Senioren und behinderte Personen	15 Schilling
Lehrer, Schüler, Studenten, Militär in Uniform	10 Schilling
Sammelkarte mit zehn Abschnitten im Wert von 15 Schilling	80 Schilling
Familienkarte (bis 2 Erwachsene mit Kindern bis 19 Jahre)	45 Schilling
Schulklassen und Kinder bis sechs Jahre	Eintritt frei
Freitag vormittags (außer an Feiertagen) für alle Besucher (Schluß) gab/gg	Eintritt frei

Mobile Problemstoffsammlung in Währing

Wien, 28.2. (RK-BEZIRKE) Ein Extraservice für alle, die einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz leisten wollen, richtet die MA 48 für Währing und die Anrainerbezirke am Samstag, dem 4. März, von 9 bis 13 Uhr ein: An drei Stellen werden im Bezirk mobile Problemstoffsammelstellen (Citybusse) aufgestellt. Die drei Standorte, an denen Problemstoffe abgegeben werden können sind: Pötzleinsdorfer Straße bei der Ägidiuskapelle, Gersthofer Straße/Ecke Bäckendbrunnlgasse und Semperstraße/Ecke Gentsgasse.

Folgende Problemstoffe werden gesammelt:

Autobatterien, Konsumbatterien, Altmedikamente, Altspeiseöle und -fette, Altmineralöle wie Motorgetriebeöle, Schmierfette sowie alle mit diesen Stoffen verschmutzten Gebinde, Filter, Lappen etc.

Säuren und Laugen, Fotochemikalien, Röntgenbilder, Filmmaterial, Problemstoffe aus dem Haushalt, wie Fleckputz- und Reinigungsmittel, Spraydosen (auch leer), Problemstoffe aus Hobby und Garten, wie Farben, Lacke, Verdünnungs-, Reinigungs- und Holzschutzmittel, Kleber, Chemiekästen, Emailfarben, Unkrautvertilgungs-, Schädlingsbekämpfungsmittel- und Düngemittel sowie alle mit diesen Stoffen verunreinigten Gebinde, metallisches Quecksilber, Fieberthermometer, Quecksilberschalter (getrennt, verschlossen), Leuchtstoffröhren sowie unbekannt, nicht identifizierbare Stoffe (samt Verpackung). (Schluß) end/gal

Neuer Flächenwidmungsplan in Margareten

Wien, 28.2. (RK-BEZIRKE) Für einen Teil des Stadterneuerungsgebietes „Margareten Ost“, elf Baublöcke mit rund 3.800 Einwohnern im nördlichen Bereich des 5. Bezirkes, wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan (Plan Nr. 6090) ausgearbeitet. Außerdem soll eine Schutzzone festgelegt werden.

Das Plangebiet zwischen Kettenbrückengasse, Margaretenstraße, Franzensgasse, Schönbrunner Straße und Pilgramgasse ist überwiegend mit Häusern aus der Biedermeierzeit bis zur Spätgründerzeit gebaut. Bei rund drei Viertel der Gebäude ist der Bauzustand mangelhaft, der Anteil der Substandardwohnungen liegt in einigen Baublöcken über 50 Prozent. Der Grünflächenanteil ist sehr gering, da zahlreiche Höfe verbaut sind und Parkanlagen fehlen.

Bei der Planung stehen daher folgende Ziele im Vordergrund: Reduzierung der baulichen Ausnützbarkeit; Festsetzung unterschiedlicher Gebäudehöhen zur differenzierten Gestaltung des „örtlichen Stadtbildes“; die widmungsmäßige Vorsorge für öffentliche und private Grünflächen sowie für Handels- und Gewerbebetriebe.

Die Widmungen „Wohngebiet“ und „gemischtes Baugebiet“ sollen entsprechend der tatsächlichen Nutzung vorgenommen werden. Für die nicht-bebaubaren Blockinnenflächen soll die gärtnerische Ausgestaltung vorgeschrieben werden. Für einen Teil der Grundstücke in der Rüdigersgasse 9-13, in der Grüngasse 23 sowie in der Schönbrunner Straße 34 ist die Widmung „Grünland-Erholungsgebiet-Parkanlage“ vorgesehen. Entlang der Kettenbrückengasse und im nordwestlichen Bereich von Franzensgasse und Wehrgasse sowie im Gebiet um die Zeinlhofergasse ist eine Schutzzone ausgewiesen.

Der Entwurf liegt vom 2. bis 30. März, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. In diesem Zeitraum steht außerdem jeden Donnerstag von 14.30 bis 17.30 Uhr im Bezirksamt, 5, Schönbrunner Straße 54, ein Mitarbeiter der MA 21 zur Beratung zur Verfügung. (Schluß) end/gal

Information über Krebskampagne 1989

Stacher informiert im ÖAV-Tonbanddienst

Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Ende Jänner dieses Jahres wurde vom Fonds „Gesundes Österreich“ in Zusammenarbeit mit der „Österreichischen Krebshilfe“ eine österreichweite Krebsaufklärungskampagne gestartet. In der Märzfolge des Tonbanddienstes der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit (Wiener Kurzrufnummer 15 70) informiert Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, der mit der Durchführung dieser Kampagne betraut wurde, über deren Schwerpunkte und Zielsetzungen.

Leitfaden zur Krebsvorsorge

Laut Stacher hat der Österreicher zwar ein hohes Problembewußtsein zum Thema „Krebs“ entwickelt, in der Praxis allerdings wird Krebs von ihm sehr häufig verdrängt. Durch entsprechenden Lebensstil und Früherkennungsmaßnahmen könnte jedoch zumindest ein Drittel aller Krebserkrankungen vermieden werden. Das sind bei 28.000 Erkrankungen pro Jahr immerhin mindestens 9.000. Die Broschüre „Leitfaden zur Krebsvorsorge“, die kostenlos beim Arzt, Apotheker und Einrichtungen des Gesundheitswesens erhältlich ist und beim Fonds „Gesundes Österreich“, unter der Telefonnummer 711 58/Klappe 4614, angefordert werden kann, informiert darüber ausführlich. Außerdem steht der unter der Wiener Telefonnummer 4807 eingerichtete Krebsinformationsdienst der „Österreichischen Krebshilfe“ Montag bis Freitag, jeweils zwischen 10 und 18 Uhr, für Auskünfte zur Verfügung.

Falsche Ernährung, Alkohol

Falsche Ernährung — zu fett, zu süß, zu reichlich, zu ballaststoffarm — erhöht das Krebsrisiko für die verschiedensten Krebsarten. Dies trifft vor allem beim Darm, aber auch etwa beim Brustkrebs zu. Vernünftige Ernährung vermindert jedoch nicht nur das Krebsrisiko, sondern auch die Gefahr, verschiedene andere Krankheiten zu bekommen. Dazu zählt auch die Vermeidung von übermäßigem Alkoholkonsum. Vernünftiger Umgang mit der Sonne vermindert das Risiko von Hautkrebs und bösartigen Melanomen, für die häufiger Sonnenbrand eine wesentliche Ursache ist. Der Gesundheitsstadtrat betont, daß es zahlreiche Krebsarten gibt, die — rechtzeitig erkannt — heilbar sind. Neben dem bereits erwähnten Melanom trifft dies besonders auf den Gebärmutterhalskrebs zu. Ein Besuch beim Frauenarzt einmal pro Jahr schließt aus, daß man daran lebensgefährlich erkrankt, da der Gebärmutterhalskrebs sehr lange Zeit benötigt, um sich zu entwickeln. Diese, aber auch andere Krebsformen des Uro-Genitalbereiches können — rechtzeitig erkannt - geheilt werden.

Behandlung und Nachsorge

Während das erste Halbjahr der Aufklärung, Vorbeugung und Früherkennung des Krebses gewidmet ist, bilden Krebsbehandlung und -nachsorge die Schwerpunkte des zweiten Halbjahres. Auch wird mit Fachleuten eine Broschüre erarbeitet, die — nach Erstellung der Diagnose — hilfreiche Ratschläge zu verschiedenen Themen wie Chirurgie, Chemotherapie, Strahlentherapie, Nebenwirkungen, Ernährung, Alternativmethoden, Krebs in der Familie usw., behandeln wird. Nachsorge-Themen sind Rehabilitation, psychologische Aufgaben, sozialrechtliche Fragen und Selbsthilfegruppen.

Ziel der Kampagne ist es vor allem, wie Stadtrat Stacher erklärt, allen klar zu machen, was sie selbst zur Vermeidung und Früherkennung beitragen können. Darüber hinaus ist beabsichtigt, Krebskranke sowie deren Angehörige und Freunde durch Aufgreifen der Thematik aus der Isolation, in die sie vielfach gedrängt werden, wieder herauszubringen. (Schluß) zi/gal

10 Jahre Magistratsabteilung 13

Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Ihren 10jährigen Bestand feiert die Magistratsabteilung 13 — Bildung und außerschulische Jugendbetreuung. Entstanden war die „Emma 13“ im Zuge einer Änderung der Geschäftseinteilung in deren Rahmen sie Aufgaben, die ursprünglich der Magistratsabteilung 7 — Kultur oblagen, übernahm. Das Aufgabengebiet der Magistratsabteilung 13 umfaßt die städtischen Büchereien, die Musiklehranstalten der Stadt Wien, die Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf und die Landesbildstelle, das Landesjugendreferat Wien sowie die Förderung von Bildungseinrichtungen, wie den Verband Wiener Volksbildung, den Verein Wiener Jugendkreis, den Verein Jugendzentren der Stadt Wien, u.a.

In diesen zehn Jahren konnte der Buchbestand in den städtischen Büchereien um 53 Prozent auf rund 1,160.000 Einheiten und die Zahl der Entlehnungen um 72 Prozent auf rund 4,150.000 jährlich gesteigert werden.

Im Bereich des Konservatoriums der Stadt Wien konnte der Studienbetrieb intensiviert und der Veranstaltungsbetrieb um mehr als das Dreifache erweitert werden. Die fotografische und filmische Dokumentation wichtiger Ereignisse im kommunalen Bereich und die Versorgung von Pflichtschulen und Dienststellen des Magistrates mit audiovisuellen Medien und Geräten durch die Landesbildstelle wurde verbessert.

Das Bildungsangebot der Wiener Volkshochschulen konnte auf der Basis einer um das Dreifache gesteigerten Förderungsleistung (1988 rund 93 Millionen Schilling) ausgeweitet und qualitativ angehoben werden. Ebenso wurden volksbildnerische Initiativen, Projekte und Experimente ermöglicht.

Im Bereich des Wiener Landesjugendreferates entstanden in diesem Zeitraum zahlreiche Kinder- und Familienaktionen, wie „Familiensonntag“, „Freizeit und Familie“, „Miteinander“, „Bunte Stadt“, „Wien-Briefkasten“ etc.

Die Ferienspiel-Aktionen wurden ausgedehnt, Medienzentrum und Jugendleiterschule ausgebaut. (Schluß) jel/bs

15. Novelle zur Straßenverkehrsordnung

Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag gab Verkehrsstadtrat Johann HATZL einen Überblick über die mit 1. März 1989 aufgrund der 15. Novelle zur Straßenverkehrsordnung in Kraft tretenden neuen Bestimmungen, die wesentliche und zum Teil einschneidende Neuerungen sowohl für die Kraftfahrer als auch für die Radfahrer mit sich bringen. Der Verkehrsstadtrat betonte in diesem Zusammenhang: „Die neueingeführten beziehungsweise geänderten gesetzlichen Regelungen gehen von den Zielsetzungen einer Verkehrspolitik aus, die eine weitere Verkehrsberuhigung ebenso wie die zunehmende Anerkennung des Fahrrades als geeignetes innerstädtisches Verkehrsmittel vor Augen hat.“ Hatzl hob den wesentlichen erzieherischen Effekt vieler Bestimmungen hervor, denn noch mehr als bisher hätten in Zukunft stärkere Verkehrsteilnehmer — die Autofahrer — auf schwächere — die Radfahrer — Bedacht zu nehmen.

Verkehrsberuhigung

Ab 1. März besteht nunmehr die Möglichkeit, Verkehrsbeschränkungen durch eine „Zonenbeschilderung“ kundzumachen; das bedeutet in der Praxis, daß die entsprechenden Verkehrszeichen jeweils am Beginn und am Ende der betreffenden Zone aufgestellt werden müssen. Innerhalb des Gültigkeitsbereiches sind jedoch keine weiteren Verkehrszeichen erforderlich, was zugleich eine Maßnahme zur Bekämpfung des „Schilderwaldes“ darstellt.

Durch diese neue Bestimmung werden die fünf in Wien bereits größtenteils seit August 1987 bestehenden Versuchsbereiche „Tempo 30“ legalisiert. Es sind dies 10, Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost; 13, Ober St. Veit; 21, Carabellisiedlung; 21, Großfeldsiedlung und 23, Siedlung Schwarze Haide.

Es wird in weiterer Folge Aufgabe der Magistratsdienststellen sein, einzelne Bezirksinitiativen zusammenzufassen und auf Grund dieser eine Gesamtkonzeption zu erarbeiten. Für eine solche Zonenregelung bietet sich der 1. Bezirk mit Ausnahme von Ring und Kai an. Ebenfalls in diese Überlegungen einzubeziehen sind die Bezirke innerhalb des Gürtels, ausgenommen Straßenzüge mit erhöhter Verkehrsbedeutung. Ähnliche Überlegungen zielen auch in Richtung von Bezirksteilen, die zwischen dem Gürtel und der Vorortelinie liegen.

Freie Fahrstreifenwahl

Ab 1. März wird es den Kraftfahrzeuglenkern erlaubt sein, auf mehrspurigen Straßen den Fahrstreifen frei zu wählen, es wird damit das Rechtsfahrgebot im Stadtgebiet aufgehoben. Ein praktisches Beispiel: Es fährt jemand auf dem Gürtel in dritter Spur; nach der früheren Rechtslage war dies, wenn man als einzelnes Fahrzeug unterwegs war, verboten. Nunmehr darf man jeden Fahrstreifen einer mehr als einen Fahrstreifen breiten Fahrbahn benützen, wenn dort mindestens zwei durch Leit- oder Sperrlinien gekennzeichnete Fahrstreifen vorhanden sind.

Hatzl richtete eine Bitte an die Kraftfahrer: „Dennoch sollten die Kraftfahrzeuglenker in Wien die Praxis beibehalten, möglichst den rechten Fahrstreifen zu benützen. Dies brächte auch für querende Fußgänger eine größere Sicherheit.“

Abschleppen in Behindertenzonen

Auch einem „Kavaliersdelikt besonderer Art“, dem rücksichtslosen Verstellen von Behindertenzonen, wird — so der Verkehrsstadtrat — der Kampf angesagt. Der Gesetzgeber hat in der 15. Novelle zur Straßenverkehrsordnung das Abschleppen aus Behindertenzonen nunmehr auch

ohne Zufahrtsbehinderung vorgesehen. Dies bedeutet in der Praxis, daß das Entfernen eines widerrechtlich geparkten Fahrzeuges möglich ist, ohne daß es bereits zur konkreten Behinderungen gekommen sein muß.

Radfahren

Eine große Zahl neuer Bestimmungen soll das Radfahren in der Stadt erleichtern. Dies erfordert jedoch von den Kraftfahrern erhöhte Aufmerksamkeit und von den Radfahrern besondere Verantwortung und Verkehrsdisziplin.

Radfahrerüberfahrt

Nach dem Vorbild des Schutzweges für Fußgänger gibt es nun eine Radfahrerüberfahrt, eine übrigens in Wien seit langem bekannte Einrichtung (Radweg Ring-rund). Die Radfahrerüberfahrt ist mit gelben Blockmarkierungen (Fahrbahnmarkierungen) gekennzeichnet; sie dient zur Überquerung der Fahrbahn durch Radfahrer.

Die Radfahrerüberfahrt erhält zwei Verkehrszeichen. Ein Gefahrenzeichen „Radfahrerüberfahrt“, das diese ankündigt, und ein Hinweiszeichen „Radfahrerüberfahrt“, das dann aufzustellen ist, wenn die Radfahrerüberfahrt nicht durch eine Ampel oder durch ein gelbes blinkendes Licht gekennzeichnet ist. Für die Radfahrerüberfahrt gibt es spezielle Vorschriften für die Benützung durch Radfahrer.

Radfahrer dürfen die Radfahrerüberfahrten, die nicht durch Ampeln geregelt sind, nur mit einer Geschwindigkeit von höchstens zehn Kilometer pro Stunde übersetzen. Dies soll verhindern, daß es zu schwerwiegenden Unfallsfolgen kommt.

Bei Radfahrerüberfahrten, die durch Verkehrsampeln oder durch Polizisten geregelt werden, ist die Annäherungsgeschwindigkeit der Radfahrer nicht darauf beschränkt. Der Radfahrer hat bei Benützung der Radfahrerüberfahrt Vorrang gegenüber einbiegenden Fahrzeugen.

Kinderfahrräder

Es liegt nunmehr seitens des Gesetzgebers eine genaue Definition vor, welche Fahrräder als sogenannte „Kinderfahrräder“ zu bezeichnen sind. Als Kinderfahrrad gilt nunmehr ein Fahrrad mit höchstens Zwölf-Zoll-Reifen (äußerer Felgendurchmesser 30 Zentimeter), dessen Fahrgeschwindigkeit höchstens fünf Kilometer pro Stunde beträgt. Derartige Fahrräder gelten als Kinderspielzeug und sind nicht auf die Benützung der Fahrbahn angewiesen. Nur mit solchen darf am Gehsteig gefahren werden.

Radfahren gegen die Einbahn

Radfahrstreifen gegen die kundgemachte Einbahnrichtung dürfen installiert werden, allerdings müssen die Fahrradeinrichtungen durch Leit- oder Sperrlinien vom übrigen Verkehr der Fahrbahn getrennt sein. Damit wird eine in Wien schon länger geübte Praxis legalisiert. In Wien bestehen bereits mehrere Beispiele für diese Art der Verkehrsführung: 3, Zaunergasse; 4, Frankenberggasse; 4, Mattiellistraße; 13, Feldkellergasse; 15, Goldschlagstraße und 14, Cossmanngasse.

Nebenfahrbahnen

Fahrradfahrer dürfen nun auch durch Nebenfahrbahnen durchfahren; Voraussetzung dafür ist, daß kein Radfahrstreifen oder Radweg oder Geh- und Radweg vorhanden ist. Wenn Radfahrer zur Durchfahrt die Nebenfahrbahn benützen, sind sie benachrangt, da die Nebenfahrbahnen dem ruhenden Verkehr zuzuzählen sind.

Es besteht jedoch keine Benützungspflicht für die Nebenfahrbahn. Rad-

Forts. von Blatt 407

Forts. auf Blatt 409

fahrer können auch die Hauptfahrbahn benützen, wenn kein Radfahrstreifen, Radweg oder Geh- und Radweg vorhanden ist.

Zu beachten ist, daß Radfahrer nur auf Radwegen und in Wohnstraßen nebeneinander fahren oder Fahrräder nebeneinander schieben dürfen.

Vorschlängeln

Im Stauraum von Kreuzungen dürfen künftig Radfahrer an anhaltenden Fahrzeugen vorbeifahren und sich nunmehr erlaubterweise „vorschlingeln“. Damit wird eine seit Jahren geübte Praxis der Radfahrer gesetzlich sanktioniert.

Die Radfahrer dürfen aber nur dann vorfahren, wenn sie einen entsprechenden Sicherheitsabstand einhalten, der ungefähr der Breite einer geöffneten Autotür entspricht. Darüber hinaus müssen die Radfahrer aufpassen, daß sie Kraftfahrzeuge, die ihre Absicht zum Abbiegen bereits angezeigt haben, nicht behindern.

Geänderte Vorrangverhältnisse

Autofahrer und Radfahrer sind ab 1. März mit einer neuen Situation konfrontiert, denn die Vorrangverhältnisse in bezug auf Radwege, Geh- und Radwege und Radfahrstreifen gegenüber der Fahrbahn haben sich nunmehr entscheidend geändert. Die Benutzer von Radfahrstreifen, Radwegen sowie Geh- und Radwegen zählen nicht mehr zum ruhenden Verkehr so wie etwa die Benutzer einer Nebenfahrbahn.

Dies bedeutet, daß der auf einem Radfahrstreifen geradeaus fahrende Radfahrer Vorrang gegenüber dem entgegenkommenden linksabbiegenden Autofahrer hat oder daß der auf einem Radfahrstreifen rechtskommende Radfahrer Vorrang gegenüber einem linkskommenden Auto hat.

Auch beim Fahrstreifenwechsel ist die Situation nun anders. Führt ein Radfahrstreifen parallel zu einer Fahrbahn und ein Autofahrer biegt nach rechts ab, wobei er den Radfahrstreifen übersetzen muß, so handelt es sich dabei um einen Fahrstreifenwechsel. Auch in diesem Fall hat der Radfahrer nunmehr Vorrang.

In Ansehung dieser neuen Bestimmungen muß vehement an alle Verkehrsteilnehmer, besonders aber — als stärkere — an die Kraftfahrer appelliert werden, ab 1. März Kreuzungen noch aufmerksamer und rücksichtsvoller gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern als bisher zu befahren.

Nebenfahrbahnen: Vorrang gegen Hauseinfahrten

Wenn man vor dem 1. März dieses Jahres in einer Nebenfahrbahn gefahren ist, die als ruhende Verkehrsfläche anzusehen war, konnte es passieren, daß von rechts aus einer Haus- oder Grundstückseinfahrt jemand forsch herausfuhr. Nunmehr hat der Gesetzgeber ausdrücklich festgelegt, daß Nebenfahrbahnen das Vorrangsrecht gegenüber allen anderen Verkehrsflächen des ruhenden Verkehrs, als auch gegen Haus- oder Grundstückseinfahrten zukommt.

Kurzparkzonen

In Kurzparkzonen werden die Radfahrer von einer massiven Benachteiligung befreit; dasselbe gilt auch für Moped- und Motorradfahrer. In den Kurzparkzonen in Wien war es vorgeschrieben, daß diese Einspurigen zwar keinen Parkschein, jedoch eine Parkscheibe benützen mußten. In der Praxis war es jedoch fast unmöglich, etwa an einem Fahrrad, eine Parkscheibe anzubringen. Diese Verpflichtung entfällt nunmehr ab 1. März. Nach wie vor aber sind die Radfahrer an die (1,5 Stunden-) Kurzparkbeschränkung gebunden.

Forts. von Blatt 408

Forts. auf Blatt 410

Vorfahrt auf geregelten Kreuzungen

Auf geregelten Kreuzungen müssen die Kraftfahrer auf Benutzer des Radfahrstreifens sowie auf Radfahrer, die sich vorgeschlängelt haben, beim Abbiegen Rücksicht nehmen. Den Radfahrern wird also hier eine Art Vorfahrtsrecht eingeräumt.

Fahrrad abstellen am Gehsteig

Fahrräder dürfen nunmehr am Gehsteig abgestellt werden, aber nur dann, wenn dieser mehr als 2,5 Meter breit ist. Das Fahrrad muß platzsparend aufgestellt werden und darf Fußgänger nicht behindern; ebensowenig dürfen durch die Aufstellung Sachen (Hausfassaden, Geschäftsportale u. ä.) beschädigt werden. Ist ein Gehsteig mehr als 2,5 Meter breit, darf das Fahrrad jedoch nicht im Haltestellenbereich, das ist 15 Meter vor und nach der Haltestellentafel, aufgestellt werden.

Diese neue Bestimmung ist aus der Sicht der Stadt Wien nicht unbedingt als glücklich anzusehen, zumal in Wien bisher an 308 Örtlichkeiten für insgesamt 2.782 Fahrräder Abstellmöglichkeiten geschaffen wurden. Bei diesen Fahrradabstellanlagen, deren Errichtung durch Private gesponsert wurde, besteht die Möglichkeit, Fahrräder weitestgehend diebstahlsicher abzustellen ohne den übrigen Verkehr zu behindern oder Sachen zu beschädigen. Vom Wiener Standpunkt aus ist diese neue Regelung falsch und sollte im Interesse der Fußgänger wieder geändert werden.

Begleitpersonen

Das Gesetz hat nunmehr definiert, wie alt eine Begleitperson sein muß, die ein Kind unter zwölf Jahren am Fahrrad begleitet. Diese Person muß das 16. Lebensjahr vollendet haben. Kinder ab zwölf Jahren (nach Ablegen einer Prüfung bei der Polizei bereits ab zehn Jahren) dürfen ohne Begleitung Radfahren.

Kindersitze

Diese müssen nunmehr zwingend einen Speichenschutz haben, um damit zu verhindern, daß die Kinder sich mit den Füßen in den Speichen verfangen. Damit wurde ein zusätzlicher Schutz der Kinder, die am Fahrrad mitgenommen werden, erreicht.

Neue Verkehrszeichen**• Zonenbeschränkung**

Die in Wien bereits seit einiger Zeit zu Versuchszwecken in den eingangs angeführten 30-Kilometer-Zonen angebrachten Verkehrsschilder wurden nunmehr in das Gesetz aufgenommen. Die „30 Kilometer pro Stunde-Zone“ wird damit legalisiert. Die Kraftfahrer müssen sich allerdings umstellen, denn es gibt in Zukunft nicht nur die Kurzparkzone, die weiträumiger beschildert werden kann, sondern auch die Zonenbeschränkung.

• Geh- und Radweg

Der Geh- und Radweg erhält ein zweites Verkehrszeichen, mit dem man den Fußgänger von den Radfahrern trennen kann; es ist also möglich, den Gehweg und den Radweg getrennt zu führen.

Speichenreflektoren bei Fahrrädern

Nicht Inhalt der 15. Novelle zur Straßenverkehrsordnung, jedoch auf Grund von Übergangsbestimmungen seit 1. Jänner 1989 endgültig in Kraft ist die Bestimmung, daß jedes Fahrrad an jedem Rad mit zwei gelben Speichenreflektoren ausgestattet sein muß. (Forts. mgl.) pz/gg

Wiener Schulreformkommission beginnt noch im März mit der Arbeit

Wien, 28.2. (RK-POLITIK) Die „Wiener Schulreformkommission“, die sich unter anderem mit dem Übertrittsproblem von der Volksschule in die AHS-Unterstufe und die Hauptschule befassen soll, wird im März mit der Arbeit beginnen. „In den nächsten zwei Wochen werde ich mit den im Landtag vertretenen Parteien noch Vorgespräche führen, und unmittelbar darauf wird die Arbeit der Expertenkommission beginnen“, erklärte heute, Dienstag, der Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK.

Zu der Reformkommission für das Wiener Schulwesen werden

- Vertreter aus dem Bereich der Erziehungswissenschaft,
 - aus dem Bereich der Sozial- und Wirtschaftspartner,
 - Fachleute der im Wiener Landtag vertretenen Parteien,
 - die Dachverbände der Elternvereinigungen,
 - das Erzbischöfliche Schulamt und
 - Fachleute des Stadtschulrates für Wien
- eingeladen werden.

Zilk betonte, daß in der Schulpolitik erstmals seit Jahrzehnten auf allen Seiten die Bereitschaft besteht, gemeinsam neue Wege zu suchen. „Wir ziehen ohne Schlachtgesänge in diese Diskussion, die kein Tummelplatz ideologischer Leidenschaft sein darf. Das schulpolitische Nordirland ist beendet“. (Schluß) red/bs

Zilk-Aufruf: Mehr Bewerbungen für Schulleiterposten nötig

Wien, 28.2. (RK-POLITIK) „Ich habe mich von meinem Amtsantritt an immer geweigert, Informationen über Partei- oder sonstige Mitgliedschaften entgegenzunehmen. Und ich habe unter Beweis gestellt, daß ich keine politische Interventionsinstanz bin. Aus Reaktionen und Dankbriefen nach den objektivierten Schuldirektoren-Bestellungen weiß ich, daß im letzten Jahr mindestens acht Leiterposten mit parteilosen und keiner Organisation angehörenden Bewerbern besetzt worden sind. Wenn im Wiener Schulwesen alle sieben bis acht Wochen eine Leiterstelle mit einem politisch ungebundenen Kandidaten besetzt wird, dann besteht wahrlich kein Grund für Resignation“, meinte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seiner Dienstag-Presskonferenz.

Der Wiener Bürgermeister erneuerte bei dieser Gelegenheit seine Aufforderung an alle Lehrer, sich verstärkt um die ausgeschriebenen Leiterposten zu bewerben.

Derzeit sind in Wien (Ende der Bewerbungsfrist: 31.3.1989) die Direktionen von sechs Volksschulen (Wien 2, Holzhausergasse 7; Wien 3, Erdbergstraße 76; Wien 6, Sonnenuhrgasse 3; Wien 21, Dopschstraße 25; Wien 21, Pastorgasse 29; Wien 22, Schüttaustraße 42) und einer Hauptschule (Wien 14, Spallartgasse 18) ausgeschrieben.

„Die Vergangenheit hat gezeigt, daß sich generell zu wenige Bewerber melden. In einem Fall einer hochspezialisierten Schule (Hauptschule für Körperbehinderte) hat sich das letzte Mal überhaupt nur ein Bewerber gefunden, in einem anderen Fall nur drei.

Ein 'amtlicher Einservorschlag' kann aber wahrlich nicht im Sinn unserer Objektivierungsbemühungen sein“, sagte Zilk.

Die Schuldemokratie und eine objektive Postenvergabe lebe von einer Konkurrenz möglichst vieler Bewerber.

„Für niemand besteht ein Grund, sich um die ausgeschriebenen Direktionen nicht zu bewerben: Die Praxis des letzten Jahres hat bewiesen, daß der parteilose Pädagoge genau so eine Chance hat, wie der tüchtige Lehrer, für den ein Parteibuch kein Nachteil sein darf“, stellte Bürgermeister Zilk fest. (Schluß) red/gg



60984 81800

